

ED 166 - 1

Hans Robinsohn

versch. Aufzeichnungen u. Manuskripte

(s.a. Dokumentation W. Benz in VjZ 1981, H.3)

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 6299/81	Best. ED 166
Rep. /	Kat. Em

DR. HANS ROBINSOHN
PARKALLEE 65 44 03 46

DR. HANS ROBINSOHN PARKALLEE 65
2 HAMBURG 13

Herrn Dr. Wolfgang Benz
Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstr. 46 b
8000 München 19

2 HAMBURG 13, DEN 1. 3. 1979

Sehr geehrter Herr Benz!

Auf Ihren letzten Brief antworte ich Ihnen mit erheblicher Verspätung, weil ich beim Durchlesen des Manuskriptes, das Sie mir in Fotokopie schickten, doch gewisse Bedenken bekommen habe. Ich habe zwar versucht, eine Art Vorwort oder Zusatzbericht dazu zu komponieren, finde aber, daß meine Sachangaben zu mager für den ja recht umfangreichen Artikel werden. Das liegt ein wenig daran, wie ich jetzt nachträglich festgestellt habe, daß der Artikel gedacht war, um im Ausland etwas über Möglichkeiten und Schwierigkeiten deutscher Oppositionsarbeit und auch einiges über den Kreis, in dem ich selbst tätig war, bekannt zu machen mit der Absicht, etwas mehr Verständnis dafür zu erwecken. Vergleiche ich jedoch nachträglich das, was ich im einzelnen aus der Tätigkeit erinnere, mit dieser Darstellung, dann ist sie doch - um es vorsichtig auszudrücken - "geschönt". Ich bin mir daher nicht klar, ob sie sich als echtes Material zur Veröffentlichung eignet - es sei denn, man erkläre ganz offen den Tatbestand selber.

Um Sie nun nicht ganz in den Sachfragen ohne Antwort zu lassen, gebe ich Ihnen in der Anlage eine sehr kurze Zusammenstellung dessen, was ich von Einzelpersonen in dieser Gruppe erinnere.

Ich hoffe, Sie sind nicht enttäuscht über diesen Brief; aber mein Gewissen ist stärker als der Wunsch nach Veröffentlichung von Dingen, die ich nicht ganz aus eigener Erfahrung belegen kann.

Ich bleibe mit besten Grüßen

Ihr

Hans Robinsohn

Personen, von denen ich weiß, daß sie in einer kleinen Widerstandsgruppe zusammengearbeitet haben:

1. Der Kern der ganzen Arbeit wurde im Frühjahr 1934 gebildet. Er bestand aus Dr. Ernst Strassmann, Landgerichtsrat in Berlin, Oswald Stark, damals noch Korrespondent der "Frankfurter Zeitung" in Berlin, später in der Redaktion in Frankfurt, und aus mir.

Im Laufe der darauf folgenden Jahre, spätestens 1936, stellten Dr. Strassmann und ich fest, daß wir mit Herrn Stark und eventuell gleichgestimmten Kollegen der "Frankfurter Zeitung" nicht mehr für die praktische Arbeit rechnen konnten. Die Rücksichtnahme auf die Existenz der Zeitung verbot Herrn Stark, irgendein Risiko im Zusammenhang mit unserer Arbeit auf sich zu nehmen.

2. In Berlin war die wichtigste Ergänzung die von Dr. Fritz Elsas, ehemals Zweiter Bürgermeister von Berlin, der einen sehr engen, beinahe freundschaftlichen Kontakt zu Goerdeler hatte, mit dem er aber in der politischen Zielsetzung nicht übereinstimmte. Durch Dr. Elsas wurde unsere Gruppe gut über das unterrichtet, was in der Goerdeler-Gruppe geschah. Eine zweite Persönlichkeit war Franz Grüger, einer der leitenden Mitarbeiter in der Reichskredit-Gesellschaft. Wie lange sich diese Zusammenarbeit gehalten hat, weiß ich nicht, da ich ab 1939 nichts mehr über die Einzelheiten erfahren habe. Weiter war eingeweiht als politisch interessierter Journalist Egon Bandmann, früher am Wirtschaftsdienst in Hamburg. Bandmann war Halbjude und daher nicht in der Reichsschrifttumskammer. Er war lediglich als politischer Berater wertvoll. Es gab dann in Berlin eine kleine spezielle Gruppe von Mitarbeitern in den Berliner Elektrizitätswerken, deren Verbindungsmann Dr. Jans Kingma war. In den Jahren nach 1939 sind in Berlin eine ganze Reihe Offiziere zu der Gruppe gestoßen, deren Namen ich nicht im einzelnen kenne. Ich könnte vielleicht den einen oder anderen durch Frau Strassmann erfahren. Eine gewisse Zeit war auch Dr. Walter Dudek, früher Bürgermeister von Harburg, später Finanzsenator in Hamburg, in dem Kreis tätig.

3. In Hamburg gehörten der Gruppe zwei Volksschullehrer an: Hermann Lange und ein Lehrer namens Hoffmann, dessen Vornamen ich ermitteln konnte. *(Wentker, Erich)* Weiter war tätig der frühere Polizeipräsident von Harburg, Wentker, von dem ich auch den Vornamen feststellen konnte. Ein wichtiges Mitglied war Dr. Walter Jacobsen, Psychologe, zu der Zeit ohne feste Anstellung und daher in der Lage, oft Reisen zu erledigen. Ein weiteres Mitglied war Rechtsanwalt Karl Fritz, der merkwürdigerweise eine sehr gute Beziehung zur Kreisbauernschaft Hamburg hatte. Über diese hinaus gab es in Hamburg Beziehungen zu einer weiteren Gruppe ehemaliger Deutschdemokraten, an deren Spitze Herr RA Dr. Ablass stand. Diese Gruppe hatte einen "Verein der Hafenfremde" gegründet, der eine Zeitlang wenigstens ihre Arbeit tarnte. Ich habe aus guten Gründen keine direkte Fühlung zu diesem Kreis aufrechterhalten, aber Dr. Jacobsen hatte eine Beziehung dorthin.

4. Eine wichtige Stütze der Arbeit war der Richter Hans Lachmund in Anklam. Lachmund war während der Weimarer Republik Staatssekretär im mecklenburgischen Justizministerium gewesen, wenn ich mich nicht irre, und von den Nazis nach Anklam versetzt worden. Da Lachmund Freimaurer höherer Grade war, bekam er eine merkwürdige Beziehung zur Gestapo. Diese erpreßte ihn gewissermaßen dazu, ihr Berichte von Freimaurertreffen im Ausland zu geben. Daher war es ihm möglich, auch noch bis in das Jahr 1939 hinein ins Ausland zu reisen, und wir haben davon von Zeit zu Zeit Gebrauch gemacht. Ich habe ihn nach meiner Auswanderung noch im Jahr 1939 in Kopenhagen gesprochen. Es existierte weiter eine kleine Gruppe in Rostock. Kennengelernt habe ich einen Buchhändler namens Busch, wenn ich mich recht erinnere, und den RA Lange. In dem kleinen Ort Dömitz an der Elbe saß ein weiterer Vertrauensmann namens Paul Reichert. Er ist vor einigen Monaten in Hamburg gestorben. In Halle an der Saale war ein Vertrauensmann namens Rudolf Hoerning. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität in Halle, ist später nach Berlin gegangen. Er hatte auch einen Bruder, der Reichswehroffizier in Naumburg war und ebenfalls zur Gruppe zählte.

Im Laufe der Zeit sind weitere Versuche gemacht worden, in Süddeutschland Beziehungen zu gewinnen, aber bis 1938 war dies eigentlich nur mit Thomas Dehler gelungen. Sowohl Strassmann wie ich kannten ihn seit 1920, und wir waren froh, ihn für die Arbeit gewonnen zu haben. Später hat sich eine Beziehung zu einem Rechtsanwalt Koch in Aschaffenburg ergeben. Koch ist dann während des Krieges bei einer Heeresdienststelle in Berlin tätig gewesen.

+

Diese dürftige Namenszusammenstellung erklärt meine Zurückhaltung in Bezug auf den von Ihnen ausgewählten Aufsatz. Es ist durchaus möglich, daß ich einzelne Namen und Personen vergessen habe. Es gab natürlich eine Reihe von Kontakten, wo man sich durchaus gegenseitig im klaren war, was für eine Tätigkeit entfaltet wurde, ohne daß man auf der anderen Seite mehr als eine politische und menschliche Sympathie hatte. Ich möchte als einen Fall Prof. Wilhelm Mommsen in Marburg nennen. Mit ihm hatten Strassmann und ich entweder 1935 oder 1936* ein eingehendes Gespräch, aber nicht in der Absicht, ihn zur Mitarbeit zu gewinnen, eher in der Absicht, durch ihn Informationen zu bekommen. Solche Fälle gab es natürlich häufiger. * Es war 1936 nach der Rheingau-Besetzung

Ich weiß natürlich auch nicht, welche Verbindungen zum Beispiel Kingma in Wilhelmshaven und Umgebung aufgebaut hatte. Er stammte von dort. Ich kann mich nicht erinnern, wie ein erster Vertrauensmann in München hieß, den ich bei einer Reise aufgesucht hatte. Jacobsen hat ihn später aufgesucht. Aber ich glaube nicht, daß sich daraus eine Gruppe entwickelt hat.

Für die Unvollkommenheit dieser Aufzeichnung ist natürlich auch verantwortlich, daß niemand über alle Einzelheiten von Kontakten ganz ins Bild gesetzt wurde. Ich bin z. B. September 1939 von einem Mann aus Berlin in Kopenhagen aufgesucht worden, von dem ich absolut keine Kenntnis hatte. Er konnte sich aber als Mitglied des Kreises einwandfrei ausweisen, da Strassmann und ich Verabredungen für einen solchen Fall getroffen hatten. Dieser Herr Schubert war einer von den Bekannten von Fritz Elsas, der nach Kopenhagen reisen konnte, weil einer seiner Söhne dort in der Goldschmiedelehre war. Herr Schubert hat mich dann Anfang November 1939 ein weiteres Mal aufgesucht und mir sehr wichtige Mitteilungen aus Berlin überbracht, die ich mit Jacobsens Hilfe, der damals in Stockholm war, an englische Geheimdienststellen weiter vermitteln konnte. Darüber berichtet Professor Deutsch (Harold?) in einem amerikanischen Buch über Widerstandstätigkeit im Heer. Ich erwähne dies nur, um zu zeigen, daß es selbstverständlich mehr

hat
mehr Mitarbeiter gegeben/als diejenigen, die ich aufgezählt habe.
Ich habe auch mehr gekannt, aber nach einem einmaligen Treffen
nie wieder gesehen, so daß meine Kenntnis nicht reicht, um sie
als dauernde Mitglieder der Gruppe zu erwähnen.

Ende Mai 1939 haben sich Strassmann und ich zusammen mit einem
Herrn Pagel in London getroffen. Herr Pagel hat nur kurz an den
Besprechungen mit englischen interessierten Stellen teilgenommen.
Er muß aber auch ganz eingeweiht gewesen sein, denn sonst hätte
Strassmann ihn nicht zu dieser Besprechung mitgenommen. Pagel wurde
nach dem Krieg eine Zeitlang Innenminister von Schleswig-Holstein.
Über den Besuch in England zu schreiben, würde eine besondere Dar-
stellung benötigen. Ich glaube, ich habe eine Reihe von Namen und
Begebenheiten hier zusammengestellt. Niemand hat damals (mit
Recht), aber leider auch später schriftliche Aufzeichnungen über
diese Dinge gemacht. Wie gut das war, hat sich herausgestellt,
als 1942 die ganze Gruppe durch die Verhaftung von Strassmann
und die sich daraus ergebenden Folgen auseinanderbrach. Auch dazu
gibt es bezeichnende Einzelheiten.

Vielleicht kann ich zum Schluß sagen, daß schon im Jahre 1934 ein
Memorandum in fünf Exemplaren existierte, in dem vieles von dem,
was in dem dritten Abschnitt des Aufsatzes über die deutsche
Opposition unter dem Stichwort "Ziele" enthalten ist, bereits
formuliert war. Ich weiß, daß ein Exemplar bei Strassmann in der
Wohnung verborgen und von ihm rechtzeitig vernichtet werden
konnte. Ein weiteres Exemplar habe ich etwa 1936 oder 1937 nach
Dänemark gebracht, habe es in den Jahren der deutschen Besetzung
meinem dortigen Rechtsanwalt zur Verwahrung gegeben. Dort
ist es irgendwie verschwunden, denn ich habe es von ihm nie
wiederbekommen können. Als ich 1946 aus Schweden nach Dänemark
zurückkam, meinte er, es sei immer tiefer versteckt worden, so
daß man es nicht habe wiederfinden können. Über den Verbleib der
anderen Exemplare kann ich nichts sagen. Eines muß Oswald Stark
gehabt haben.

A. Hans Rolsman

Hamburg, d. 28/2-1979

ED 166-7

Das folgende Ms "Die Deutsche Opposition" lag
in der Größe 34 x 21 cm vor und wurde aus
archivtechnischen Gründen - soweit möglich -
auf die Größe DIN A 4 beschnitten.

ED 166-8

DIE DEUTSCHE OPPOSITION.

Tätigkeit und Ziele.

*nach März 1939 und vor
~~dem~~ ~~mit~~ ~~zwischen~~ ~~Präsidenten~~ ~~2~~ ~~Oktr~~ ~~50~~
~~und~~ ~~Krieg~~ ~~beginnt~~ (Sept. 39) in
Kopenhagen geschrieben*

Köln, d. 8/5-1975

Inhaltsverzeichnis:

I. Abschnitt : Ausgangspunkte ! S. I - 12

Organisation = "Utopie" - Der Zahlenaberglaube - Stimmungen, S. I - Die charakterliche Substanz ist nicht vernichtet, S. 3 - Das Wachsen der unsichtbaren Opposition, S. 5 - Schritt für Schritt - Sturz von aussen wird abgelehnt, S. 6 - Die überschätzte Bedeutung wirtschaftspolitischer Schwierigkeiten, S. 7 - Kritische Stimmen aus der Armee, S. 8 - Gegensätze - Aussenpolitische Bedenken, innenpolitische Abneigungen, S. 9 - Hemmungen der Aktivität, S. 10. - "Die Armee als Rettung"!, S. 11. -

2. Abschnitt : Aufbau und Tätigkeit ! S. 12 - 27

Geistige Sammlung und - Sammlung von Menschen, S. 12 - Die Rahmenorganisation und ihre Probleme, S. 15 - Oppositionelle Arbeitskreise - Volksfront unmöglich!, S. 16 Die Organisation wird ausgebaut - die Isolierung wird gebrochen, S. 17 - Erste Phase: Bewusst machen, S. 18 - Zweite Phase: Aktivierung - Zwischen null und hundert Prozent, S. 19 - "Nur nicht zu viele Mitarbeiter", S. 20 - Die Sonderprobleme der Ausbreitung über das Land, S. 21 Wozu benötigt man die Apparatur?, S. 22 - Ungeduld und Ausdauer, S. 23 - Schulung vor Allem, S. 24 - Etwas über die Einzelarbeit, S. 25 - Die Zentrale - Anregung und Zusammenhalt, S. 26. -

3. Abschnitt : Ziele ! S. 28 - 37

Die fürchterliche Erbschaft - Der Rechtsstaat als Grundlage, S. 28 - Echte Politisierung, S. 29 - "Entartete" Wirtschaft, S. 31 - Das soziale Problem: Hebung des Lebensstandards der grossen Massen der Bevölkerung - Die Wirtschaftsmethoden der Diktatur - Die positiven Mittel, S. 32 - Finanzreform - Koordinierung ! nicht ungezügelter Kräfteinsatz, S. 34 - Deutschland eingegliedert in Europa, S. 35 - Was bleibt alles ungesagt?, S. 36 - Kein "Ismus", - Bewährung ist die Aufgabe, S. 37 -

4. Abschnitt : Die historische Aufgabe ! S. 38 - 45

Die historische Aufgabe - Die Chancendiskussion - Katastrophenstimmung - Der Krieg löst kein Problem, S. 38 Europas Schicksalsfrage, S. 39. - Der Ausweg, S. 40 - Was kann man tun?, S. 41 - Unterstützungskreise im Ausland, S. 43 - Gegen die Göbbels-Märchen - Sprachrohr nach aussen, S. 44 -

5. Abschnitt : Nachwort ! S. 46 - 50

Die Wurzel des Übels - Die Judenfrage ist ein Unglück, S. 46 - Will man ein Weltproblem durch private Wohltätigkeit lösen?, S. 47 - Europa 1932 - Wettrüsten und Kriege, S. 48 - Der Erreger der Krankheit S. 49 - "Zu wenig

I. A U S G A N G S P U N K T E .

Opposition=
"Utopie"!

"Gibt es überhaupt eine deutsche Opposition in dem Sinn, dass sie Chancen hat, eine Umgestaltung der deutschen Verhältnisse herbei zu führen?" Beantwortet man diese Frage bejahend, so stösst man im In-und-Ausland auf Unglauben und teils heftige, teils mitleidig überlegene Ablehnung. "Eine deutsche Opposition ist eine Utopie". Warum wird dieser Standpunkt eingenommen? Einmal, weil man von dem Glauben an eine allmächtige Polizeiüberwachung völlig ergriffen ist, zweitens weil man das deutsche Volk oder grosse Teile dieses Volkes für so stark vom Wesen des National-Sozialismus erfasst hält, dass es zu einer Opposition garnicht kommen kann, und drittens, weil die Machtchancen so einseitig verteilt sind, dass es selbst dann, wenn der Wunsch danach in Deutschland bestünde, nicht zu einer realen Opposition kommen könnte.

Der Zahlen=
aberglaube.

Man muss sich von dem blinden Glauben an die Zahl frei machen. Nicht die Zahl entscheidet, sondern die aufgebrauchte Energie und Arbeit. Wenn es anders wäre, hätte der Nat.-Soz. niemals seine Erfolge haben können, denn durch viele Jahre war er auch zahlenmässig sehr schwach. Revolutionen sind stets Angelegenheiten von Minderheiten gewesen. Haben sie Erfolg, so finden sie nachträglich die Billigung einer Mehrzahl, - haben sie Misserfolg, so hat es sich eben um einen "frevelhaften Missbrauch", um einen Angriff auf das Vaterland oder die Verfassung gehandelt. Die Frage der Anzahl ist nur dann interessant, wenn es sich darum handelt, die voraussichtliche Einstellung der Massen des Volkes zu einer gelungenen Umwälzung festzustellen.

Stimmungen.

Darüber kann allerdings kein Zweifel sein, dass in einem solchen Fall die grosse Mehrheit des Volkes für eine grund-

legende Aenderung der Verhältnisse sein wird.

Es ist ja nicht unbekannt, aus wie vielen Kreisen und Schichten dem Regime eine oppositionelle Stimmung entgegenschlägt : Die Bekenntniskirche und die katholische Kirche, die altpreussischen Konservativen, die Monarchisten und die süddeutschen Anhänger einer Dezentralisation. Die Millionen von Arbeitern und Angestellten, die ihrer demokratischen oder sozialistischen Idee oder beiden treu geblieben sind. Die Kapitalisten, die zu viel Steuern und zu wenig "freie Wirtschaft" sehen. Die "Intellektuellen", d.h. alle diejenigen, die unter der erstickenden Atmosphäre der Unfreiheit und des Byzantinismus leiden. Die Jugendlichen, die den Drill vom 10. Lebensjahre an bis "unabsehbar" vor sich haben und übersättigt damit sind. Die Frauen, die die gestiegenen Preise und verschlechterten Waren bemerken und trotzdem täglich damit den Haushalt zur Zufriedenheit versorgen sollen. Die Vielen, die das Gespenst des Krieges vor sich sehen.

gegenüber/

All diesem/verhält sich der Nat.-Soz. so, dass er jede einzelne Gruppe herausgreift und sie als eine ganz kleine Minderheit abtut und verspottet. Obendrein wird eine Gruppe gegen die andere ausgespielt, und so kann man immer wieder z.B. von Industriellen hören : " Was wollen Sie tun? Die Arbeiterschaft ist geschlossen für Hitler, - das Volk ist eisern für das System", während die Arbeiter und Angestellten erklären, dass das Regime leider die Unterstützung der Grossverdiener, der Agrarier und überhaupt der Kapitalisten fände. Die Abkapselung der einzelnen Schichten der Bevölkerung ~~SpringungXX~~ durch Ueberwachung, Beispitzelung und durch Einorganisieren in "kontrollierte" Verbände ist so stark, dass sehr häufig eine oppositionelle Schicht nichts von dem Vorhandensein der anderen ahnt.

Das alles aber wird nicht verhindern, dass die verachteten kleinen Minderheiten sich summieren und dann eine stattliche Majori-

tät bilden. Wichtiger aber ist, dass unter den vielen Gefühlen, die der Diktatur entgegengebracht werden, das der innerlichen Loyalität sehr selten ist, und das der Opferbereitschaft im Sinn einer Bewusstheit die ganz grosse Ausnahme sein. Gleichgültigkeit und Hass, Verachtung und bewusste Ablehnung spielen eine weitaus grössere Rolle und besonders die " ewig schwankenden Gestalten", die heute über Einzelheiten schimpfen und morgen den Triumphen ihres "Führers" zujubeln, werden es ablehnen, irgend ein wirkliches Risiko zu laufen.

Eine neue Regierung, die nicht ausgesprochen kommunistisch oder radikalsozialistisch ist, wird sich weder über Mangel an Anhängern noch über zu geringe "Gleichschaltung" zu beklagen haben. Das Volk als grosse Masse gesehen, ist reif, sich auf den Boden "neuer Tatsachen" zu stellen.

Die charakterliche Substanz ist nicht vernichtet.

Wem dieses Urteil zu hart klingt, wer in ihm den hohen ~~ERNSTEN~~ Schwung des Glaubens an demokratische Ideale vermisst, der denke an den entsetzlichen Zustand der Vernichtung jeder Kritik und jeder unabhängigen Meinungsbildung, an das ewige Trommelfeuer der Propaganda in Zeitungen, Filmen, Wochenschauen, in Theatern, Büchern und Versammlungen. Niemand, der nicht jahrelang in dieser Atmosphäre gelebt hat, ist berechtigt, auf diese Menschen herabzusehen, die, zur amorphen Masse verdammt und verdummt, immerhin noch begreifen, was Recht ist und was Unrecht und die danach streben, sich irgendwie aus dieser Gewalt-und-Machtatmosphäre zu befreien, aber leider keinen Weg dazu sehen.

Das nämlich ist das Schicksal der Masse, ihr tägliches Erleben: sich immer und immer wieder als machtloses Atom einer gigantischen Gewaltmaschine gegenüber zu sehen, herum zu irren nach irgendwelchen Auswegen, um immer wieder zu entdecken, dass dem Einzelnen

jeder Ausweg durch die entsetzlichen Risiken versperrt ist, mit denen jede Auflehnung verbunden ist, und dass die vielleicht rettende Zusammenballung zur Masse wegen der Unmöglichkeit, diese Menge planmässig zu lenken, ebenfalls in eine Sackgasse führt.

Nur ein wirklichkeitsfremder Träumer wird in solcher Lage von einfachen, wirtschaftlich und seelisch gedrückten und verängstigten Menschen scharenweise einen isolierten Heroismus erwarten können. Es ist nur zu verständlich, dass sie auf die kleinen Erleichterungen ihres kümmerlichen Lebens nicht verzichten, auch wenn sie damit dem Regime in die Hand spielen, - in die Hand, in die sie ja so wie so schon gegeben sind. Ein Realist wird Hochachtung haben vor einem Volk, das unter solchen Umständen noch ein relativ grosses, instinktives Unterscheidungsvermögen für wahr und falsch, echt und unecht, gemein oder edel, und vor allem, für gerecht oder ungerecht, sich erhalten hat. Dass nur noch die krassen Unterschiede wahrgenommen werden, dass alle subtileren Tricks des Regimes gelingen, dass das Riesenausmass des Betrugs von den einfachen Naturen überhaupt garnicht begriffen werden kann, - wer will sich darüber wundern, wenn er die geringste Vorstellung hat, wie es seit sechs Jahren in Deutschland aussieht.

Nicht trotz dieses Zustands, sondern gerade wegen des Vorhandenseins einer unzerstörten charakterlichen Substanz ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Opposition vorhanden. Neben der geschilderten Grundstimmung der Bevölkerung, die jede gelungene Umwälzung mit riesiger Mehrheit begrüessen wird, spricht aber entscheidend mit, dass die Methoden des Regimes, Terror und Betrug, geradezu eine Auslese des Besten und Kräftigsten des deutschen Volks erzwingen, eine Elite in charakterlicher wie in geistiger Beziehung. Nur eine demartige Minderheit, die schwer zu überwachen ist, und die im Stande

ist, ihr Verhalten den Notwendigkeiten des Kampfes mit der Geheimpolizei anzupassen, ist die oppositionelle Arbeit überhaupt möglich.

Das Wachsen
der unsicht-
baren Opposi-
tion.

Seit ein paar Jahren wächst, der Gestapo unbekannt, eine ganze Reihe von Kreisen, die in planmässiger Arbeit eine Organisation aufbauen. In rastloser, zäher und geduldiger Tätigkeit, bei der ständig darauf geachtet wird, sich nicht zu exponieren, wird eine Beziehung nach der anderen hergestellt, ein Glied dem anderen angefügt, um die t e c h n i s c h e Grundlage für die Arbeit einer Opposition zu schaffen.

Diese Arbeit kann durch die Polizei wohl behindert, aber nicht verhindert werden. Sie breitet sich ständig aus und zwar von mehreren Seiten aus gleichzeitig. Sie erstrebt nicht die Gewinnung von Massen und entgeht so allen den Risiken, die manche Oppositionsbewegungen in den ersten Jahren des Regimes in heroischer Art auf sich nahmen und die so viele Opfer gekostet haben. Sie ist unabhängig von alten Bindungen wie Parteien und Bündnisse und verbindet so den Vorteil einer in den Jahren der Republik nicht gekannten geistigen Freizügigkeit mit dem Vorteil, sich in ihrer Mitarbeiterschaft abseits von den politischen Listen der Gestapo zu halten, abseits von den vielen Namen ehemaliger Parteigrässen.

Natürlich ergibt sich aus dieser Art der oppositionellen Arbeit, dass sie nicht sichtbar ist und dass man daher nicht einem staunenden Publikum im In-und-Ausland die Beweise einer im - funktionierenden Opposition vorführen kann. Das aber ist nur ein Vorzug, denn die Unsichtbarkeit verbürgt, - auf lange Sicht gesehen -, die Wirksamkeit, und das ist entscheidend. Was nützt es, wenn alle paar Monate verstohlen Flugzettel verteilt werden oder eine Wand mit regierungsfeindlichen Symbolen versehen wird? Die Wirkung ist gering, das Risiko ungeheuer, und nach einer genügend grossen Zahl

von Verhaftungen, die aus Mangel an Publizität nicht einmal ein Märtyrertum entstehen lassen, sinkt die Aktion ausgeblutet in sich zusammen. Das ist die "sichtbare Opposition", die auf Massenwirkung ausgeht, ohne doch, was das Wesentliche wäre, die Massen organisieren zu können.

Was ist demgegenüber der Sinn der unsichtbaren Opposition, und wie beabsichtigt sie, an die Macht zu kommen, wenn sie weder bemerkt werden will, noch eine Massenorganisation anstrebt?

Schritt für Schritt.

Der Sinn dieser Opposition und ihrer Einstellung ist, dass sie beabsichtigt, das Haus von unten zu erbauen. Bevor nicht die Grundlagen vorhanden sind, einen neuen Staat zu schaffen, ist es sinnlos, öffentliche Aktionen zum Sturz des Systems zu veranstalten. Daher hat sie von vornherein konsequent die Methode verfolgt, Schritt für Schritt die Voraussetzungen für einen Umsturz und für eine Nachfolgeregierung zu schaffen.

Der Beantwortung der täglich in Deutschland tausendfach erörterten Frage: "Wie kann es überhaupt anders werden?" kommt man näher, wenn man die vielfachen Hindernisse des Regimes daraufhin betrachtet, ob sie das Regime umstürzen könnten. Zwei Komplexe haben in derartigen Betrachtungen stets die Hauptrolle gespielt: Der Eingriff durch das Ausland - und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Sturz von aussen wird abgelehnt.

Nach sechs Jahren konsequenter Nichteinmischung des Auslands sind viele Menschen in Deutschland davon überzeugt, dass es besser gewesen wäre, wenn zu einer Zeit, wo es noch ohne Krieg möglich gewesen wäre, das Ausland die Abdankung des Regimes erzwungen hätte. Die Deutsche Opposition steht nicht auf diesem Standpunkt. Jede Ablösung des Regimes auf äusseren Druck hin würde nur eine Verewigung der seelischen Ursachen mit sich bringen, die den Nat.-Soz.

so ausserordentlich begünstigt hatten. Sie würde ein unüberwindliches Hindernis für jede konstruktive Aufbaupolitik darstellen und nach manchen Umwegen doch wieder zu ähnlichen Erscheinungen und Wirkungen führen, wie sie heute der Nat.-Soz. verkörpert. Aus denselben Gründen lehnen wir auch den Krieg als Mittel zur Lösung der innerpolitischen Problematik Deutschlands ab, von anderen Erwägungen in diesem Zusammenhang ganz abgesehen.

Die überschätzte Bedeutung wirtschafts- politischer Schwierigkeiten. Vieles hatten sich auch oppositionelle Kreise von der wirtschaftlichen Entwicklung versprochen. Man kann von dem vermeintlichen Irrtum, eine baldige Wirtschaftskatastrophe und damit zugleich auch ein Ende des Regimes zu erwarten, absehen. Man befand sich hier in Uebereinstimmung mit den wissenschaftlichen Grössen des In-und-Auslands. Aber politisch durfte man sich nicht so viel von einer derartigen wirtschaftlichen Entwicklung versprechen und daher rechnet auch die deutsche Opposition nicht mit einer gewissenmassen automatischen Umwälzung auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Mangel bei der Gesamtversorgung der Bevölkerung, Hindernisse bei der Finanzierung der Wünsche der regierenden Schicht, Fehlschläge auf jedem nur denkbaren wirtschaftlichen Gebiet lassen sich von jeder Diktatur mehr oder minder leicht überwinden, weil ihr immer die Abwälzung auf die breiten Volksschichten möglich ist. Von allen Seiten kann man den Lebensstandard des Volkes senken und es dauert sehr lange, bis man bei dem grossen Reservoir eines Vielmillionenvolks auf den Grund kommt, sehr, sehr lange, bis man bei geschicktem Vorgehen und Einsatz aller Ablenkungs- und Propagandamittel die Geduld des Volkes ernsthaft auf die Probe stellt. Ein Zusammenbruch dauert lange und die Leidensfähigkeit der Massen ist erstaunlich gross, wenn sie unter dem Eindruck stehen, es handle sich um das Schicksal von Volk und Gemeinschaft.

Entscheidend können wirtschaftliche Fragen für das Schicksal einer Diktatur erst dann werden, wenn die sozialen Folgen wirtschaftlicher Nöte (Senkung des Lebensstandards auf ein Hungersnotniveau, völlige Unstabilität des Preisgefüges und Dauerunruhe durch eine Inflation) derart sind, dass sie eine Lockerung der sozialen Abhängigkeitsbegriffe herbeiführen und so einer revolutionären Schicht die beste Unterstützung geben. Auch dann aber ist eine ganz bestimmte Beeinflussung der Massenstimmung erforderlich, denn die Not vermag sowohl zur absoluten passiven Unterwerfung unter das Wirtschaftsschicksal als auch zur radikal aktiven Bekämpfung des für sie verantwortlichen politischen Systems zu führen, je nachdem, welche Beeinflussung stärker ist, die der Opposition oder die der Regierung.

Alle diese Erwägungen führen dahin, die Ablösung des Systems ~~des~~ nur im Zusammenhang mit einer Aktion der Armee oder eines Teils der Armee zu suchen. Diese Schlussfolgerung aber zwingt dazu, erstens zu prüfen, ob eine solche Aktion überhaupt erwartet werden kann und zweitens die Vorbedingungen einer solchen Aktion zu schaffen.

Kritische Stimmen aus der Armee.

Es hat an Spekulationen über ein Eingreifen der Armee nicht gefehlt und auch nicht an Entschuldigungen, als es ausblieb. Zuerst hieß es, man könne aus Rücksichtnahme für Hindenburg nichts tun. Nach seinem Tod durfte man das Aufbauwerk der Armee nicht stören. Wie ist die Situation jetzt?

Zur Beantwortung dieser Frage muss daran erinnert werden, dass es in der Armee, genau wie überall, die verschiedensten Meinungen gibt, und dass man nicht erwarten kann, gerade bei der Armee eine einheitliche Stimmung für oder gegen das Regime zu finden. Auch bei der Armee handelt es sich darum, festzustellen, ob eine entschiedene, aktive Minorität vorhanden ist, die einen Umsturz des Systems

in's Auge fasst. Zweifellos hat nun ein grosser Teil die schwersten Bedenken gegen die Nat.-soz. Diktatur und lehnt sie aus zahlreichen Gründen ab.

Gegensätze!

Zwei Hauptgründe führen zu dieser Stellungnahme: Das Risiko des aussenpolitischen Kurses und die Rechtlosigkeit im Innern. Beide Motive haben schon bei der Generalskrise im Januar 1938 eine Rolle gespielt. Schon damals haben die Generäle geraten, das spanische Abenteuer abubrechen, von allen Experimenten nach Südosten abzusehen und die ganze Kraft an die Erstarbung der Armee zu setzen, die z.B. in der Frage der trainierten Reservisten und des Offizierersatzes keineswegs auf der Höhe war und ist. Schon damals auch prallten zwei "totalitäre" Mächte aufeinander: das Offizierkorps, das in der Armee uneingeschränkt herrschen wollte und die Partei, die auch die Armee, einschliesslich der Offiziereführer ausschliesslichen politischen und seelischen Führung und ihrer polizeilichen Beaufsichtigung unterwerfen wollte.

Aussenpolitische Risiken-
innenpolitische Bedenken.

Dass damals die Partei im wesentlichen gesiegt hat, hat den Streit nicht beendet und den Gegensatz nur verschärft. Die aussenpolitische Entwicklung hat die Risiken, die darin enthalten sind, erst recht deutlich gemacht, auch, wenn es inzwischen viermal gut ging, (Oesterreich, Sudetenland, Spanien und Tschechoslowakei). Ein grosser Teil des höheren Offizierkorps sieht mit stets wachsender Angst auf das Hasardspiel von Hitler, Ribbentrop und Rosenberg, bei dem die Armee, die ja durch ihre Passivität die Mitverantwortung trägt, geradezu alles an Gegenwart und Zukunft riskiert.

Die jüngeren Offiziere dagegen sind nach zahlreichen Zeugnissen recht empfindlich geworden für die ausserordentliche Demoralisierung, die die innere Politik des Regimes herbeiführt. Die Entfesselung der niedrigsten Instinkte, die bei den Pogromen

deutlich wurde, das Organisieren des Verbrechertums als Mittel der staatlichen Politik und die tolle Verlogenheit der Regierung, die die Verantwortung feige von sich auf das unbeteiligte Volk abzuschieben suchte, haben eine heftige Empörung in Kreisen des jüngeren Offizierkorps hervorgerufen. So kann man sagen, dass zum mindesten eine beträchtliche Minderheit im gesamten Offizierkorps gegen die Regierung steht, ohne dass eine positive Haltung der anderen Offiziere zum Ausgleich vorhanden ist. Die Mehrheit der Armee ist sicher nicht so stark mit der nat.-soz. Diktatur verbunden, dass sie für das Regime kämpfen würde, wenn sie auf der Gegenseite ihre "Kameraden" wüsste, selbst wenn ein kleiner Teil des höchsten Offizierkorps auf dem Standpunkt steht, dass der Kampf für die Regierung aufgenommen werden müsste.

Hemmungen der
Aktivität !

Wie steht es nun mit der Aktivität der regierungsfeindlichen Offiziere ? Kann man damit rechnen, dass, und unter welchen Umständen, sich von hier aus die Diktatur der Nazis beseitigen lässt? Eine genaue Prüfung hat ergeben, dass die Stimmung dieser Offiziere einer Aktivität zuneigt, dass aber bei den entscheidenden Stellen, nämlich den Generälen und ihren nächsten Mitarbeitern Ueberlegungen verschiedener Art jede Aktivität zunächst noch verhindern. Diese (bewegen sich um zwei Vorstellungen) Gedankengänge/herum, - einmal um die Gefahr des politischen Vakuums zweitens um die Frage der politischen Verantwortung für den Umsturz und die Zeit danach.

Das politische Vakuum befürchten diese Kreise für den "Tag danach". Sie haben nämlich das durchaus richtige Gefühl, dass es nicht genügt, negativ gegen das Regime eingestellt zu sein, sondern dass man auch positiv wissen müsse, was denn an die Stelle der Diktatur treten soll. In dieser Richtung aber selbst zu planen, liegt den höheren Offizieren nicht, - in der gleichfalls richtigen Erkenntnis

nis, dass sie ihrer ganzen Vorbildung und Erziehung nach hierfür nicht besonders geeignet sind. Die Folge aber ist, dass sie nie zu einer Aktivität kommen werden, wenn man sie nicht davon überzeugen kann, dass eine zivile Schicht vorhanden ist, die willens und in der Lage ist, die Nachfolgeregierung zu bilden.

Dann mag auch noch die Frage auftauchen, in welcher Richtung diese zivile Gruppe denn zu arbeiten gedenkt. Aber, da das Heer im Besitz der eigentlichen Macht bleibt, und das Ideal dieser Schicht ist: Die ganze Macht ohne jede Verantwortung! - so wird eine Einigung über das politische Programm zu erzielen sein.

"Die Armee als Rettung!"

Eine bedeutende Hemmung bildet jedoch das Problem der Verantwortlichkeit. Die Armee, diese kostbarste aller Einrichtungen, darf um keinen Preis kompromittiert werden und daher wird erst dann mit einer Aktivität zu rechnen sein, wenn folgende Ueberlegungen und Gefühle zusammentreffen:

Besorgnis der unmittelbaren Gefährdung der Armee in einem Krieg durch falsche Aussenpolitik der Regierung, kleinstes faktisches Risiko beim Umsturz, Gewissheit einer nachträglichen Rechtfertigung durch die Volksmehrheit und Garantie, dass Deutschland nichts an Macht und Sicherheit durch den Umsturz einbüsst.

Besonders der Gedanke an einen nicht notwendigen Krieg, der das Risiko enthält, für eine lange Zukunft die Armee zu vernichten und zugleich den Einfluss des Offizierkorps zu brechen, wirkt als Erziehung zur grossen politischen Verantwortung. Man überlegt sich doch, dass die Kriegsverhinderung auch ein echtes Mittel der Landesverteidigung sein kann. "Die Armee als Deutschlands Rettung" - , das ist die Parole, mit der die an sich der Regierung feindlich gegenüberstehenden

Hitler zu beseitigen, das Andere fände sich schon von selbst. Das heisst die Naivität zum politischen Prinzip zu erheben und die Improvisation zur höchsten Tugend. Tatsächlich hat nichts der innenpolitischen Entwicklung in Deutschland so sehr geschadet, nichts das Heraufkommen der Nazis so sehr gefördert, wie das Schwanken der Regierungen und der Regierungsparteien von einer Improvisation zur nächsten, wie dieses Arbeiten ohne Plan, ohne Ziel und ohne Voraussicht und vor allem ohne den Mut, einmal eine kleine Chance der Gegenwart zu opfern, um dafür die grossen Chancen der Zukunft zu gewinnen.

Es ist nicht nur für die Haltung der Offiziere von höchster Bedeutung, dass klare Vorstellungen über das "Nachher" vorhanden sind, sondern auch die Sammlung von zum Umsturz entschlossenen Menschen kann erfolgreich nur durchgeführt werden, wenn über das Ziel in grossen Linien Klarheit herrscht. Es ist politisch und moralisch gleich sinnlos und abzulehnen, wenn man der Va-banque - Politik der Regierung nichts anderes gegenüberstellen will, als die Negation dieses Systems selbst, aber alles Positive einer anderen Art von Va-banque, nämlich dem Zufall anheimstellen will. Dem Zufall der ohne positive Auswahl zusammengestoppelten Mitarbeiter = schaft, dem Zufall der sich gerade in den Tagen des Umsturzes ergebenden Situation und dem Zufall, welche nun aus den Augenblicks = eindrücken dieser Situation sich ergebende Ansicht für die Weiter = führung der Politik massgeblich sein soll. Wer so arbeiten will, ist ein Anarchist aus Dummheit und nicht geeignet, deutsche Politik zu machen.

Weiter ist es selbstverständlich, dass die Opposition in den verschiedensten Kreisen in Deutschland entstanden ist und dauernd von den verschiedensten Seiten her wächst. Eine Vereinheitlichung dieser oppositionellen Arbeit ist dringend nötig, nicht nur, um

der Opposition eine grössere Stärke zu geben, sondern auch, um der Nachfolgeregierung eine möglichst allgemeine nachträgliche Billigung und Unterstützung im Volk zu verschaffen. Eine solche Vereinheitlichungsarbeit aber ist ohne ein Gedankengerüst positiver Art unmöglich. Im Negativen, nämlich dem Bestreben, Hitlers Diktatur zu beseitigen, sind sich Kommunisten und Kapitalisten, Monarchisten und Republikaner, Offiziere und Pazifisten einig, - nur es lässt sich aus diesem Haufen keine Nachfolgeregierung bilden !

Schliesslich ergibt sich auch die Notwendigkeit, so schnell wie möglich nach dem Umsturz selbst in die Phase des Neuaufbaus zu gelangen. Daher müssen gewisse Vorbereitungen für die ersten Tage und Wochen nach der Beseitigung der Hitlerdiktatur getroffen sein. Auch dieses ist nicht möglich, ohne dass eine gewisse Klärung über die Leitlinien der neuen Politik voran gegangen ist. Jede Massnahme nämlich, die in den ersten Tagen getroffen wird, hat eine erstaunlich starke Tendenz in sich, die ganze Richtung des späteren Ablaufs zu bestimmen und man kann daher gerade in den ersten Tagen nicht improvisieren, ohne die Gefahr zu laufen, damit alle späteren Massnahmen der Regierung in schwerster Weise in ihrer Wirkung zu beeinträchtigen.

Allerdings dürfen die gedanklichen Vorbereitungen nicht so weit in das Einzelne gehen, dass die Elastizität des Handelns darunter leidet. Ein Programm mit Hunderten von Details ist angesichts der dauernden grossen Veränderungen der Situation lächerlich und schädlich. Benötigt wird ein Rahmen, der in deutlicher Weise zusammenfasst in welcher Richtung der Neuaufbau Deutschlands geschehen soll und der mit genau so grosser Deutlichkeit abgrenzt, was nicht geschehen soll und darf.

Bevor dieser Gedankenrahmen gezeigt wird, soll erst die

andere Aufgabe der Opposition besprochen werden, - die Schaffung eines Mitarbeiterrahmens. Auch auf diesem Gebiet ist es ein Üding, eine Massenorganisation mit allen Details anzustreben, auch hier ist es entscheidend, eben nur einen Rahmen herzustellen, der übersichtlich ist und sich leicht ausfüllen lässt, um so zu dem politisch notwendigen Zeitpunkt eine klare und leistungsfähige Organisation zu ergeben.

Die Rahmen-
organisation, und
ihre Probleme

Die Herstellung einer derartigen Rahmenorganisation ist nur bei Ueberwindung grösster Schwierigkeiten möglich. Die vor Allem im Ausland wohnenden Kritiker, die stets so erstaunt über den Mangel an oppositionellen Organisationen in Deutschland sind, sollten sich nur etwas klarer über das Leben dort sein, - sie würden wahrscheinlich darauf verzichten, in einem Land zu leben, wo jede Art der Kritik, ja, schon jedes Beiseitestehen das Risiko schwerer Strafen und wirtschaftlicher Nachteile enthält, wo Denunziantentum ein patriotischer Beruf ist, wo Erpressertum die übliche Waffe der Polizei ist, wo Kindern eingepflichtet wird, dass über Eltern und Geschwistern, über Allem der Eid auf Adolf Hitler steht und wo häufig genug demzufolge Kinder ihre nächsten Verwandten durch solche "pflichtgemässen" Meldungen in's Unglück gestürzt haben. Schon das Leben unter solchen Umständen würden diese Kritiker zu beschwerlich finden, wie dann erst die oppositionelle Arbeit!

Telefonieren ist unmöglich, wenn man sich nicht auf das übliche Gespräch beschränkt. Briefe und Telegramme unterliegen einer rücksichtslosen Beaufsichtigung. "Die Wände haben Ohren, - kann nicht im Telefon ein Abhörapparat verborgen sein? - Unterhalten wir uns lieber im Freien, - aber auf freiem Feld, nicht an Hecken und Gebüsch". Wie oft sind nicht solche und ähnliche Aeusserungen gefallen! Unter diesen Umständen oppositionell zu arbeiten, erfordert gute Nerven und einen ausserordentlichen Vorrat an Willen

und Ueberzeugung.

Oppositionelle
Arbeitskreise.

Es ist den verschiedensten Kreisen gelungen, sich zur oppositionellen Arbeit zusammen zu finden. Manche dieser Kreise haben nur kleinste lokale Bedeutung, reichen nicht über eine Art Stammtische nicht hinaus. Manchen ist es gelungen, sich an ihrem Ort auszubreiten, in einigen Fällen unter der Deckung eines von echten Nazis kontrollierten Vereins, wo die Mitglieder ganz andere Dinge treiben, als der Vorstand ahnt. Einige haben auch einen über grosse Teile Deutschlands sich ausspannenden Zusammenhalt aufbauen können. In ihrer politischen Haltung sind sie zum Teil noch weit ~~XXXX~~ von einander entfernt. Eines ist ihnen aber gemeinsam, die Ablehnung jeder dogmatischen politischen Ideologie. Sie unterscheiden sich häufig nur in Accentuierungen, manchmal jedöch auch in Grundsätzlichem, aber diese Differenzen gehen nicht so weit, dass sie eine Zusammenarbeit dieser Kreise unmöglich machen würden und bisher unmöglich gemacht hätten.

Volksfront unmöglich !

Ganz ausser Betracht bleiben die kommunistischen und radikal-sozialistischen Kreise, mit denen eine Zusammenarbeit unmöglich ist. Volksfrontgedanken sind in Deutschland undurchführbar. Das Misstrauen ehemaliger Sozialdemokraten gegen die Unfähigkeit und die Spitzelwirtschaft bei den Kommunisten ist unüberwindlich. Ausserdem will man k e i n e Beziehung zu Gruppen, die auch die Diktatur wollen.

Es wäre falsch, näheres über die Gliederung und die Arbeitsmethoden derjenigen Gruppen zu berichten, die eine überlokale Bedeutung haben, insbesondere über die Art, wie ^{sie} sich gegen die Entdeckung durch die Polizei zu schützen suchen. Nur andeutungsweise sollen einzelne Probleme dieser Arbeit und ihre Behandlung hier behandelt werden.

Unterstellt man, dass die Basis jeder Organisation,

nämlich eine Zentrale mit Anordnungsbefugnissen und Unterorgane mit Ausführungsmöglichkeiten, vorhanden ist, dann ergeben sich zwei Hauptprobleme grundsätzlicher Art :

Vergrößerung und Beschäftigung der Organisation !

Die Organisa-
tion wird ausge-
baut !

Wenn eingangs davor gewarnt wurde, den blinden Glauben an die Wichtigkeit der Zahl aufrecht zu halten und wenn den Minoritäten die historische Rolle der Revolutionäre zugeschrieben wurde, so ist damit das Grössenproblem in seiner Bedeutung für die oppositionelle Organisation noch keineswegs aus der Welt geschafft. Wesentlich ist zwar, ~~XXX~~ bei der Auswahl der Mitarbeiter und bei dem Aufbau das Prinzip der Qualität gelten zu lassen, also lieber auf eine Vergrößerung zu verzichten, wenn auch nur der geringste Zweifel über die charakterliche Zuverlässigkeit vorliegt oder wenn mit einer nicht ganz ausreichenden Intelligenz gerechnet werden muss. Daneben besteht jedoch nach wie vor die Notwendigkeit, eine gewisse Grössenordnung zu erreichen, weil ohne diese nicht die Gewissheit erlangt werden kann, dass unmittelbar nach dem Umsturz eine über das ganze Land sich erstreckende, funktionierende Organisation vorhanden ist.

Jede Ueberlegung praktischer Art führt aber dahin, eine solche Organisation vorzubereiten, denn für die Bewältigung der politischen Aufgaben, die am "Tag danach" auftreten werden, reicht eine noch so energische Zentrale nicht aus, wenn sie nicht aus dem ganzen Land mit einer in den Grundzügen gleichgerichteten und technisch erprobten Unterstützung rechnen kann.

Die Isolierung
wird gebrochen !

Nun gibt es in Deutschland eine Fülle von Menschen, die rein stimmungsmässig gern etwas gegen die Regierung tun würden. Aber die Schwierigkeit besteht darin, dass es mit Stimmungen allein nicht geht, sondern dass man Menschen mit Verstand braucht, deren Zu-

verlässigkeit und Nerven überdurchschnittlich sein müssen und die einen erheblichen persönlichen Mut aufzubringen haben. Solche Persönlichkeiten ausfindig zu machen, erfordert fortgesetzte Aufmerksamkeit. Meistens aber stellt es sich dann obendrein heraus, dass die Erlebnisse der letzten, in stärkster menschlicher Isolierung und geistiger Einsamkeit verbrachten Jahre eigene Denkweisen und Gemüthaltungen hervorgebracht haben, die erst in sehr allmählicher Einwirkung beseitigt oder den geistigen Erfordernissen der oppositionellen Arbeit angepasst werden können.

Darin liegt die einzige Schattenseite der Tatsache, dass man eben nicht mit rein emotionell zu bewegenden Massen arbeitet, sondern mit selbständig denkenden Individuen. Aber andererseits gehört diese Arbeit des Menschen-Entdeckens, des Aufspürens von geeigneten Mitarbeitern zu den reizvollsten Aufgaben der oppositionellen Tätigkeit überhaupt. In dem alles verbergenden Schlamm der Propaganda die Stellen heraus zu fühlen, wo sich eine Insel bilden könnte, langsam das Verschüttete frei zu machen und womöglich aus einem resignierten, dem geistigen Tod entgegen gehenden Menschen einen bewussten Kämpfer für bessere Zeiten und Zustände allein entstehen zu sehen, ist ein Erlebnis, das/die viele Mühe lohnt, die daran gesetzt werden muss.

Erste Phase:
Bewusstmachen!

Der typische Ablauf dieser Entwicklung ist der, dass zuerst nur eine allgemeine Geneigtheit festgestellt wird, eigene Gedanken zu haben und ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ nicht zu dem grossen Haufen der Regierungsnachredner zu gehören. Hier muss geprüft werden, ob es sich lediglich um eine Disposition zum Nörgeln handelt oder ob eine grundsätzliche Ablehnung der Nazis vorliegt. Es sind eine ganze Reihe von "Tests" herausgefunden worden, durch die man verhältnismässig leicht und sicher seine Feststellungen treffen kann, ohne sich selbst zu gefährden. Denn in diesem Stadium muss noch mit grosser Vorsicht

gearbeitet werden, weil man noch keineswegs sicher sein kann, auf welche Charaktereigenschaften man stossen wird.

Zweite Phase:
"Aktivierung!"

Die nächste Phase enthält die allmähliche Klärung der oppositionellen Einstellung, bis dann ganz von selbst die Frage auftaucht, was man denn "tun könne". Kommt es nicht zu dieser Frage oder scheut der Betreffende vor derartigen Erörterungen zurück, so ist festgestellt, dass er den Schritt von der kontemplativen zur voluntaristischen Haltung nicht tun wird und insofern als aktiver Mitarbeiter ausscheidet. Häufig erscheint diese Frage auch als Rückstand der allgemeinen Resignation, dass man doch nichts "tun" könne und alles zwecklos sei, und man gelangt auf diese Weise zur letzten Phase, in der, nachdem man sich über die charakterliche Anständigkeit nach Möglichkeit Gewissheit verschafft hat, entschieden wird, ob man einen neuen Mitarbeiter für die aktive Tätigkeit gewonnen hat oder nicht.

In einer ganzen Reihe von Fällen hat man an diesem Punkt Absagen erhalten, - in keinem einzigen Fall bis jetzt hat sich daraus eine Denunziation oder auch nur eine Arbeitsbehinderung ergeben. Das liegt daran, dass in allen Fällen eine weitgehende Zustimmung zu den Gedankengängen an sich vorliegt und nur der Entschluss, selbst mit zu machen, nicht gefasst wird.

Meistens ist das erforderliche politische Temperament für diese Art von Arbeit nicht vorhanden, - häufig schreckt das Risiko, obgleich es so klein wie nur irgend möglich gehalten wird, keine Listen existieren, die einzelnen Kräfte absichtlich klein bleiben und isoliert von einander arbeiten und keinerlei schriftliches Material ausgegeben wird.

Zwischen null
und hundert
Prozent !

Ab und zu werden auch die Chancen für zu klein gehalten, um irgend welche Arbeit und gar noch ein Risiko, sei es auch noch so gering, in diese Tätigkeit zu investieren. Argumenten dieser

Art wurde stets entgegengehalten, dass grundsätzlich die Chancen zwischen Null und Hundert Prozent lägen, und dass sie zweifellos auf Null sinken würden, wenn keinerlei Oppositionsarbeit unternommen würde. Wo dieses Gegenargument nicht gewirkt hat, wurde auf eine Mitarbeit gern verzichtet; häufig aber hat es seinen Eindruck nicht verfehlt.

"Nur nicht zu
viele Mitarbeiter!"

Die Ausbreitung solcher oppositionellen Gruppen innerhalb einer Stadt, besonders in Grossstädten, ist technisch kein Problem. Es ist in diesen Orten das Wichtigste, dafür zu sorgen, dass die Gruppen nicht zu gross werden und nicht ungeeignete Menschen Eingang in die Organisation finden. Der Aussenstehende mag sich darüber wundern, weil er nicht ahnt, wieviel gütwillige Interessenten es für eine Art oppositioneller Stammtische ohne wirkliches Risiko, aber mit der ganzen Romantik der Geheimgesellschaft gibt. Man stösst auf Schritt und Tritt auf derartige Typen und es gehört sehr viel Wachsamkeit und Erziehung der Mitarbeiter dazu, derartige Zuflüsse von vornherein zu verhindern, oder, falls dies im Einzelfall misslungen ist, solche Mitarbeiter rechtzeitig und ohne Risiko wieder auszuschneiden. Auch das ist geschehen, ohne dass bis jetzt eine einzige Denunziation erfolgte!

Gewöhnlich wird dabei so verfahren, dass den Betroffenen angedeutet wird, man scheue doch vor den beträchtlichen Risiken zurück und man wolle aus Vorsichtsgründen die Arbeit ruhen lassen. So werden die Beziehungen ganz sanft - und häufig zur grossen Erleichterung der Ungeeigneten selbst - abgebrochen. Ein ganz ähnliches Verfahren wird auch dann angewandt, wenn ein angehender Mitarbeiter zu unvorsichtig erscheint oder ist.

Im allgemeinen ist die Auswahl so langsam und vorsichtig erfolgt, dass nur wenig Korrekturen erforderlich waren. Wo irgend

möglich, wird auch das Privatleben eines etwaigen genau erforscht, bevor ihm ein grösseres Vertrauen gewährt wird. Auch frühere Tätigkeit politischer Art und jetzige Mitarbeit in nat.-soz. Organisationen muss genau beachtet und beurteilt werden, weil in Beidem Gefahren liegen können.

Die Sonderprobleme der Ausbreitung über das Land. Eine besondere Schwierigkeit aber besteht in der Ausbreitung über grosse Gebiete Deutschlands. Da man ja keineswegs nach alten Listen oder irgendwelchen politischen oder sozialen "Stammrollen" arbeiten kann, ist man mehr oder minder auf das beschränkt was man die "Systematisierung des Zufalls" nennen könnte. Jeder neue Mitarbeiter wird daraufhin ausgefragt, ob er Personen kennt, die möglicherweise gleichfalls für eine Mitarbeit in Betracht kämen und dabei wird besonderer Wert gerade auf seine Beziehungen zu Menschen in anderen Orten gelegt.

So weit es möglich ist, versucht man, sich ein Bild von den dabei genannten Personen zu machen, was oft dadurch gelingt, dass man sich die Betreffenden (von anderer Seite) gleichfalls schildern lässt. In den meisten Fällen wird aber versucht, eine persönliche Beziehung herzustellen und so zu prüfen, ob das Netz erweitert werden kann.

Da brieflich nichts geklärt werden kann, müssen meist mehrere Reisen gemacht werden, bis es gelingt, festzustellen, ob man der Mitarbeiterkette ein neues Glied hinzufügen kann oder nicht. Viel Zeit und Geld ist auch so vergebens geopfert worden. Dazu kommt, dass in vielen Fällen diese Reisen auch noch sorgfältig getarnt werden müssen. Nur die Wenigsten können so einfach in Deutschland herumreisen, ohne dass es auffällt. Das ist besonders dann der Fall, wenn die Betreffenden sich in abhängigen Stellungen befinden und sehr genau mit ihrem Geld rechnen müssen. Dann fragt z.B. die Frau, woher das Reisegeld stammt oder die Kinder erkundigen sich, warum der Vater schon wieder am Sonntag verreist, oder

die Kinder fragen, warum der Vater schon wieder an einem Sonntag verreisen muss, oder es muss Urlaub besorgt werden, wenn die Reise nicht an einem Tag beendet werden kann, und dieses Urlaubsge-such muss glaubhaft begründet werden. So gibt es tausenderlei Hemmungen, und es gehört eine unermüdliche Geduld dazu, immer wieder von vorn anzufangen und zahlreiche Fehlschläge in Kauf zu nehmen, um doch langsam und allmählich ein Beziehungsnetz zu knüpfen, das stets enger und fester wird.

Wozu benötigt man die Apparatur ?

Ein Problem ganz anderer Art liegt in der Aufrechterhaltung der Organisation. Das hängt eng zusammen mit der Frage, womit die Organisation beschäftigt werden kann. Die der Deutschen Opposition zu Grunde liegenden Gedanken sind ja weder terroristisch noch anarchistisch, sondern sie rechnen damit, dass der entscheidende Machtfaktor des Staates sich in ausreichendem Mass für die Absichten der Opposition einsetzen wird. Daraus ergeben sich natürlich Konsequenzen für die Tätigkeit der Organisation und für die innere Haltung der Mitarbeiter.

Die Hauptfrage aber, die sich die Führung beantworten muss, ist, ob die Arbeitsvoraussetzung, nämlich die einmal einsetzende Aktivität eines Teils der Armee, stimmt und ob, wenn man sie als unwahrscheinlich aufgeben müsste, die bisher unter dieser Voraussetzung geleistete Arbeit falsch und unfruchtbar sein würde. Bis jetzt ist die Führung der Ansicht, dass die Arbeitsvoraussetzung aufrecht erhalten werden kann. Selbst, wenn man aber das Gegenteil unterstellt, kommt man doch wieder zu demselben Ergebnis, - dass man nämlich auf alle Fälle sich mit aller Kraft um den Aufbau einer zivilen Organisation der oppositionellen Kräfte bemühen muss.

Was nämlich der Opposition an Macht-und-Kampfmitteln bleibt, wenn sie nicht auf die Hilfe von Teilen der Armee

rechnen kann, setzt in noch weit grösserem Ausmass das Vorhandensein einer disziplinierten und schlagkräftigen Organisation voraus. Wenn schon eine militärisch durchgekämpfte Revolution politisch nicht fruchtbar sein kann ohne eine Art von ziviler Auffang- und Stützorganisation, - um wieviel mehr braucht man eine solche Apparatur, wenn diese nicht nur stützen und auffangen, sondern den revolutionären Kampf **a l l e i n** durchfechten soll.

Man denke an jedes revolutionäre Mittel, Streik, Sabotage oder Terror, - ohne die mühselige Vorarbeit des Baus einer Apparatur wird es sich bei der Anwendung solcher Kampfmethoden nur um einen blutigen Dilettantismus handeln.

Wenn daher die Haltung der Oppositionsführung in so weit richtig ist, so bleibt nur noch zu prüfen, ob das jetzt angewendete Ausleseverfahren eine Umstellung der Organisation auf grössere revolutionäre Eigenaktivität verhindert. Das muss aber verneint werden, denn erstens ist die Art der Auslese an sich schon geeignet, nur die aktivsten und unbedingtsten Gegner des Systems zu sammeln und zweitens hindert nichts die Führung, durch eine zweite, interne Auslese sich die Stosstrupp revolutionärer Aktion zu bilden.

Es ist nun die wenig dankbare Aufgabe der Führung, den Mitarbeitern diese ganzen Gedankengänge immer wieder einleuchtend zu machen und sie gewissermassen auf Ausdauer und "langen Atem" zu schulen. Das ist bei der in den Einzelnen aufgespeicherten Empörung, bei der ihnen von dem System ohnedies dauernd auferlegten Zwangshaltung eine besonders unerfreuliche Pflicht. Die meisten Mitarbeiter wollen gesteigerte Aktivität und die Führung kann ihnen nicht genug davon geben.

Andererseits darf auch die Gefahr nicht übersehen werden,

Ungeduld und
Ausdauer.

dass eine absolut ruhende Organisation schnell völlig wertlos wird: ein Teil der Mitglieder schläft ein, ein anderer Teil fällt ab und es fehlt jede Uebersicht über die wirkliche Leistungsfähigkeit des Ganzen.

Schulung vor
Allem !

Um diesen Gefahren zu entgehen und diese Schwierigkeiten zu überwinden, wird seitens der Führung ein kombiniertes Verfahren angewandt. Zunächst wird in konsequenter Weise immer wieder über die Grundsätze der oppositionellen Haltung, ihre strategischen und taktischen Methoden aufgeklärt. Dann aber, und das ist der wichtigere Teil, werden den Mitarbeitern dauernd Aufgaben gestellt. Vor allem soll damit die Brauchbarkeit der Einzelnen ständig geprüft und verbessert werden.

Man darf nicht vergessen, welche verheerenden Folgen die Entwöhnung von jeder selbständigen und verantwortlichen politischen Tätigkeit mit sich gebracht hat. Vielen älteren Menschen sind die primitivsten Grundsätze der Zusammenarbeit völlig verloren gegangen, ganz abgesehen von dem Nachwuchs, der ja sowieso erst das ABC der politischen Arbeit erlernen muss.

So soll mit diesen Aufgaben eine allmähliche Steigerung der Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Selbständigkeit im Handeln innerhalb eines gegebenen Rahmens erzielt werden. Da bei der oppositionellen Arbeit die meisten technischen Einzelheiten, von denen das Gelingen abhängt, auf genau einzuhaltenden Verabredungen, die im Kopf behalten werden müssen, beruhen, und da Abweichungen nur unter Beobachtung grosser Vorsicht möglich sind, ist diese Schulung in jeder Beziehung wertvoll. Bei dieser Aufgabenerfüllung lernen auch die einzelnen Gruppenleiter ihre Mitarbeiter gründlich kennen, sodass sie genau wissen, für was die Einzelnen sich eignen. Ganz allgemein aber hängt obendrein die

Brauchbarkeit der gesamten Organisation von der Zuverlässigkeit in allen Kleinigkeiten und Einzelheiten ab.

Etwas über die Einzelarbeit.

Die meisten der den Einzelnen gestellten Aufgaben hängen mit zwei Komplexen zusammen: mit der Erweiterung des Mitarbeiterkreises und mit der dauernden Beobachtung bestimmter Kreise und Vorgänge und der Berichterstattung darüber. Was die Gewinnung von neuen Mitarbeitern betrifft, so sind die einzelnen Phasen dieser Tätigkeit schon in Umrissen geschildert. Es ist selbstverständlich, dass es gerade hierbei sehr auf Zusammenarbeit, Takt, Geschicklichkeit und Ausdauer ankommt. Auch tauchen bei dieser Arbeit immer wieder die Fragen auf, über die die geistig politische Schulung sowieso dauernd Aufklärung gibt, sodass sich hier Theorie und Praxis in günstiger Weise ergänzen.

Die Berichterstattungsarbeit aber ist besonders wertvoll. Man unterschätzt gewöhnlich die Wirkungen der Isolierung, die durch das nat.-soz. Nachrichtenmonopol entstanden ist. So weiss man häufig über die Vorgänge in der nächsten Stadt, in der Provinz, ja manchmal auch in dem eigenen Gebiet so gut wie nichts, wenn man allein auf Radio und Presse angewiesen ist.

Wie die Stimmung in der Bevölkerung oder in ihren einzelnen Schichten ist, wie sich bestimmte Regierungsmassnahmen auswirken, ob der amtliche Propagandaapparat wirkt und wie weit, wie die Preisentwicklung und die Marktversorgung bei den wichtigsten Gütern des täglichen Bedarfs ist, das alles sind Tatsachen, die für die Leitung des oppositionellen Kampfes von grosser Bedeutung sind und die nur durch einen eigenen Nachrichtenapparat zu erfahren sind.

Deshalb wird auch bei der Gewinnung von Mitarbeitern darauf geachtet, dass sie verschiedenen Berufen angehören, um so den Beobachtungsraum zu vergrössern.

Durch diese Art von Tätigkeit wird ein Zusammenhalt und ein gemeinsamer Arbeitsrythmus geschaffen, der es der Zentrale erleichtert, die Mitarbeiterschaft lebendig und aktiv zu erhalten. Dazu kommt die dauernde schon erwähnte Schulung in den Gedankengängen strategischer und taktischer Art sowie eine konsequent durchgeführte Aufklärung über die politische Lage vermittels sogenannter Situationsanalysen.

Die Zentrale.

Damit gelangen wir zu der Organisation der Führung selber. Für diese bestehen drei Hauptgebiete der Tätigkeit: erstens die Führung der Mitarbeiterschaft im technischen Sinn, zweitens die Beobachtung der politischen Situation und das Studium für die Zielsetzung der Deutschen Opposition, und drittens die politische Führung der Opposition zu immer grösserem Einflusse.

Ueber die Art, wie dieser letzte Teil der Gesamtart ^{beit} geleistet wird, kann aus begreiflichen Gründen nichts gesagt werden. Für die zweite Aufgabe hat sich die Zentrale einen Stab von Sonderbearbeitern herangezogen, die mit der eigentlichen Organisation nur wenig Zusammenhang haben, die aber zum Teil sehr wichtige Informationen bringen und sich mit der Abfassung der Situationsanalysen, der Auswertung der sämtlichen Nachrichten befassen und die Rahmenpläne der politischen Zielsetzung vorbereiten.

Anregung und Zusammenhalt ! Den Hauptteil von Zeit, Arbeit und Geldmitteln erfordert die technische Führung der Organisation, d.h. die kontinuierliche Ueberwachung, Anregung und Unterstützung bei der Ausbreitung der Mitarbeiterschaft, ihre Schulung, entweder direkt oder durch Instruktionen an geeignete Personen, ihre dauernde Kontrolle auf zuverlässiges Arbeiten und die bei dem Wachstum sehr häufig notwendige Abgrenzung von Arbeitsgebieten, sowie überhaupt die Bildung eines gehobenen organisatorischen Mitarbeiterstabes.

Bezeichnend für die gute Durchführung der organisatorischen Arbeit ist, dass seit zwei Jahren mit wachsender Planmässigkeit und in steigender Anzahl Mitarbeiterzusammenkünfte veranstaltet wurden, zu denen Mitarbeiter aus verschiedensten Teilen Deutschlands eintrafen. Meistens dauern derartige Treffen ein bis zwei Tage. Bei dieser Gelegenheit wirkt die Zentrale in besonders energischer Weise auf die Durchführung bestimmter Arbeitsziele-und-Methoden hin. Gleichzeitig sind derartige Zusammenkünfte ein ausserordentlich wirksames Mittel zur Aktivierung der gehobenen Mitarbeiterschaft, weil damit die Isolierung in besonders eindrucksvoller Weise gebrochen ist und die Möglichkeit der organisatorischen Arbeit in unbezweifel^{bayer}~~hafter~~ Weise allen Teilnehmern vor Augen geführt wird. Selbstverständlich strahlt diese Wirkung nachher noch längere Zeit in die einzelnen Arbeitsgruppen aus.

Daneben befinden sich Mitarbeiter der Zentrale fast dauernd auf Reisen, um die örtlichen Mitarbeiter zu kontrollieren, und anzuregen. Bei derartigen Gelegenheiten werden ab und zu Übungsaufgaben gestellt, etwa, dass mit kurzer Frist für eine grösseres Gebiet die Zusammenkunft der Hauptmitarbeiter verlangt wird. Das ~~h~~obt nicht nur die technische Präcision, sondern hat in kleinerem Umfang dieselbe belebende Wirkung wie die Zusammenkünfte der Mitarbeiter aus dem ganzen Reich.

Dies alles wird möglich gemacht in voller Deckung vor der Polizei und jeder, der auch nur die geringste Vorstellung davon hat, was alles in Deutschland nicht zu machen ist, was anderswo selbstverständlich ist, wird begreifen, welche Unsumme von Geduld, Vorsicht und Nervenkraft dazu gehört, der politischen Opposition eine brauchbare Waffe in Gestalt einer disziplinierten und leistungsfähigen Organisation zu schaffen.

3. Z I E L E .

=====

Die fürchterliche Erbschaft !

Die vorstehende Schilderung gibt einen Ueberblick über die Aufgaben, Schwierigkeiten und Methoden der Arbeit der Deutschen Opposition, soweit sie mit der Sammlung, Gliederung und Schulung der Menschen zusammenhängt. Es bleibt nun noch übrig, sich mit der geistigen Sammlung, mit dem Gedankenwerk der Deutschen Opposition zu beschäftigen.

Die Vorstellung, das Erbe des dritten Reiches antreten zu müssen, ist erschreckend. Der jetzt auf allen Gebieten herrschende systematische Raubbau wird jedem Nachfolger die schwierigsten Aufgaben zur Lösung hinterlassen. Auch die letzten aussenpolitischen Aktionen erschweren es einer Nachfolgeregierung erheblich, eine klare und saubere Politik zu treiben. Zudem ist bei dem Tempo, mit dem die Ereignisse jetzt auf einander folgen, in keiner Weise zu übersehen, was noch alles an neuen Problemen auftaucht, bis eine Nachfolgeregierung an das Ruder gelangt.

Sicher ist, dass in allen Fällen diese neue Regierung vielleicht die schwierigste Aufgabe vor sich hat, die je einer Regierung gestellt wurde. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, ein detailliertes Programm zu haben; nur Quacksalber haben für alle Fälle eine Patent-medizin. Wohl aber ist es möglich, die Richtung, die man einschlagen will, zu bestimmen, und man kann auch einiges über die Mittel aussagen, deren man sich bedienen will, um in der angegebenen Richtung vorwärts zu kommen.

Der Rechtsstaat als Grundlage !

Die Deutsche Opposition will den deutschen Rechtsstaat. Darunter versteht sie einen Staat, ~~xxx~~ bei dem ~~xxx~~ das Verhältnis zwischen Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung und dem ganzen Volk festgelegten Normen unterliegt. Durch diese verfassungsmässigen Rechtsatzungen sind alle Teile unverbrüchlich gebunden. Sie

gewähren den Bürgern Schutz vor jeder Willkür von Amtabeauftragten und sichern ihnen eine Sphäre des privaten Eigenlebens, eine Möglichkeit, sich ihr Leben unter eigener Verantwortung und unter eigener Zielsetzung aufzubauen. Sie geben der Regierung die weitgehenden Vollmachten, die sie zur Erfüllung ihrer ungeheuer komplexen Aufgaben ermöglichen und sie stellen die Rechtsgleichheit aller Bürger wieder her.

Daher fallen alle Ausnahmegesetze sowie alle Institutionen der Sondergerichtsbarkeit von Ständen, Bünden und "Parteilicherungen" weg. Die Unabhängigkeit der Justiz von Verwaltungs- und Regierungsmassnahmen wird wieder hergestellt.

Unerlässlich für diesen Rechtsstaat ist eine vom Volk gewählte Repräsentativkörperschaft. Bei den Grundsätzen, die für die Wahl und Zusammensetzung dieser Körperschaft entscheidend sind, wird man auf die Grundsätze der Gedankenfreiheit, der Pressefreiheit und des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zurückgreifen. Man wird jedoch dafür sorgen, dass der Missbrauch dieser politischen Aktionsrechte, der während der Weimarer Republik zur Regel wurde, sich nicht wiederholt.

Die Aufgaben dieser Volksvertretung werden dreifach sein: Verwaltungskontrolle, Zusammenarbeit mit und Kritik an der Regierung, und Vorbereitung, Heranbildung und Auslese von Nachfolgern für die Regierung und die Führung des Volks.

Echte Politisierung!

Unter allen Umständen will man die lebendige Teilnahme der grossen Massen des deutschen Volks an der eigenen Schicksalsgestaltung erreichen. Während die vom Nat.-Soz. so eifrig betriebene und so laut gepriesene "Politikführung" nichts anderes ist als ~~XXX~~ die dauernde Lautverstärkung der Akklamation, die Steigerung des ungeordneten "Volksgemurmels" in ein gedrilltes

Gehorsamsgeschrei, will die Deutsche Opposition eine echte Politisierung erreichen. Das bedeutet, dass sie dem Volk das Recht auf Information durch die Regierung, und das Recht der vorherigen Warnung an die Regierung gibt, sowie das Recht darauf, nachträglich die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Nicht aber steht deshalb dem Volk oder seiner Vertretung das Recht zu, sich in die ablaufenden Geschäfte einzumischen.

Wie weit und wie schnell die echte Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wieder eingeführt werden kann und in welcher Mischung die Gedanken des Einheitsstaates und der selbstverwaltungsmässigen Dezentralisation sich konkretisieren lassen, ist heute noch nicht abzusehen.

Die Selbstverwaltung als Mittel zur Schulung des Volks, in verantwortlicher Weise an der Bestimmung seiner Angelegenheiten mitzuwirken, wird von der Deutschen Opposition sehr hoch veranschlagt, wie überhaupt die ganze Tendenz daraufhin geht, in allmählicher, gradweiser Steigerung das Volk an freie und verantwortliche Mitarbeit an der Regierung zu gewöhnen, um so Schritt für Schritt d e n Zustand politischer Reife zu entwickeln, der irrtümlicherweise bei dem Sprung vom Kaiserreich zur Weimarer Verfassung als vorhanden vorausgesetzt worden war.

Eine Regierung, die ihre Legitimation zum Regieren weder aus einer alten Tradition, noch aus der plebiscitären Zustimmung des Volkes zu einem "Führer" schöpft, hat nur eine Möglichkeit der Legitimierung, nämlich die der Bewährung. Um der Nachfolgeregierung überhaupt die Chance zu geben, sich gegenüber dem Chaos der Nazierbschaft zu "bewähren", muss sie im Rahmen einer rechtsstaatlichen Ordnung mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden.

Wie notwendig dies ist, zeigt sich am deutlichsten auf dem Gebiet, auf dem vor allen anderen jede Nachfolgeregierung sich bewähren muss: auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Gerade dort sind heute schon die ungefähren Grössenordnungen des Unheils zu erkennen, das wieder gut gemacht werden soll, wenn auch noch lange nicht im Einzelnen vorausgesehen werden kann, wie die Lage im Augenblick des Sturzes der Nazidiktatur sein wird.

Entartete "Wirtschaft":

Der National-Sozialismus kennt die Wirtschaft nicht als, wie er sagt, "materialistische" Bedürfnisbefriedigung. Er kennt sie aber auch nicht als Diener einer Kultur, sondern ihm war und ist sie lediglich störendes Beiwerk bei dem Aufbau des "totalen Staats".

In diesem Staat gibt es keine soziale Frage und keine individuelle Bedarfsdeckung mehr, denn der Staat weist allen Einzelnen und Schichten ihre feste, unverrückbare Stellung im Rahmen an und verbietet individuelle Bedürfnisse und Wünsche. Alles und ~~und alles~~ Jedes/ist den diktatorisch gesetzten Zwecken des Staates untergeordnet. Daher findet die auf diese Weise allen ihren Zwecken entfremdete Wirtschaft ihren Platz an einer völlig anderen Zielen gewidmeten Stelle. Sie wird "Wehrwirtschaft", dient nur noch der Verfolgung rüstungstechnischer Ziele und beschränkt sich darauf, ein Mittel des Staates für ein anderes Mittel des Staates zu sein, Teilstück des militärischen Potentials, das selbst als Landesverteidigung nicht Selbstzweck darstellen soll, sondern nur ein Hilfsmittel des Staates.

Hierin, und nicht in der Tatsache der Planwirtschaft allein, liegt die politische, ethische und technische Schwäche der nat.-soz. Wirtschaftspolitik begründet. Die Wirtschaftspolitik ist nicht darauf gerichtet, eine gesunde Gesellschaft innerhalb des Staates aufzubauen, sondern sie ist zur einseitigen

Hilfsorganisation militärischer Zwecke entartet.

Das soziale
Problem -

Hebung des
Lebensstandards
der grossen
Massen der
Bevölkerung!

Für die Nachfolgeregierung der Deutschen Opposition wird die Wirtschaftspolitik ein Mittel sein, das soziale Problem des modernen Massenstaates einer Lösung näher zu führen. Die erste Etappe auf diesem Wege bedeutet, den Lebensstandard des deutschen Volkes, d.h. seiner breiten Massen, zu heben. Der Abstand zwischen der Lebensführung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter, Angestellten, Bauern und unteren Beamten zu der Lebensführung des begüterten Mittelstandes soll auf diese Weise verringert werden. So, und nicht durch Proletarisierung des Mittelstandes wird ein soziales Gleichgewicht erreicht werden.

Wirtschaftsmethoden
der Diktatur.

Die Diktatur bediente sich wesentlich der folgenden zwei Methoden auf wirtschaftspolitischen Gebiet: sie betrieb überall Raubbau und gleichzeitig schuf sie eine umfassende " Organisation des Mangels ". Sie war bei allem Fassadenglanz der Vollbeschäftigung, der steigenden Steuereingänge und der wachsenden Produktionsziffern doch nur negativ.

Die Deutsche Opposition will auch in ihren Methoden positiv und aufbauend vorgehen. Zunächst wird sie die deutsche Volkswirtschaft aus dem Isolierungskampf befreien, der infolge des Strebens nach reiner Selbstversorgung eintrat, und sie allmählich wieder in eine allgemeine Tauschwirtschaft eingliedern.

Die positiven
Mittel !

~~XXXXX~~

Daher :

- I.) Konzentrierung der gesamten deutschen Produktion auf Veredelungsfabrikate und Qualitätsgüter. Nur durch eine derartige wirtschaftliche Tätigkeit kann die Ernährung und Versorgung des deutschen Volkes gesichert werden. Wo immer eine Wahlmöglichkeit zwischen einer reinen Urproduktion und einer Veredelungsindustrie besteht, verdient die letzter den Vor-

zug. Das gilt auch, und besonders, für den Sektor der Landwirtschaft, die überhaupt nur dann wieder ein rentables Glied der Gesamtwirtschaft ohne Dauerbedarf an Zuschüssen aus allgemeinen Mitteln werden kann, wenn die einseitige Bevorzugung der Erzeugung reiner Rohprodukte aufhört.

Dass eine derartige Umstellung nur möglich ist, wenn die in Deutschland erzeugten Wirtschaftsgüter auch "tauschbar" sind, ist selbstverständlich. Bei der ausserordentlich hohen Begabung der deutschen Volkes für Qualitätsarbeit, bei dem hohen Intelligenzstand seiner Arbeiter, Techniker und Kaufleute ist es sicher, dass objektiv gesehen, eine Wiedereingliederung der deutschen Produktion in die Weltwirtschaft ein gelingen kann. (Die andere Frage, ob ~~IKK~~ Absatz deutscher Produkte aus anderen als wirtschaftlichen Gründen gehindert wird, kann nur im Zusammenhang mit anderen Gedankengängen über die zukünftige Aussenpolitik beantwortet werden.)

2.) Beseitigung aller Faktoren, die das deutsche Preisniveau heben und künstliche Spannungen im Preisgefüge verursachen.

Dazu gehört, dass die zahllosen Sondervorteile einzelner Klassen, Berufszweige und Unternehmungen verschwinden, die sich aus Subventionen mannigfacher Art, aus den Errichtungssperren und aus den vielen Sonderregelungen im Zoll, Ein- und Ausfuhrwesen ergeben. Dazu gehört ferner die Wiederherstellung der Freizügigkeit und der freien Berufswahl. Beides wird entscheidend dazu beitragen, die besten Kräfte zu entwickeln und sie an der geeignetsten Stelle der gesamten Volkswirtschaft dienstbar zu machen.

Nur eine rücksichtslose Klarheit im Preisaufbau, besonders für die wichtigsten Güter des Massenkonsums und der Produktionsmittelindustrie kann die beiden Hauptaufgaben

der zukünftigen Wirtschaftspolitik ihrer Erfüllung näher bringen: Export deutscher Qualitätserzeugnisse und Erhöhung der Realeinkommen in Deutschland ohne eine sofortige Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Finanzreform.

- 3.) Ein wesentlicher Teil dieser Aufgaben kann nur angegriffen werden, wenn der Staat selbst mit gutem Beispiel vorangeht. Daher wird eine Finanzreform nicht nur nötig sein, um die durch die Diktatur völlig verfahrenen Etatsverhältnisse zu regeln, sondern auch, um schädliche Kostenelemente aus der allgemeinen Kalkulation zu entfernen.

Eine Reform der Steuern mit dem Ziele der Vereinfachung von Veranlagung, Einziehung und Nachprüfung wird eines der Mittel zu diesem Zweck sein. Das zweite Mittel besteht im Wiederaufbau eines übersichtlichen Reichsetats, sowie entsprechender Haushaltspläne der Selbstverwaltungskörperschaften. Das dritte Mittel ist ein modernisierter Zentralrechnungshof, um eine schnelle und genaue Kontrolle über die Verwendung öffentlicher Mittel zu garantieren. Das vierte Mittel schliesslich besteht in der Säuberung aller sogenannter Werkstarife, der Tarife von Bahn, Post und anderer im staatlichen Besitz befindlichen Wirtschaftsgebilden von rein fiskalischen Einflüssen, sodass deren Leistungen zu den geringst möglichen Preisen abgegeben werden.

Koordinierung! - Im Mittelpunkt der gesamten Reform, gewissermassen als ihr nicht ungezügelter
Kräfte - re Kerne, stehen die Umwandlung der Handelspolitik, die Agrarreform
Einsatz. und die Finanzreform. Es leuchtet ein, dass ein derartiges Reformwerk nur vorwärts getrieben werden kann, wenn die Regierung alle Einzelmassnahmen koordinieren kann, wenn sie die Durchführung ihrer Vorschriften zu erzwingen weiss und wenn sie für eine längere Zeitdauer disponieren kann, als das normalerweise strikt parlamen-

tarischen Regierungen möglich ist.

Es ist aber gleichfalls klar, dass mit der Beseitigung der Diktatur nicht gleichzeitig ein Zustand des ungezügelten und ungerichteten Kräfteinsatzes eintreten kann, einerlei, ob es sich dabei um den Anspruch der Unternehmer, der Arbeiter, der Verbände oder schlichtweg der Eigentümer handelt, zu tun, was ihnen gerade beliebt. Wenn auch die wirtschaftliche Eigentätigkeit des Staates zurücktreten muss und wird, so wird doch der Charakter einer vom Staat in den Hauptzügen geführten und daher auch in dieser Beziehung beaufsichtigten Wirtschaft schärfer als vor 1933 umrissen sein. Der Staat kann nicht seine Reformabsichten durch das Dogma einer angeblichen "Freiheit der Wirtschaft" gefährden lassen und so zum Tummelplatz egozentrischer bestimmter Machtkämpfe wirtschaftlicher Art werden.

Deutschland einge-
gliedert in Europa !

Die Voraussetzung jeder Innen- und Wirtschaftspolitik, die sich die eben geschilderten Ziele setzt, ist Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Nationen. Daher ist es auf aussenpolitischem Gebiet das Bestreben der Deutschen Opposition, so schnell wie möglich Deutschland wieder in ein internationales System der Zusammenarbeit auf friedlicher und die Rechte aller Nationen wahren- der Art einzugliedern.

Niemand verkennt die unerhörten Schwierigkeiten, die sich bei dem in den letzten Jahren eingetretenen allgemeinen Vertrauensschwund diesem Ziel entgegenstellen. Es ist der Opposition auch durchaus klar, dass die Lösung gewisser Fragen, die durch die Aussenpolitik Hitlers eine gewaltsame Lösung erhalten haben, der Prüfstein für die Einstellung der Umwelt zu einer neuen deutschen Regierung sein wird.

Deutschland wird den Versuch unternehmen, eine Beruhigung und Stabilisierung der europäischen Verhältnisse anzustreben, um die schweren Störungen, die durch die "Dynamische Politik" entstanden sind, zu beheben. Dabei wird es sich im Wesentlichen darum handeln, eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Diese Zusammenarbeit braucht nicht sich auf aussenpolitische Verständigung zu beschränken; sie kann und sollte auch auf gemeinsame Bearbeitung wirtschaftlicher Aufgaben ausgedehnt werden. Insbesondere bei der Frage der südosteuropäischen Politik wird sich eine vorzügliche Gelegenheit ergeben, den Goodwill beider Nationen zu mobilisieren, um die ständig aus den ungelösten Organisationsproblemen der dortigen Nationen sich ergebenden Gefahren, Spannungen und Krisen zu beseitigen.

Die Auffassung Europas als einer kulturellen und wirtschaftlichen Einheit wird die politische Haltung der neuen deutschen Regierung in allen Tagesfragen bestimmen.

Was bleibt alles ungesagt ?

Diese sehr skizzenhafte Zusammenstellung der Gedankengänge der Deutschen Opposition über die nach einem Umsturz einzuhaltende politische Richtung und über die Mittel ihrer Politik leidet daran, dass alles Eingehen auf Einzelfragen, das dem Ganzen erst die lebendige Farbe geben würde, nicht in den Rahmen dieser Darstellung passt. Würde man einige dieser Fragen behandeln, so würde man den Eindruck von Stückwerk geben. Würde man aber versuchen, überall in das Einzelne der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problematik einzudringen, so würde man den Eindruck einer schematischen und unlebendigen Programmatik erwecken.

So bleibt hier nur übrig, zu betonen, dass sich die Opposition durchaus darüber im Klaren ist, dass erstens die hier

angedeuteten Ziele nur in allmählicher, stufenweise aufbauender Arbeit zu erreichen ~~xxx~~ sind, dass zweitens die Darstellung ganz wesentlich ~~el~~Lücken enthält und dass drittens in Deutschland bereits eine ganze Reihe von Einzelarbeiten vorliegen, die sich mit hier nicht behandelten oder nur angedeuteten Fragen beschäftigen und zum Teil auch bis in Einzelheiten ausgearbeitete Vorschläge enthalten.

Selbstverständlich können auch die vielen Fragen hier nicht beantwortet werden, die mit der Ueberleitung der Staats- und - Wirtschaftsmaschine aus der Diktatur in den Rechtsstaat zusammenhängen. Die Fragen z.B. des Beamtenrechts, der Gründung von politischen Parteien und Vereinigungen, die Bearbeitung des Währungsproblems, das Rohstoffproblem, - alle diese und zahllose andere Einzelaufgaben von grosser Bedeutung für das Nachfolgeregime können hier nicht behandelt werden.

Hier soll nur deutlich gemacht werden, dass man selbstverständlich diese Fragen durchaus sieht und mit der Bearbeitung ihrer möglichen Beantwortung sich beschäftigt.

Klein " Ismus ", -
Bewährung ist die
Aufgabe !

Die programmatischen Gedanken der Deutschen Opposition sind nicht neu und befriedigen sicherlich nicht die Sehnsucht vieler Menschen nach einem neuen "Ismus" oder nach einer neuen Religion. Aber sie sind die Gedanken einer politischen Richtung, die sich in der Bewältigung der ungeheuren Aufgaben bewähren will, für das tägliche Leben einer Nation und damit und dadurch für ihre Zukunft und ihre Kultur eine ruhige, würdige und gesicherte Form zu finden, für den sozialen Ausgleich nach innen und für den nationalen Ausdruck nach aussen zu sorgen und so den Unterbau zu schaffen, auf dem sich das Gebäude deutscher Kultur erheben kann.

4. DIE HISTORISCHE AUFGABE.

Die Chancendiskussion. Wird es gelingen, die Entwicklung umzulenken, - kann es gelingen? Diese Fragen führen zurück auf die in Deutschland hundertmal geführte Chancendiskussion. In Wirklichkeit kann niemand mit Sicherheit die erste Frage beantworten. Eben deshalb aber muss Jeder die zweite Frage bejahen. Natürlich kann es gelingen, die Diktatur in Deutschland zu stürzen. Damit bleibt jedoch die Frage unbeantwortet, ob es wahrscheinlich ist, dass die Diktatur noch vor dem Ausbruch eines europäischen Krieges beseitigt sein wird. Das aber ist bei allen den Chancenberechnungen die einzig wesentliche Frage.

Katastrophenstimmung. Wohl mehren sich gerade innerhalb Deutschlands die Stimmen, die den "Münchenpakt" besonders deshalb verurteilen, weil er die kriegerische Entwicklung verzögert und damit die Diktatur vorläufig erhalten habe. Die Anhänger der Ansicht, dass man Hitler nur als Folge einer militärischen Niederlage los werden könne, häufen sich. Das spricht nicht dafür, dass diese Ansicht berechtigt ist, sondern nur dafür, dass sich die Stimmung in Deutschland rapide verschlechtert, denn ohne einen schweren Druck in seelischer und materieller Beziehung würde eine derartige Katastrophenpolitik gar keine Anhänger finden.

Natürlich ist diese Haltung zugleich eine Flucht aus der Verantwortlichkeit. Indem man alles andere von vorn herein für zwecklos erklärt, den Krieg als einzigen Ausweg aus einer sonst hoffnungslosen Situation ansieht, schliesst man die Möglichkeit jeder eigenen Tätigkeit aus.

Der Krieg löst
kein Problem!

In Wirklichkeit ist es eine ungeheure Täuschung, wenn man glaubt, durch einen von Deutschland verlorenen Krieg zu vernünftigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zu-

ständen in Europa zu gelangen. Der Krieg löst keine Probleme; er beseitigt sie lediglich und wirft gleichzeitig neue und schwerere auf. Zweifellos wird ein unglücklicher Krieg die nat.-soz. Diktatur beseitigen; - aber was alles wird mit in diesen Untergang verschlungen sein? Mit grosser Wahrscheinlichkeit sogar die politische Wirklichkeit " Deutschland " !

Ein neuer Friedensvertrag wird für ein unterlegenes Deutschland gewiss nicht besser als der von Versailles sein. Alle guten Vorsätze in dieser Beziehung werden durch die emotionalen Kräfte, die als Folge der Furchterlichkeiten dieses Krieges hervorbrechen werden, hinweggefegt werden, und am Ende des Kriegs, am Anfang des Siegs wird der Gedanke stehen: Nie wieder Deutschland ! !

Ein zerstückeltes Deutschland kann nicht das Ziel sein, das wir heute anstreben und deswegen eben ist das Spekulieren auf den unglücklich verlaufenden Krieg auch und gerade in Bezug auf die innerpolitische Wirkung eine absolute Katastrophenpolitik. Denn diese Wirkung kann nur sein, dass die Keime neuen nationalistischen Wahnsinns und neuer Minderwertigkeitsgefühle sich wieder häufen, sodass nicht die Gesundung Europas, sondern die Verewigung seiner Krankheit herbeigeführt wird.

Europas Schicksalsfrage.

Die Aufgabe der Deutschen Opposition weitet sich also von einer rein innerdeutschen Angelegenheit aus zu einer ganz Europa umfassenden Schicksalsfrage. Heute schon steht Europa nicht mehr im Frieden, wenn auch noch nicht im Kriege selbst. Aber heute schon muss ganz Europa seinen Lebensstandard und weit wichtiger noch, seinen ganzen Lebensstil wegen des dauernd drohenden Kriegs umstellen. Pseudodiktatur in Frankreich, Wehrpflicht in England, Dauermobilisierung in einem halben Dutzend Ländern, Mammutsteu-

ern zur dauernden Steigerung der Rüstungen: das sind nur die auffallendsten Merkmale einer auf das Anormale normalisierten Welt.

Scheinbar sieht man ausserhalb Deutschlands keinen anderen Weg als den Krieg. Aber der Krieg würde auch für die Sieger grosse Enttäuschungen bringen. Und die Grösste wird die sein, dass es auf dem Wege des Krieges nicht möglich sein wird, zweierlei zu erreichen: Ruhe und Stabilität in Europa und Sicherheit und Fortschritt der Demokratie. Da aber dieses beides die wesentlichen Werte sind, um die es, abgesehen von der Selbstverteidigung, geht, so sollten auch die anderen Länder sich erneut die Frage vorlegen, ob es nicht doch einen anderen Weg aus dieser Krise gibt.

Der Ausweg:

Der Weg der Deutschen Opposition ist dieser andere Ausweg. Er vermeidet den Krieg und erz führt in Deutschland selbst die nötige geistige Umstellung herbei, die für den Zusammenhalt Europas nötig ist. Die grosse Vorbelastung der Weimarer Demokratie war doch, dass sie als Folge der Niederlage erschien. Die Freiheit war dem Volk geschenkt worden und Dinge, die man nicht durch eigene Arbeit oder mit Opfern erworben hat, wertet man nicht. Geschenke dieser Art werden nie Werte. Siegt aber die Opposition in Deutschland, dann ist ein neuer Staatszustand aus Eigenem erreicht worden, - und dass dieses nicht umsonst, sondern nur mit schweren Opfern erreichbar ist, das liegt wahrlich klar vor Aller Augen.

Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Bedeutung der Deutschen Opposition, die Grösse ihrer Aufgabe, die Ungeheuerlichkeiten jeder anderen Entwicklung, dann tritt jede Chancenrechnung zurück, dann wird klar, dass j e d e Chance, und sei sie noch so klein, mit ganzer Kraft, Hingabe und Energie ausgenutzt werden muss, und dass jeder, der selbständig/politisch/denken kann, in seiner Weise dazu beitragen muss, der Deutschen Opposition

zu helfen, ihr Ziel zu erreichen :

ED 166-50

die Hitlerdiktatur zu beseitigen,

Recht, Freiheit und Ordnung in Deutschland aufzurichten

und

Frieden und gemeinsamen Fortschritt für Europa zu bringen.

Nun, zum Schluss dieser Darstellung, taucht dieselbe Frage auf, die auch in Deutschland von aktiv gestimmten Menschen so häufig erörtert worden ist : Was kann man tun ?

" Was kann man tun ?"

Für die innerdeutsche Arbeit ist hier, wenigstens andeutungsweise beschrieben worden, was die einzelnen Menschen in Deutschland tun können und tun. Für die im Ausland Lebenden besteht aber eine besondere Problematik, die sich daraus ergibt, dass sie zwar nicht den Hemmungen der Diktatur unterliegen, dass sie aber gleichzeitig vom Zentrum der Ereignisse entfernt sind und sich daher mit einer Aufgabe zweiten Ranges begnügen müssen.

Die Emigration aus Deutschland, soweit sie überhaupt als politisch anzuerkennen ist, kann niemals die Rolle etwa der russischen Exilrevolutionäre oder der tschechischen Staatsgründer spielen. Wenn überhaupt der deutschen Opposition Hilfe von aussen gegeben werden kann, dann nur unter der Voraussetzung des unbedingten Primats der Inlandsarbeit.

Die reichlich bequeme Formel mancher Emigrantenkreise, dass die politische Leitung des Kampfes gegen die Diktatur im Ausland, die Ausführung der einzelnen Aktionen aber im Inland liegen müsse, ist in jeder Weise unhaltbar. Es ist nicht richtig, dass die Problematik des oppositionellen Kampfes im Ausland besser gesehen wird als im Inland. Das Gegenteil ist der Fall: die Emigranten schleppen noch viel zu viel von dem Gepäck der Zeit vor der Diktatur mit sich herum. Wenn e t w a s von Hitler unwider-

rußlich zerstört ist, so sind es die alten Parteivorstände. Außerdem liegt aber in dieser Formel eine Verteilung von Risiko und Kompetenz, die viel zu sehr nach dem Unterschied von Front und Etappe schmeckt, als dass sie getragen werden könnte.

Die Arbeit der Emigranten zur Beseitigung der Diktatur in Deutschland wird gerade umgekehrt lediglich eine, wenn auch nicht bedeutungslose, Hilfsarbeit für die deutsche Inlandsopposition und unter völliger Leitung von Deutschland aus sein. Nur so wird es möglich sein, die Kräfte der in der Emigration lebenden Deutschen zu Gunsten einer Aenderung der Verhältnisse in Deutschland einzusetzen. Der umgekehrte Weg, dass nämlich für Zielsetzung Taktik und Arbeitsteilung die Emigration richtunggebend wäre, ist ungangbar.

Wollen also die Emigranten helfen, so können sie das zweckvoll nur, wenn sie sich in einen von der Deutschen Opposition gegebenen Rahmen einpassen. Dann werden sie allerdings eine bedeutende Hilfe im Kampf für die Befreiung Deutschlands von der Hitlerdiktatur sein.

Hiermit ist zugleich klar gestellt, warum die Tätigkeit der sozialistischen Organisationen der Emigration praktisch keine Rolle spielt. Denn gerade bei ihnen ist das Prinzip besonders ausgebaut, dass die Leitung des illegalen Kampfes fern der Heimat und fern vom Risiko liegt. Es ist ein bitteres Wort, das in Deutschland kursiert, dass jeder deutsche Sozialdemokrat erst dann die Hilfe der emigrierten Organisationen für seine Opposition innerhalb Deutschlands erhält, wenn er gewissermassen "den Eid auf Otto Wels" ablegt. Dasselbe gilt für die Kommunisten, die abseits der dogmatischen Anhängerschaft in Deutschland überhaupt keinen Boden finden.

Unterstützungs-
kreise im Ausland.

Organisatorisch gilt für die Hilfsarbeit der Emigranten dasselbe, wie für die Arbeit in Deutschland. Auch hier kommt es nicht auf die Aufbietung grosser Massen an, sondern auf die Schaffung von präzise und energisch arbeitenden Unterstützungskreisen. Deren Hauptaufgabe wird darin bestehen, sich für die Leitgedanken der Deutschen Opposition einzusetzen.

Zunächst wird dies in den Kreisen der Deutschen selbst geschehen müssen. Bei aller weltgültigen Anerkennung der kulturellen Bedeutung der deutschen Emigration ist doch deren politischer Einfluss gering, da sie keinerlei positives Programm haben und keine konstruktive politische Idee haben. Man kann nicht erkennen, in welcher Weise sie sich die Gestaltung eines zukünftigen deutschen Staats-und-Volkslebens vorstellen.

Auszunehmen sind die nicht wenigen deutschen Schriftsteller, die auf das dogmatische kommunistische Programm eingeschworen sind, und die infolgedessen keine Vorstellung über die Formen und Werte eines zukünftigen deutschen Zusammenlebens haben, sondern nur eine deutsche Sektion innerhalb des kommunistischen Weltstaats vor sich sehen. Es ist überflüssig, über die Wünschbarkeit einer solchen Entwicklung, gewissermassen über die Zielvorstellungen der "Antinazintern" zu streiten, denn in seinen Wünschen ist der Mensch bis zur letzten Inkonsequenz frei.

Hier handelt es sich aber nicht um Wünschbarkeiten, sondern um konkrete und zeitlich rasch zu verwirklichende politische Konstruktionsvorstellungen und da ist unbestreitbar, dass die allgemeine geistige Entwicklung ~~winkt~~ in Deutschland nicht dem kommunistischen Ideal zustrebt, wenigstens bis jetzt nicht, sondern dass eine tiefe Sehnsucht danach vorhanden ist, erst einmal mit der nüchternen Verwirklichung der Grundprinzipien jeden gesitteten Zusammenlebens zu beginnen.

Für diese Geisteshaltung sich einzusetzen und damit einen Ansatzpunkt zu schaffen, von dem aus der nicht kommunistische Teil der Emigration politisch mobilisiert werden kann. das ist die eine Aufgabe, die hier gestellt wird.

ED 166-53

Gegen die Gobbels -
Märchen !

Aber nicht minder wichtig ist es, für die Gedanken der Deutschen Opposition auch dem Ausland selbst gegenüber einzutreten. Viel zu oft hört man von Ausländern, dass es ja in Deutschland keine Opposition gibt, dass überhaupt keine Möglichkeit besteht, Hitler durch ein anderes Regime zu ersetzen und dass es richtig sei, was Hitler immer wieder sage, dass es nur die nat.-soz. Diktatur oder eine kommunistische Herrschaft in Deutschland geben könne. Es soll nicht untersucht werden, welchen direkten und indirekten Einfluss diese verlogene Behauptung auf die äussere Politik mancher Länder gehabt hat, - unbestreitbar ist, dass Hitler auch auf internationalem Feld mit seiner Urzellenlüge, dass er Deutschland und die Welt vor dem Bolschewismus bewahre, erheblichen Erfolg gehabt habe.

Sprachrohr nach
ausssen.

Auch viele andere Behauptungen, die von der Propaganda des dritten Reiches in's Ausland getragen werden, müssen nachdrücklich bekämpft werden. Viel zu lange schon fehlt es an einer Stelle, die die breiten Massen des deutschen Volkes im Ausland vertritt. Viel zu lange wird das Deutsche Volk unwidersprochen durch die Wortführer einer kleinen Klicke vertreten, die den guten Ruf des gesamten Deutschland systematisch untergraben.

So ist es nötig, allmählich das Verständnis für und die ^{Kennntnisse} ~~Tatsachen~~ über die Deutsche Opposition, ihre Ziele und ihre Arbeitsmethoden zu verbreiten und zu vertiefen. Es darf nie vergessen ^{werden,} dass Deutschland seinen Neuaufbau gewaltig sich erleichtern kann, wenn es die Sympathien und das Verständnis seiner Nachbarn

geniesst. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass schon jetzt, vor der Umwälzung der Verhältnisse in Deutschland, ein Sprachrohr der grossen Mehrheit des deutschen Volkes vorhanden ist, durch das eine Vorbereitung im Sinn der Deutschen Opposition geschaffen wird.

Eine weitere Aufgabe, für deren Erfüllung ~~sich~~ die Mitarbeiter der Opposition im Ausland sich einsetzen können, ist die Unterrichtung der in Deutschland arbeitenden Organisation über vieles, was sich ausserhalb Deutschlands abspielt, daneben auch über die Stellungnahme des Auslands zu innerdeutschen Verhältnissen und Vorgängen.

Wenn hiermit die Ausführungen über die Mitarbeit der im Ausland lebenden, der Opposition angehörenden Deutschen abgeschlossen werden, so ist damit noch keineswegs gesagt, dass es nicht vielleicht noch ~~weit~~ ^{weit} mehr Möglichkeiten der Mitarbeit und Unterstützung gibt. Es ist auf diesem Gebiet nicht anders wie auf jedem anderen auch: in der praktischen Arbeit ergeben sich fast täglich neue Erfahrungen, Anregungen und Bedürfnisse. Genau wie für die Arbeit in Deutschland kommt es auch für die Auslandsarbeit im Dienst der Deutschen Opposition zunächst darauf an, sich ein Instrument zu schaffen, sodass die nötigen Arbeiten ausgeführt werden können. Wenn späterhin andere Arbeitsziele hinzukommen, so ist sicherlich die bereits geschaffene Apparatur nur eine Erleichterung für diese neuen Aufgaben. Auch hier ~~also~~ ist "Apparatebau" die vordringlichste Aufgabe!

Für diese Aufgabe sich einzusetzen, ist also das erste und vorläufig wesentliche Mittel zur Bekämpfung der Diktatur in Deutschland. Mit dieser Aufforderung beantwortet die Deutsche Opposition die Frage: Was aber kann man tun!

Die Wurzel des Uebels. Je mehr man sich in das europäische Problem vertieft und je mehr man die Stellung Europas in der Welt bedenkt, desto klarer wird, dass alle Krankheitserscheinungen auf einen zentralen Unruhe- und-Störungsherd zurückgehen. Gleichzeitig wächst die Ueberzeugung, dass man den Gesundheitszustand nicht dadurch wieder herstellen kann, dass man versucht, die Wirkungen zu bekämpfen, statt an den Kern des Uebels heran zu gehen. Im Gegenteil: so wird der Krankheitsherd grösser und gefährlicher, die Aussicht für eine Heilung ohne operativen Eingriff immer kleiner.

Ein besonders typisches Beispiel für diese dauernde Verschlimmerung der Verhältnisse ist die Judenfrage, von der bisher in dieser Darstellung mit voller Absicht nicht die Rede war.

So verständlich nämlich die in der ganzen Welt herrschende Erregung über die Lage der Juden in Deutschland, über die Programe, die Vermögensberaubung und die zahllosen Schikanen ist, so handelt es sich doch bei allem diesen n i c h t um den Kern des deutschen Problems.

Die Judenfrage ist ein Unglück ! Die Judenfrage ist nur e i n e Erscheinungsform dieses Problems, allerdings eine, die an der völligen und fürchterlichen Rechtlosigkeit der Juden in überdeutlicher Weise klar macht, zu welchen Dingen es führt, wenn man den Boden des Rechtsstaats verlässt und zur Diktatur übergeht.

Aber gerade das sieht die Welt nicht; sie betrachtet den Antisemitismus wie ein zufälliges, wenn auch verabscheuungswürdiges Anhängsel der Diktatur und übersieht beinahe geflissentlich die eben gezeigte grundsätzliche Bedeutung. Diese Verdunkelung des Tatbestandes durch die grellen Signale der antisemitischen Excesse

ist ein ausgesprochenes Unglück : zu oft und zu lange hat man deshalb eben einfach von dem " unbegreiflichen Antisemitismus" des dritten Reiches "abgesehen", um dann ^{mit} absoluter Blindheit für das Problem Diktatur - Rechtsstaat die Leistungen Hitlers zu rühmen.

Die Judenverfolgungen in Deutschland haben den Anstoss zu einer der grössten Wanderbewegungen der Geschichte gegeben. Enorme Mittel sind für die Unterstützung der Vertriebenen und für deren Neuansiedlung ausgegeben worden. Ganze Industrien haben ihren Standort gewechselt, an zahlreichen Orten haben sich umfangreiche Verschiebungen der Wettbewerbsverhältnisse ergeben und lediglich infolge dieses einen Seitenproblems der Hitlerschen Politik haben sich an zahlreichen Stellen soziale Spannungen gezeigt, die früher nicht vorhanden waren, ergeben sich speziell für England aus der Verschärfung des Palästina-Problems bedeutende Komplikationen und werden in der ganzen Welt materielle und geistige Umlagerungen unter schweren Krisenerscheinungen herbeigeführt.

Will man ein Weltproblem durch private Wohltätigkeit lösen?

Die Politik hat davon keine Notiz genommen. Im zwischenstaatlichen Verkehr existiert der Antisemitismus nicht anders als eine "innere Angelegenheit" Deutschlands, zu der Stellung zu nehmen, unklug und kommentwidrig ist. Es ergibt sich aber aus dieser Duldung die immer weitere Ausbreitung des Systems. Im Jahre 38 kamen die österreichischen Juden, die Juden des Sudeten-Landes und die italienischen Juden dazu. Anfang 39 wurde das Restgebiet der Tschecho-Slowakei gleichfalls ergriffen und vorläufig ist kein Ende abzusehen. Das Beispiel Deutschlands, wie man die Juden los wird, macht Schule, und der Antisemitismus in Polen, Ungarn und den Balkanstaaten, der bisher lediglich ein Unglück für die davon Betroffenen war, wächst sich zu einem Weltproblem aus, das weder

durch Ignorieren, noch durch charitative Massnahmen zu lösen ist.

Schliesslich eröffnet sich die unheimliche Perspektive, dass auch Länder, denen der Antisemitismus fremd war, gleichfalls zu diesem bequemen Mittel greifen, soziale und politische Misserfolge und Spannungszustände abzureagieren. Es ist völlig rätselhaft, wie man diesem Problem beikommen will, wenn man den Erreger selbst immer weiter ungestört wirken lassen will.

Europa 1932.

Gehen wir zu einem zweiten Beispiel über ! Im Jahre 1932 gab es innerhalb Europas keine internationale Frage, die dem Frieden hätte gefährlich werden können. Gewiss gab es die üblichen nationalen Reibungen in Grenz- und -gemischtsprachlichen Gebieten, die bei einigermaßen gutem Willen hätten bereinigt werden können, die aber selbst bei ausgesprochener Böswilligkeit nicht zu der Bedeutung von europäischen Kriegskrisen sich auswachsen konnten. Der " Bolschewismus " war völlig defensiv und bildete keine Bedrohung des Friedens. Selbst ausserhalb Europas gab es kaum Fragen, die zu einer kriegerischen Lösung drängten. Dementsprechend waren auch die Rüstungsausgaben und die dafür erhobenen Steuern und Anleihen mässig.

Wettrüsten und
Kriege !

Nach sechs Jahren National-Sozialismus starrt die Welt in Waffen. In Europa wird weit mehr als die Hälfte aller Steuern nur für Rüstungszwecke ausgegeben, die Vereinigten Staaten haben ein Aufrüstungsprogramm, wie man es dort nie für möglich gehalten hätte, und das Ende des Wettrüstens ist bei Weitem noch nicht gekommen.

In diesen sechs Jahren haben sich folgende Fälle von Krieg, bewaffneter Intervention und erfolgreicher ultimativer Kriegsdrohung ergeben : Japan erobert die Mandchurei, (Proteste wirkungslos); Abyssinien wird von Italien erobert, (Gegenmassnahmen

werden torpediert); in Spanien findet im Rahmen eines Bürgerkriegs eine internationale Kriegsprobe statt; Japan findet kein Ende mit dem bewaffneten Eingreifen in China, trotzdem das halbe Land bereits erobert ist; Deutschland erobert Oesterreich; Deutschland erpresst mit der Drohung, sonst einen internationalen Krieg zu entfesseln, die Abtretung des Sudetenlandes; Deutschland überfällt die Tschecho-Slowakei und erzwingt mit der Drohung eines Bombardements von Prag die Unterwerfung; Deutschland bedroht Rumänien und weicht nur vor der akuten Kriegsgefahr zurück, als es im wesentlichen seine Forderungen erfüllt sieht; Deutschland erzwingt mit einem Ultimatum die Rückgabe des Memelgebiets; Italien überfällt am Charfreitag Albanien und errichtet dort ein "Protektorat"; und zuletzt droht Deutschland, die Danzigfrage auf seine Art zu lösen, wenn es nicht zu d e r Einigung kommt, die es vorschreibt. " Die Liste wird fortgesetzt - - ".

* * * * *

Der Erreger der Krankheit.

So kann man Beispiele aus vielen Gebieten bringen, aber ob es sich nun um wirtschaftliche, politische oder soziale Fragen handelt, es ist überall dasselbe: Durch einen Unruheerreger wird Europa in feindliche Läger zerrissen. Je kleiner durch die Verkehrsentwicklung dieser Erdteil wird, desto höher steigen die Zollmauern, die sonstigen Handels-und-Wirtschaftshemmnisse und die Passschwierigkeiten. Ein Gebiet, das man in mehreren Flugstunden von einem Ende zum anderen durchstreifen kann, desorganisiert sich in einen Klumpen von gepanzerten Festungen, bricht den geistigen und wirtschaftlichen Verkehr ab und verwendet alle seine Kräfte darauf, sich selbst so viel wie möglich zu schädigen, - - - und dies alles erst seit 1933!

Es dürfte nicht schwer sein, aus der Gleichzeitigkeit

dieser Entwicklung mit dem Beginn und der Festigung der nat.-soz. Diktatur in Deutschland die sachlichen Schlussfolgerungen darüber zu ziehen, wo der eigentliche Erzeuger aller dieser Krisenerscheinungen sitzt.

ED 166 - 59

Die Deutsche Opposition hat diese Schlussfolgerung längst gezogen und glaubt daher an ihre Europäische Sendung, - es wäre zu wünschen, wenn sie in dieser Auffassung nicht allein bliebe.

* * * * *

Zu wenig Hass ! " Vielleicht hat es überrascht, dass in dieser Darstellung so wenig wie möglich polemisiert wurde. Das ist nicht ein Mangel an kämpferischem Temperament. Aber die Ablehnung des Systems mit seiner abgrundtiefen Verlogenheit, seiner bodenlosen Grausamkeit und seiner gemeinen Habsucht ist allmählich zu selbstverständlich geworden. Hassgesänge sind billig und Hassgefühle sind nur dann von politischer Bedeutung, wenn es gelingt, sie zu politischer Aktivität umzuformen.

Mir Deutschland ! Es ist also nicht Mangel an Hass, der zur Vermeidung von Polemik führte, sondern die Erkenntnis, dass eine positive Schicksalsgestaltung des deutschen Volkes nicht auf Hass aufbauen und nicht von Feindschaft ausgehen darf. Dieses Volk, das in grosser Not durch den Glanz einer scheinidealistischen Bewegung verlockt und betrogen wurde, verdient nicht die Regierung, die es hat. So schlecht ist kein Volk und sicherlich gerade dieses nicht. Um dieses Volkes willen, um seine Zukunft zu sichern und seine Gaben der ganzen Welt mit zu erhalten, führt die Deutsche Opposition den Kampf gegen die Diktatur !

Wenn jemals der Patriotismus mehr war, als eine " heroische Schwachheit ", wie Lessing ihn nennt, dann gilt dies von der Gesinnung, in der dieser Kampf begonnen und hoffentlich auch erfolgreich beendet wird.

Institut für Zeitgeschichte AFIC	
Akt.	Beit. ED 166
Rep.	Kat.

VON DER OPPOSITION IN DEUTSCHLAND

1.

Der europäische Krieg geht zu Ende. Wie wird Europa nach Deutschlands Niederlage und nach der Beseitigung der Nazis aussehen? Wie schnell wird es sich erholen? Welche Garantien für einen dauernden Frieden wird es geben?

Für die gesamte Entwicklung wird es von größter Bedeutung sein, ob Deutschland, d. h. die 60 bis 70 Millionen deutscher Menschen in der Mitte des Kontinents weiterhin ein Block des Widerstandes auf dem Wege zum Frieden und zur europäischen Einheit sein wird, ob es weiterhin oder wieder ein Hort aller nationalistischer Gedanken und des Revanchegeistes sein wird, oder ob sich in diesem Lande Kräfte vorfinden, die zur Gesundung beitragen, indem sie die politische und psychische Erkrankung Deutschlands von innen heilen.

Man kann die Beantwortung dieser Frage nicht einfach abwarten, denn die Behandlung Deutschlands durch die Siegermächte wird wesentlich gerade von der Meinung der Sieger über eben diese Frage abhängen, und weiter wird die Art der Behandlung Deutschlands nach der Niederlage im stärksten Masse darüber entscheiden, ob und wie weit Selbstheilekräfte in Deutschland zur Wirkung kommen werden.

Für alle Erörterungen über die Art und Dauer des kommenden Friedens ist es daher wesentlich, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob das deutsche Volk im Grossen und Ganzen die nazistischen Lehren und besonders die nazistische Aussenpolitik billigt oder nicht. Die Frage nach dem Bestehen und der Arbeit einer Opposition in Deutschland wird damit von entscheidender Bedeutung.

2.

Als Hitler im Jahre 1933 Reichskanzler wurde, gab es in Deutschland noch ca. 35% sozialdemokratischer und kommunistischer Wähler. Die Nationalsozialisten hatten im Dez.32 noch nicht ein Drittel aller Stimmen erhalten. Wo sind nun alle die Menschen geblieben, die auch noch bei den schon unter Terror abgehaltenen Wahlen von 1933 sozialdemokratisch, kommunistisch oder für das Zentrum und die bürgerlichen Splitterparteien der Mitte wählten und die insgesamt etwa 45 % aller Stimmen darstellten?

Sind diese wirklich alle, wie Göbbels behauptete und wie es im Ausland oft geglaubt wurde, mehr oder minder begeisterte Anhänger des Nationalsozialismus geworden? Daß die Leitung der Nazipartei nicht einen Augenblick daran glaubte, war von Beginn an klar.

Etwa drei Monate nach der Machtergreifung äußerten SA-Führer bereits, daß die Gleichschaltung der Presse und des Versammlungswesens bei allen Vorteilen doch einen Nachteil habe: man könne ja nicht mehr sehen, von woher der Widerstand und die Opposition komme. "Wir können nicht mehr sehen, von woher auf uns geschossen wird." Das war die Einstellung in etwas weitsichtigeren Parteikreisen. Und wenn es auch sehr lange nicht zum Schießen kam, so war doch ganz klar, daß die Partei mit einer fortgesetzten starken inneren Opposition rechnete.

Das drückte sich auch in den Maßnahmen der Regierung sofort aus. Die Errichtung des Geheimen Staatspolizeiamts (Gestapo), die drakonische Strafgesetzgebung gegen alle nur denkbaren Formen der Opposition, die lückenlose Durchorganisierung des gesamten Lebens der in Deutschland wohnenden Menschen, so daß sie nie und nirgends auch nur einen Augenblick unbeobachtet waren, - das alles waren Maßnahmen, die ein Staat nicht nötig gehabt hätte, der seiner Sache sicher war. Das waren Maßnahmen, die durch die Tatsache von Millionen erbitterter Gegner des Systems erzwungen waren.

3.

Viele von diesen Menschen fragten sich, nachdem die erste Welle des Nazismus über Deutschland hinweggebrochen war, was nun zu tun sei. Hört man, wie seit zwei Jahren das englische Radio und zum Beispiel Thomas Mann dauernd das deutsche Volk auffordern, seine Ketten zu sprengen und die Naziunterdrücker davon zu jagen, dann muß man zu dem Glauben kommen, als ob der Weg für die deutschen Gegner des Regimes klar und gegeben war. Aber das englische Radio und Thomas Mann kamen etwa sieben bis acht Jahre zu spät und die Entscheidungen, die im Jahre 1933 in Deutschland zu treffen waren, ließen sich nicht durch einen einfachen Willensakt, wie die alliierte Propaganda die Welt glauben zu machen sucht, in die Wirklichkeit umsetzen. Um das Regime zu stürzen, brauchte man Macht. Die deutsche Situation wird aber dadurch bezeichnet, daß diejenigen Schichten, die Macht hatten, nämlich die Offiziere, nur in taktischen und graduellen Fragen zu den Nazis in Opposition standen, während diejenigen, die das Regime wirklich haßten und die Diktatur grundsätzlich ablehnten, einerlei, ob sie auch etwas Gutes mit sich brachten oder nicht, völlig machtlos waren.

Wollte man die Nazis beseitigen, so mußte man Gewalt anwenden. Wenn man keine Waffen hatte, mußte man zu den Formen des Streiks, der Massendemonstration, der Sabotage, der Ablehnung der Zusammenarbeit übergehen. Das Ausland fragt sich - heute - , warum diese Mittel nicht angewandt worden sind. Alle diese Formen des Widerstands erfordern aber organisatorische Vorarbeiten, die im Hitlerdeutschland unmöglich zu leisten waren.

4.

Alle Organisationen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, die als Kristallisationspunkte für oppositionelle Arbeit hätten dienen können, waren verschwunden. So weit man sie nicht aufgelöst hatte, waren sie von Nazis übernommen - "gleichgeschaltet" - worden. Nazis saßen in der Leitung aller kultureller und geselliger Vereine. Nazis hatten die Führung in allen Berufsorganisationen. Die Gewerkschaften waren durch die Deutsche Arbeitsfront ersetzt mit Nazis in allen Funktionärsstellen. Selbst die Schachklubs und Heimatvereine waren mit neuen Vorständen aus Nazis versehen worden.

Es blieben allein die Kirchen übrig. Aber die Kirchen eigneten sich wenig für eine politisch oppositionelle Arbeit. Die Schichten der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Linken hatten in Deutschland keine Beziehung zur Kirche gehabt oder waren kirchenfeindlich gewesen. Deshalb konnten sie sich jetzt nicht der Kirchen als Organisationsformen bedienen.

Aber die Kirchen standen keineswegs von Anfang an in Opposition zu Hitler. Auch ist ihre Opposition nicht grundsätzlich politisch. Es wird häufig übersehen, daß die Kirche nie in einen schärferen Gegensatz zum Nationalsozialismus geraten wäre, wenn der Totalitätsanspruch der Nazis den Kirchen gegenüber außer Kraft gesetzt worden wäre. Dann hätte die protestantische wie die katholische Kirche durchaus ihren Frieden mit Diktatur, Konzentrationslagern und nationalistischer Außenpolitik gemacht und gehalten.

5.

Da alle Formen des Widerstandes aber nur wirksam werden konnten, wenn sich größere Massen zu einheitlicher und planvoll geleiteter Handlung organisieren ließen, so wurde diese Frage eingehend und an vielen

Stellen geprüft. Theorie wie Praxis ergaben, daß eine derartige Organisierung unmöglich war. Auch die Kommunisten, die behaupten, ein Patent auf Oppositionsarbeit zu haben, versagten diesem Problem gegenüber völlig. Dabei kann man ganz davon absehen, daß die bereits vor 1933 vorbereitete illegale Organisation der Kommunisten völlig wertlos war, weil sie von zahllosen Spitzeln durchsetzt war. Aber das kommunistische Rezept, in kleinen Gruppen von drei, vier oder höchstens fünf Personen zu arbeiten, konnte niemals zu Massenorganisationen führen, wie sie für wirksamen Widerstand nötig gewesen waren. Und es hat auch nie dazu geführt.

Warum konnte man nicht organisieren? Weil jede Tätigkeit, die größere Massen organisieren wollte, unfehlbar bereits im Anfangsstadium von der Gestapo entdeckt worden wäre. Niemand, der nicht in Deutschland gelebt hat, kann sich ein Bild von dem Überwachungssystem und seinen Folgen machen. Das Schlimmste war nicht die normale Polizei oder die Gestapo. Das Schlimmste war die Riesenschar von freiwilligen Helfern und unbewußten Verrätern.

Ob im Kontor, in der Werkstatt, zu Hause, im Restaurant, der Straßenbahn oder in einem Verein - man war stets beobachtet. Jedes Gespräch mußte voller Vorsicht und Heuchelei geführt werden. Die ganze Lebensführung stand unter unablässiger Kontrolle von beamteten oder freiwilligen Spionen. Zu Hunderttausenden liefen die Anzeigen bei Parteistellen jährlich ein. Der Eine hatte nicht geflaggt oder besaß keine Hakenkreuzfahne. Der Zweite besuchte keine Versammlungen, der Dritte beteiligte sich nicht genügend an den zahllosen "freiwilligen" Sammlungen. Wieder andere hatten abgelehnt, das Schwarze Korps oder den Stürmer zu bestellen, hielten keine Parteizeitung oder lasen gar gelegentlich eine ausländische Zeitung. Besonders beliebt waren Denunziationen über den privaten Verkehr. Wer seine jüdischen Freunde nicht fallen ließ, weiter einen jüdischen Arzt aufsuchte, einen jüdischen Anwalt beschäftigte, bei jüdischen Firmen kaufte, wurde ausnahmslos denunziert. Das Gleiche galt, wenn auch abgeschwächt, vom Umgang mit Freimaurern, bekannteren Sozialisten oder anderen "Staatsfeinden".

Tausende wurden jährlich zu Gefängnis zwischen 3 und 12 Monaten verurteilt, nur, weil sie am Biertisch oder im Gespräch mit Kollegen sich unvorsichtig geäußert hatten. Das Schlimmste war, daß man selten sicher sein konnte, nicht irgend einem Parteigläubigen gegenüber zu sein, der wie ein Schießhund darauf lauerte, eine Meldung

zu machen, durch die er sich beliebt machen konnte. Das ging bis in den engsten Familienkreis hinein. Dafür sorgte die Hitlerjugend.

Jedes Jahr wurden mehrere Hunderttausend junge Menschen in der feierlichsten Form vereidigt, ihr Leben dem Nationalsozialismus und Adolf Hitler zu weihen. Diese Menschen waren in dem Alter, wo man am leichtesten zu beeindrucken ist. Was Wunder, daß sie den Eid ernst nahmen und sich nicht zu der zynischen Behandlung von Schwüren und Ehrenwörtern aufschwingen konnten, die die großen Männer der Partei betrieben. Ein Admiral a.D. feierte seinen 70. Geburtstag im Kreis seiner engsten Freunde und Familienmitglieder. In seiner Dankrede sagte er ein paar Worte, daß nicht alles, was die neue Zeit gebracht habe, ihm richtig läge. Ein paar Tage später war er verhaftet, und kam für einige Wochen in ein Konzentrationslager. Als er frei war, lud er alle Teilnehmer an der Geburtstagsfeier wieder ein und bat den Angeber, den Mut zu haben, sich zu melden, damit er nicht allen seinen Nächsten gegenüber mit dem dummen Verdacht herumgehen müsse. Es meldete sich der 16jährige Enkel und gestand fast weinend, er habe geglaubt, sich unter dem Zwang des Eides zu befinden und keinen Ausweg gewußt, als einem Vorgesetzten in der Hitlerjugend den Vorfall zu melden. Unter solchen Umständen fiel jedes Arbeiten mit dem Ziel der Massenwirkung weg. Man mußte andere Wege wählen.

6.

Der erste Weg war, anstelle des Plans des Massenumsturzes das Mittel der Verschwörung zu setzen. Das bedeutete für die prinzipiellen Gegner der Diktatur, sich mit der einzigen Schicht zu verbünden, die die Mittel für einen wirksamen Putsch hatte, nämlich mit frondierenden nationalistischen und reaktionären Kreisen. Damit war sofort das hauptsächlichste politische Problem der Opposition aufgeworfen, nämlich die Frage nach dem, was auf Hitler folgen sollte.

Zu der gleichen Fragestellung gelangte man auch, wenn man den anderen vorhandenen Weg ging, nämlich auf die direkte Arbeit zum Sturz der Diktatur zu verzichten, weil diese bei den gegebenen Verhältnissen unmöglich war und sich statt dessen auf den Bau einer Übernahmeorganisation zu konzentrieren, die bereit sein würde, den neuen Staat zu bilden, wenn Hitlers Drittes Reich zusammengebrochen sein würde.

Hitlers größter politischer Trumpf war seine Behauptung, daß auf den Nationalsozialismus nur der Kommunismus folgen könne.

Also mußte die politische Opposition, die eine kommunistische Diktatur gleichfalls ablehnte, die Frage beantworten können, wie denn ihr Staatswesen aussehen sollte. Es war nicht damit getan, das Schlagwort von der Demokratie zu wiederholen. Die großen Massen waren von der Demokratie bitter enttäuscht worden. Sie und ganz besonders die energischeren Einzelpersonen lehnten es ab, auch nur einen Finger zu rühren, damit dasselbe System wieder kommen würde, dessen Schwächen im wesentlichen Hitlers Erfolge überhaupt ermöglicht hatten.

Einer der klügsten jüngeren Sozialdemokraten sagte das treffend mit den Worten: "Immerhin hat Hitlers Sieg eine gute Seite, - wir brauchen nicht mehr gegen die senilen Elemente in unserem Parteivorstand zu kämpfen." Aus denselben Gründen war auch das Prestige der ins Ausland gegangenen politischen Führer der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie gleich Null. Man wollte von diesen mißglückten Politikern nichts wissen, und man wollte sich auch nicht von Menschen beraten oder gar leiten lassen, die fernab von der Gefahrenzone in Sicherheit saßen und den Anderen in Deutschland das gesamte Risiko ihrer Pläne aufbürdeten.

Mit einer derartigen Stimmung wird man auch nach dem Krieg in sehr erheblichen Ausmaß rechnen müssen.

7.

In den ersten Jahren der Hitlerdiktatur waren aber alle Pläne, die auf ein Zusammenwirken von Rechtskreisen mit der Linksopposition abzielten, völlig illusionär. Überhaupt war eine der wichtigsten Aufgaben aller oppositionellen Kreise, die vielfachen Wunschträume zu zerstören, die bei Gegnern der Diktatur bestanden, und die nur dazu führten, daß in der Hoffnung auf ein baldiges Ende der Diktatur wegen wirtschaftlichen oder außenpolitischen Schwierigkeiten oder wegen des Gegensatzes zur Reichswehr die eigene Tätigkeit auf null sank.

Selbstverständlich war es theoretisch völlig richtig, damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit Deutschlands finanzielle Verpflichtungen und die wirtschaftlichen Folgen einer forcierten Arbeitsbeschaffung Hitler in eine Sackgasse führen mußten. Das katastrophale Ende des Nazismus mußte noch befördert werden durch eine Außenpolitik

die gleichzeitig den angelsächsisch-jüdischen Kapitalismus, den russischen Bolschewismus und den französischen Erbfeind beseitigen wollte. Schon die intensive Aufrüstung, die für eine derartige Außenpolitik nötig war, mußte zu einer Kraftprobe führen, die bei der in den ersten Jahren (33-36) vorhandenen Überlegenheit der bedrohten Mächte zu Hitlers Sturz führen mußte.

Aber gerade aus diesen Gedanken ergab sich für die grundsätzliche Opposition das Gegenteil von untätigem Abwarten. Gerade hieraus ergab sich die Möglichkeit einer oppositionellen Arbeit, die nicht direkt den Sturz Hitlers anstrebte, ein wie gezeigt unverwirklichtes Ziel, sondern die die Nachfolge Hitlers vorbereitet, in der Hoffnung, daß sein Ende in einigen Jahren sich als Folge seiner Katastrophenpolitik ergeben würde.

Die Arbeit der Opposition in Deutschland unterschied sich also grundsätzlich von alledem, was man in den letzten Jahren an illegaler Arbeit in den von Deutschland okkupierten Ländern kennen gelernt hat. Man mag sagen, daß eine derartige Opposition sinnlos war, da sie nicht in der Lage war, Hitler zu beseitigen und den Krieg zu verhindern. Damit stellt man sich auf einen rein theoretischen Standpunkt, da es bei der Lage in Deutschland vollkommen ausgeschlossen war, eine andere Form der Opposition zu betreiben. Wie sich im Lauf der Zeit herausstellte, war diese scheinbar so resignierte Haltung die einzige, die nicht nur ganz sinnlose Opfer an Menschenleben verhütete, sondern die auch später zu anderen Kombinationen führte.

8.

Man glaube nicht, daß diese Arbeit für die Zukunft leicht oder risikolos war, gewissermaßen eine Art Sofapolitik. Ganz im Gegenteil gehörte es zu den schwersten Aufgaben, Menschen für eine Haltung der Abwehr gegen den Nazismus zu gewinnen und ihnen gleichzeitig klar zu machen, daß sie diese Haltung mehr oder minder passiv für eine längere, nicht genau abzusehende Zeitdauer beibehalten sollten. Die meisten Gegner der Diktatur waren auf Aktivität gestimmt und gerieten leicht in eine Stimmung absoluter Hoffnungslosigkeit, wenn sie auf so lange Sicht denken und arbeiten sollten.

In den Jahren bis ungefähr 1937 vollzog sich diese Arbeit in zwei Richtungen.

Erstens kam es darauf an, die vielen Einzelnen, die in entschiedener Abwehr gegen die Diktatur standen, aus ihrer fürchterlichen Isolierung

zu befreien. Niemand kann sich die Mutlosigkeit, die bleierne Last des Alleinseins drückend genug vorstellen, die von den Vielen ertragen werden mußte, denen plötzlich dank des allgegenwärtigen Beobachtungssystems jede Möglichkeit einer Aussprache genommen worden war und die wehrlos der Propagandamaschine des Dritten Reichs ausgeliefert waren. Es bestand die große Gefahr, daß zahlreiche wertvolle Elemente jeder Zukunftsarbeit verloren gingen, wenn man sie hilflos weiter in diesen Sumpf des nazistischen Systems aus Terror und Propaganda gleiten ließ.

Dem wurde entgegengearbeitet, und im allerersten Anfang war es wesentlich diese "Inselbildung", die von den Oppositionsgruppen betrieben wurde. Man hoffte, mehr und mehr solche Inseln des geistigen Widerstandes gegen Hitler zu schaffen und sie zu größeren Blocks zusammenzufügen.

Zweitens sorgte man für die politische Ausbildung und Unterrichtung der Gewonnenen, sowie für die Flüsterpropaganda gegen das Regime. Es wurden systematisch Nachrichten gesammelt und zusammengestellt. Material ergab sich erstens aus ausländischen Zeitungen, die in begrenztem Ausmaß zu haben waren, und deren Berichte auf diese Weise viel mehr Menschen zugute kamen als dies sonst möglich gewesen wäre. Weiter erhielt man Material durch den Vergleich lokaler Presseerzeugnisse. Aber am wichtigsten waren die Nachrichten, die man durch mehr oder minder eingeweihte Personen erhielt, die Zugang zu besser informierten Kreisen hatten. Die Berichterstattung durch Ministerialbeamte, Mitglieder der SS, leitender Personen aus der Wirtschaft, der Bankwelt und der Industrie vornehmlich, war von höchster Bedeutung. Viele dieser Quellen ahnten nicht, wem sie sich anvertrauten und was mit ihren Indiskretionen geschah, aber es gab auch eine ganze Reihe von Personen in diesen Kreisen, die gar nichts dagegen hatten, wenn etwas mehr Kenntnis über die Interna der nazistischen Regierungskunst verbreitet wurde, ohne jedoch deswegen wirklich oppositionell handeln zu wollen.

Für die Arbeit war dies deswegen so wichtig, weil man dem ungeheuren Apparat damit entgegenwirken konnte, der dauernd das hohe Lied der Nazierfolge sang. Je mehr Erwerbslose in Arbeit gebracht wurden, desto wichtiger war es, die Kosten dieses Erfolges zu beleuchten, die ja von der Presse verschwiegen wurden. Desto wichtiger war es, die Gefahren aufzuzeigen, die aus dem Regierungskurs entstanden. Es war auch notwendig, die ungeheure Korruption aufzudecken, die bereits

sehr früh deutlich wurde, aber natürlich so weit wie möglich verborgen gehalten wurde.

An Hand des gesamten Materials wurden Situationsanalysen gearbeitet, die weiter gegeben und besprochen wurden, Der Geist des Widerstands wurde damit ständig aufrechterhalten und gestärkt. Die andere Seite der Tätigkeit, die aber erst in den späteren Jahren mehr hervortrat, war die Beschäftigung mit Zukunftsfragen. Es erübrigt sich, auf diese Dinge näher einzugehen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Mitarbeiter in den oppositionellen Gruppen geschult wurden, politische Probleme mit dem Blick auf zukünftige praktische Arbeit zu durchdenken.

9.

Das Motto der ganzen Arbeit war: Qualität anstelle von Quantität. Daher wurden auch weit weniger Menschen in den Arbeitskreis hineingezogen als selbst bei der geringsten Massenorganisation nötig gewesen wäre. Wenn aber diese Arbeit sinnvoll sein sollte, dann mußte sie immerhin so viele Personen umfassen, daß recht erhebliche Gefahren und organisatorische Schwierigkeiten entstanden.

Man bekommt den besten Eindruck von diesen Umständen, wenn man klar legt, für was man aus Sicherheitsgründen sorgen mußte und was man alles vermeiden mußte.

Das Wichtigste war die Personenauswahl. Dabei war man auf persönliche Bekantschaften angewiesen. Alle von früher her bekannten Persönlichkeiten der Linken in Deutschland fielen weg, da sie unter spezieller Polizeiaufsicht standen und daher einfach Gefahrenherde waren, die man vermeiden mußte. Allmählich bildeten sich allerhand politisch-psychologische Indizien heraus, nach denen man beurteilen konnte, ob eine Person geeignet war oder nicht. Es fielen zum Beispiel alle die weg, die durchaus eine berechenbare Erfolgchance sehen wollten. Es waren auch alle die halbweichen Naturen ausgeschlossen, die doch irgendwie etwas Gutes an dem neuen System finden konnten. Davon gab es 1933-36 und auch noch später nur allzu Viele, nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt.

Aber selbst von der Minderheit, die dann noch übrig blieb, waren lange nicht alle geeignet. Einige hatten ein Temperament, das zu Unvorsichtigkeiten neigte, waren nicht verschwiegen oder zu vertrauensselig. Andere waren unstabil, nicht sicher in Bezug auf Alkohol und sehr unsicher in der Wahl ihrer Freunde und Freundinnen.

Schließlich waren noch die familiären Umstände zu berücksichtigen, da man stets damit rechnen mußte, daß zwischen Eheleuten, Eltern und Kindern oder Geschwistern erhebliche Meinungsverschiedenheiten herrschten, die eine Gefahrenquelle werden konnten.

Selbst, wenn alle Bedingungen an Intelligenz, charakterliche Zuverlässigkeit, persönlichen Mut und familiäre Umstände erfüllt waren, entstand noch ein großes Problem, das der "Tarnung", d.h. der Verdeckung der politischen Arbeit vor neugierigen Blicken. Ein Mann konnte nicht mehrere Abende in der Woche und jeden Sonntag sich von seiner Familie fern halten, ohne daß es auffiel. Er konnte nicht plötzlich sich von allen seinen anderen Bekannten zurück ziehen und nur mit neuen Freunden umgehen. Alles das mußte sehr vorsichtig und allmählich arrangiert werden. Die Gründe, die man angab, um die Zusammenkünfte mit politischen Freunden zu verbergen oder zu verkleiden, mußten stets so beschaffen sein, daß sie einer polizeilichen Nachprüfung Stand hielten und nicht durch Kreuzverhöre mit anderen, nicht eingeweihten Personen entkräftet werden konnten.

Bei der Arbeit selbst durften keine Adressen notiert werden. Treffpunkte und Zeiten mußten im Kopf behalten werden, was kompliziert war, weil die Zusammenkünfte weder an regelmäßigen Tagen noch in einem bestimmten Turnus an bestimmten Plätzen stattfinden durften. Alles schriftliche Material mußte auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Selbstverständlich durften keine Listen geführt werden und Notizbücher mit Adressen, Telefonnummern und ähnlichem waren streng verpönt. Welches Maß an Gedächtnis und Zuverlässigkeit in Kleinigkeiten gehörte daher bereits dazu, die primitivsten Dinge der politischen Arbeitstechnik durchzuführen. Die Kritiker im Ausland, die so glücklich sind, nicht in einer Diktatur zu leben, sollten sich nur deutlich machen, wie hilflos sie wohl meistens ohne ihre Notizbücher und Kalender wären.

Dazu kam, daß man weder schriftlich noch telefonisch sich verständigen konnte. Das heißt, man durfte dabei nie über die allerharmlosesten Dinge hinaus gehen. An sich war das Telefon eine Gefahr und war genau wie jeder Brief oder jede Postkarte nur ein Aushilfsmittel, wenn keine andere Verständigungsmöglichkeit vorlag. Durch Jahre hindurch ging die oppositionelle Arbeit dieser Art so vor sich, daß die Mitglieder eines Kreises Treffpunkte und Zeiten von einem zum anderen Male verabredeten und sich zwischendurch nicht sahen, wenn sie nicht privat oder beruflich zusammen kamen.

Diese Schwierigkeiten wuchsen ins Riesenhafte, soweit es sich um Arbeit handelte, die über ein Stadtgebiet hinaus ging. Dann mußte der gesamte Kontakt durch Reisen aufrecht erhalten werden. Auch das wurde etwa seit 1933 in bescheidenem, allmählich wachsenden Ausmaß gemacht. Technisch war dabei zweierlei von Bedeutung. Reisen kosten Geld, und Geld konnte nicht auf die altbekannte Art durch Sammlungen aufgebracht werden. Viele Mitarbeiter waren mittellos, jedenfalls nicht in der Lage, häufig Reisen zu bezahlen. Alles kam darauf an, durch vermögende oder gut verdienende Mitarbeiter die nötigen Mittel zu beschaffen. Aber auch diese hatten allerhand Vorsichtsmaßregeln zu beobachten: Sie durften keine auffällig großen ⁷⁰⁻⁵¹³⁶⁷ Einnahmen machen. Buchhalter, Kassierer in größeren Betrieben durften nicht argwöhnisch werden, Frauen nichts von dem Aufwand ihrer Männer erfahren.

Besonders die Steuerbehörden durften keinen Grund zum Verdacht haben, der leicht zu einer peinlichen Nachprüfung führen konnte.

Reisen mußten besonders sorgfältig begründet sein. Ein beliebiger Angestellter mit 350 Mark Monatsgehalt konnte nicht plötzlich im Monat ~~vielleicht~~ Reisen machen, die vielleicht 200 Mark kosteten. Er konnte überhaupt nicht viel herumreisen, ohne daß es auffiel. So war man für die Arbeit, den Kontakt zwischen Berlin und den anderen Teilen Deutschlands zu halten, auf Personen angewiesen, deren Beruf und Stellung Reisen mit sich brachte. Daneben wurden größere oder kleinere Zusammenkünfte in Berlin und anderen Städten, hauptsächlich in Mitteldeutschland ein paar Male im Jahr veranstaltet, durch die ein Austausch von Informationen u. Meinungen erfolgen konnte und bei denen vor allem die politische Richtlinie gegeben werden konnte.

Selbstverständlich war alle diese Tätigkeit nicht ganz ohne schriftliches Material zu leisten. Nicht alles konnte auswendig gelernt oder in kurzen Konferenzen studiert und behandelt werden. Die Menschen, die teils durch Jahre hindurch das auf das Äußerste beschränkte Material aufbewahrten (niemals Adressen oder Namenslisten oder dergleichen) oder die Teile dieses Materials zu den Konferenzen mitbrachten, waren dauernd in äußerster Gefahr. Mit einem derartigen Memorandum zu reisen, ja auch nur an einem und demselben Platz damit durch die Straßen zu gehen, war ein Gefühl, als ob man Dynamit transportierte.

10.

Der größte Feind der oppositionellen Arbeit war jedoch weder der Terror noch die Propaganda, sondern es waren Hitlers Erfolge und die dauernden zerschlagenen Hoffnungen auf eine Entwicklung zum Besseren. In dieser Beziehung spielt die Haltung des Auslands zum deutschen Problem eine sehr bedeutende und wenig erquickliche Rolle.

Zunächst war man im Ausland allgemein geneigt zu übersehen, daß der Beginn der Diktatur für Millionen von Deutschen der Beginn von großen Leiden und Sorgen war. Das Ausland hatte eigentlich nur einen Punkt der Kritik gegen Hitler, und das war sein Antisemitismus. Hätte Hitler auf seine judenfeindliche Politik verzichtet, so wäre die Zustimmung für sein Regime ganz allgemein und sehr herzlich gewesen. Im Großen und Ganzen waren alle Kreise im Ausland, von einigen soz.-demokratischen Organisationen abgesehen, bereit, Hitler die Chance zu geben, zu zeigen, was er könne. Heute werfen dieselben

Kreise es den Deutschen und besonders der deutschen Linken vor, daß sie nicht verhindern konnten, daß Hitler diese Chance erhielt.

Die Opposition glaubte, daß Hitler sehr bald in Valuta- und Finanzierungsschwierigkeiten geraten würde. Das war auch der Fall. Wer half Hitler aus dieser Klemme heraus? Die ausländischen Gläubiger Deutschlands unter Führung der City, deren erster Mann erklärte, in Hitlers Regime einen Beitrag zur europäischen Stabilisierung und einen vertrauenswürdigen Schuldner zu sehen.

So konnte Hitler seine Deviseneingänge restlos für den Import der zur Rüstung notwendigen Rohstoffe und Fabrikate benutzen. Amerikanische Firmen lieferten die ersten für Kriegszwecke verwendbaren Flugzeuge und es fehlte nicht viel, daß Hitlerdeutschland außer gelegentlichen Überbrückungskrediten, die Montagu Norman von der Bank of England seinem "Freunde" Schacht zur Verfügung stellte, auch noch einen größeren Rohwarenimportkredit erhielt.

Kam man in den ersten Jahren der Diktatur ins Ausland, wurde man fast ausnahmslos als ein etwas anrühiger Mensch behandelt, wenn man gegen das Hitlerregime auftrat, - ein anständiger Mensch würdigt doch nicht vor Ausländern seine eigene Regierung herab. Von Hilfe für illegale Tätigkeit oder Opposition war überhaupt keine Rede. Die sozialistischen Organisationen halfen im Geist der Solidarität ihren Genossen, die aus Deutschland vertrieben waren. Aber sonst war die Innenpolitik in Deutschland eine "innere Angelegenheit" der Deutschen, wie Hitler und Göbbels nicht müde wurden, der Welt zu versichern, und alle Länder, alle Regierungen ausnahmslos hüteten sich, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob sie sich in diese inneren Angelegenheiten einmischen wollten oder auch nur eine Einmischung seitens ihrer Staatsbürger gestatteten.

Mit ganz geringen Ausnahmen gab es also für die deutsche Opposition keine Hilfe vom Ausland. Gelegentlich wurde - durch Otto Strasser - ein illegaler Sender vom Ausland betrieben. In aller Heimlichkeit natürlich, denn wenn die Regierung etwas gemerkt hätte, dann hätte sie schleunigst dafür gesorgt, daß dieses Ärgernis für Hitler entfernt würde. Vom Jahre 1937 häuften sich die Fälle, wo deutsche oppositionelle Kreise versuchten, Hilfe von englischen Stellen zu erlangen. Im Frühjahr 1939 war es soweit gekommen, daß man in politischen Kreisen Englands erklärte, man habe derartige Stellungnahmen und Gesuche in hellen Haufen.

In nicht einem einzigen Fall wurde geholfen. Von der englischen Seite verlangt man eine solche Menge von Beweisen für die

Existenz und Wirksamkeit der oppositionellen Arbeit, daß ein deutscher Teilnehmer an einer solchen Verhandlung am Tage bevor er nach Deutschland in die Löwengrube zurückkehrte, voller Verzweiflung sagte: "Ihr verlangt von uns, daß wir eine Protestdemonstration der Opposition auf dem Tempelhofer Feld veranstalten. Dann werdet Ihr uns glauben. Aber in dem Augenblick, wo wir das können, brauchen wir keine Hilfe mehr."

11. Selbstverständlich erwartete man in den Jahren 33-35, daß Hitlers aggressive Aufrüstung- und Außenpolitik zu Krisen und Zusammenstößen mit den anderen Mächten führen würde. Der gesunde Menschenverstand sagte das jedenfalls. Aus dieser Ansicht entwickelten sich die größten Enttäuschungen und Schwierigkeiten.

England und Frankreich hatten seit vielen Jahren bereits eine Politik getrieben, die immer mehr Konzessionen an Deutschland machte, je reaktionärer und nationalistischer die deutsche Regierung wurde. Was man 1919 Erzberger und Hermann Müller verweigerte, räumte man 1922 Rathenau und Wirth ein. Was man diesen versagte, das gestattete man Stresemann 1924-28. Was Stresemann nicht erreichte, das konnte von Papen 1932 als Erfolg für sich verbuchen.

Aber alles, was selbst ein Papen niemals gewagt hätte zu verlangen, das schenkte man von London und Paris mit vollen Händen Hitler und seinen Nazis. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht, das Flottenabkommen mit England, die Luftaufrüstung, die Remilitarisierung des Rheinlandes, die "Angliederung" Österreichs und endlich die Vivisektion der Tschechoslowakei, jeder einzelne dieser großen Erfolge war nicht nur ein Schlag gegen den europäischen Frieden, sondern zugleich ein Schlag ^{gegen} für die deutsche Opposition und ihren Kampf um die Seele des deutschen Volkes.

In den Jahren vor 1933 hatte Hitler stets gesagt, nur die Gewalt, nur die Macht zählt. Er hatte den deutschen Regierungen sämtlich vorgeworfen, feige zu sein, zuviel zu verhandeln und zu wenig zu handeln. Alle hatten ihn verlacht und seine Ideen für unrealisierbar erklärt. Aber seitdem er am Ruder war, verwirklichte er weitaus mehr, als alle seine Vorgänger. Folglich, so sagten sich die Deutschen in großen Scharen, hatte er doch wohl Recht gehabt. Die demokratischen Regierungen

haben nichts erreicht, weil sie an Verträge und friedliche Methoden glaubten. Hitler hatte dies immer vorgeworfen und er hatte Erfolg. War es ein Wunder, daß große Mengen Deutschlands seine Theorien als richtig annahmen? Dieselben Länder, die sich heute über den Gewaltglauben des deutschen Volkes empören, haben ein gemessenes Maß Schuld daran, daß dieser Glaube sich während der Hitlerzeit wieder und in unheilvollem Maß befestigt hat.

12.

Die übelste Folge aber von Hitlers Erfolgen in der Außenpolitik war jedoch die Wirkung auf die Armee, was umso unheilvoller war, als sich ab 1937 in steigendem Maß eine Opposition politischer Art in hohen Offizierskreisen entwickelt hatte.

In den ersten Jahren waren die Offiziere im wesentlichen mit Hitler sehr zufrieden gewesen. Die gesellschaftlichen Vorurteile freilich waren groß. Man mußte sich mit Menschen zusammen tun, die man sonst nicht mit der Feuerzange berührt hätte. Aber in der Not frißt der Teufel Fliegen, - und es geschah ja für Deutschlands Zukunft. Daher ließ man sich viel gefallen, die Liquidierung der nationalen Parteien und Verbände, den Mord an Schleicher und die persönlichen Mängel der hohen Naziherren. Schließlich erhielten die Offiziere wirklich alles, was ihr Herz begehren konnte. Was nur gut und teuer war, wurde angeschafft. Sobald die Herren einen Wunsch äußerten, schon war er erfüllt. Es gab keine Kinderstube, die so mit dem besten und reichhaltigsten Spielzeug angefüllt war, wie die Reichswehr unter Hitler.

Trotzdem aber bekamen eine ganze Menge hoher Offiziere allmählich Bedenken. Das zeigte sich vor der Rheinlandbesetzung. Als Hitler Recht gegen die Generäle behielt, schwiegen die kritischen Stimmen im Offizierskorps eine Zeit hindurch. Man war belehrt, aber nicht bekehrt. Im Zusammenhang mit der Spanienpolitik und Hitlers Tendenz im 2. Halbjahr 1937 eine aktivere Außenpolitik zu führen, kam es zu erneuten Bedenken, die sich in den Ereignissen Anfang 1938 konzentrierten.

General v. Fritsch und seine Kameraden hatten den Plan, Hitler von seiner außenpolitischen Linie abzubringen. Aber sie hatten nicht gelernt, daß man mit der Diktatur nicht diskutieren kann, sondern daß dort nur Gewalt gilt. Sie begannen zu diskutieren, und Hitler, der sich nicht vorstellen konnte, daß hinter solcher Aufsässigkeit nicht noch mehr verborgen war, setzte alles auf eine Karte. Er schlug mit voller Kraft zu, entdeckte, daß auch nicht die geringsten Vorbereitungen zu einer militärischen Verschwörung getroffen waren, und

verhaftete Fritsch, der später samt einer Reihe von anderen Generälen verabschiedet wurde. Damals ging auch der Generaloberst Beck, der im Juli 44 angeblich Selbstmord verübt hat und dessen Stimme - wieder angeblich - neulich in einem illegalen deutschen Sender zu hören war.

Aus diesem Ereignis zogen andere hohe Offiziere eine sehr charakteristische Lehre. Sie kamen zu der Überzeugung, daß es mit einem militärischen Putsch nicht getan sei. Wenn man Hitler stürzte, dann mußte man, - besonders nach einer Reihe so ungeheurer Erfolge, wie man sie nach der Angliederung Österreichs erlebt hatte, - eine sehr tragfähige politische Motivierung haben. Dann brauchte man auch für den Kampf mit den renitenten und fanatischen Nazis der SS und der Partei eine breite Massenbasis. Die Offiziere fühlten deutlich, daß sie nicht geeignet waren, diesen Teil der oppositionellen Vorarbeit zu leisten. Sie waren, selbst wenn sie aus guten Gründen gegen Hitlers abenteuerliche Außenpolitik waren, keine Politiker und waren nicht geneigt, etwas zu tun, bevor sie nicht eine gewisse Garantie hatten, daß ein erfolgreicher Putsch auch in eine brauchbare Politik überleiten würde.

13.

Inzwischen hatten sich viele einzelne Kreise und Bewegungen gebildet, wie sie in den ersten Absätzen dieses Aufsatzes geschildert worden sind. Diese Kreise waren nicht auf die Linke beschränkt, sondern es wuchsen in den Jahren von 1937 an gerade Gruppen, die ehemals der bürgerlichen Mitte und Rechten angehört hatten. Auch diese kannten zunächst keine andere Parole als den Geist des Widerstandes zu fördern und - abzuwarten.

Eine ganze Reihe dieser Gruppen standen in persönlichem Kontakt. Der Eine oder Andere aus der Leitung einer Gruppe hatte vertrauliche Mitteilungen mit einem entsprechenden Mann eines anderen Kreises ausgetauscht. Man hielt sich gegenseitig auf dem Laufenden. Es war eine Atmosphäre chinesischer Geheimbündelei in Deutschland, in der versucht wurde, ein besseres Deutschland vorzubereiten.

Die der Rechten entstammenden Gruppen hatten natürlich eine weitaus bessere Fühlung mit den Offizieren, und etwa im Vorsommer 1938 waren allererste Vorbesprechungen zwischen diesen Kreisen und gewissen Linksgruppen erfolgt, die etwa folgende Basis schaffen wollten. Die Offiziere sollten eine militärische Erhebung vorbereiten. Die Politiker würden ein politisches Programm für die Nachfolgeregierung schaffen.

Die Ideen, die im Anschluß an diese allgemeine Richtlinie entwickelt wurden, gingen auf die Parole heraus, Deutschland wieder zu einem -17-

Rechtsstaat zu machen, der in Frieden innerhalb der europäischen Gemeinschaft leben könne und solle. Schluß mit der aktivistischen Außenpolitik. Weg mit der Partei, der Gestapo, dem Terror und der Bonzenwirtschaft. Eine Regierung der "anständigen Leute" aus allen möglichen Lagern sollte an die Stelle des korrupten Hitlersystems gesetzt werden.

Es sind diese Verhandlungen und diese Gedanken, die in weiterer Folge zu der Arbeitsgemeinschaft zwischen Generälen, dem ehemaligen Oberbürgermeister Gördeler und dem ehemaligen hessischen Sozialdemokraten Leuschner führten, und deren Sprengung im Sommer 1944 zu einer erheblichen Schwächung der Stoßkraft der Opposition in Deutschland geführt hat.

14.

Zunächst, im Sommer 1938 aber hatte man noch die Hoffnung, den Krieg vermeiden zu können. Als es im September zur Tschech^{en} Krise kam, dirigierten die Generäle die mobilisierten Truppen in stundenlangen Zügen durch Berlin, um Hitler, Ribbentrop und Göbbels zu demonstrieren, wie resigniert und apathisch die Deutschen waren. Tatsächlich herrschte eine düstere fast verzweifelte Stimmung in Berlin während dieser Truppendurchmärsche. Es wurde weder gesungen noch Hurra gerufen, noch gab es Blumen für die Soldaten. In tiefem Schweigen marschierten die Soldaten durch die Wilhelmstraße und zu den verschiedenen Bahnhöfen.

Dieses Schweigen führte bei Hitler zu einer Wutkrise. Seine Enttäuschung über die Stimmung in Deutschland war erbittert. Aber er hatte die Trümpfe in der Hand. Es waren Chamberlain und Runciman, Daladier und Bonnet. Es war seine Kenntnis der mangelhaften Rüstung der Anderen, der Tätigkeit seiner fünften Kolonne und sein Vertrauen in die Wirkung der von ihm ausgearbeiteten Methoden der Kriegsführung von innen.

Nach München war der Widerstand der Offiziere gegen Hitlers Politik so gut wie völlig erlahmt. Jedenfalls wagte man vorläufig kein Wort der Kritik und der Warnung. Dem Manne glückte scheinbar alles. Die Opposition setzte ein Wort des alten Blücher über Napoleon in Umlauf. In den Stunden der tiefsten Erniedrigung Preussens und der größten Hoffnungslosigkeit bei den preussischen jüngeren Offizieren hatte Blücher gesagt: "Und er ist doch ein dummer Kerl -". Das Wort half Manchem, sich nach der bitteren Enttäuschung von München aufrecht zu halten, wenn auch zunächst ein Stillstand der oppositionellen Arbeit im Zusammenwirken mit hohen Offizieren eintrat.

Die Vorgänge nach der Erklärung des Protektorats erweckten jedoch bei den Offizieren die alten Bedenken. Man wollte keinen europäischen Krieg und sah ihn immer näher kommen. Aber man wollte natürlich auch keine deutsche Niederlage. Die Bestrebungen wuchsen, aber die Zeit drängte mehr und mehr. Der Krieg kam, ehe die Opposition eine solche Stärke gewonnen hatte, daß sie Hitler hätte stürzen können.

Es verdient jedoch bemerkt zu werden, daß selbst noch in den ersten fünf Monaten des Krieges bei einigen der höchsten Offiziere das Bestreben vorlag, eine Ausweitung des Krieges zu verhindern. Hitlers Plan war es gewesen, bereits im November 1939 den Angriff auf Holland und Belgien vorzunehmen. Daß dies nicht erfolgte, lag einzig und allein daran, daß aus Hitlers nächster Umgebung diese Pläne in allen Einzelheiten an Stellen der deutschen Opposition weiter gegeben wurde mit der ausdrücklichen Zwecksetzung, Holland und Belgien zu warnen. Dies geschah und war einer der Beiträge der Opposition, Hitlers Pläne zu verzögern und zu hindern.

Das Vakuum, das durch die mangelhafte Rüstung der Westmächte entstanden war, erwies sich jedoch als zu groß. Es sog unwiderstehlich die deutschen Armeen zur offensiven Eroberung, und mit den selbst für das höchste Offizierkorps unerwarteten Erfolgen schwand zunächst jeder politischer Oppositionsgeist dahin. Wieder war Hitler, dem alles, selbst das Unwahrscheinlichste, glückte, der große Mann, dessen Führung man sich trotz aller früheren Bedenken anvertrauen konnte.

Selbstverständlich gab es klare Köpfe auch während der Zeit der größten militärischen Triumpfe. Einer der Führer der Opposition sagte bereits Anfang 1942, als Rommel vor Alexandria stand, ~~das~~ ^{da} ganz Rußland westlich von Rostow und Moskau erobert war, der Fall Leningrads als bevorstehend angenommen werden konnte und in ganz Europa außerhalb Rußlands keine Front und kein Gegner Deutschland beschwerte, während in Asien die Japaner die ersten leuchtenden Siege erfochten hatten:

"Deutschland hat den Krieg verloren, wird ihn auch dann verlieren, wenn England Ägypten und den Suez-Kanal verliert und Rußland bis an den Ural erobert wird."

Aber derartige Ansichten waren in Deutschland selten. Die von der ehemaligen Rechten stammenden Gruppen der Opposition hatten der außerordentlichen militärischen Triumpfbahn gegenüber alle Haltung verloren. Vor allem aber trat nun eine Erscheinung auf, die für die

Möglichkeiten der Opposition, Hitler zu stürzen entscheidend, wurde.

Wie man auch dachte, und was man auch an Verbindungen während des Krieges aufrecht erhalten und ausgebaut hatte, ohne kräftige Mitwirkung einer recht erheblichen Minorität innerhalb des Offizierskorps konnte sich von innen her in Deutschland nichts ändern. (Die Soldaten waren so mit Gestapo und SS-Formationen durchsetzt, daß von dorther dem Regime keine Gefahr drohen konnte). Die Offiziere aber kamen die ganzen Jahre hindurch zu keinem Entschluß, selbst wenn sie politische und militärische Bedenken gegen Hitler hatten.

Vor 1939 meinten sie, daß sie "nach der ersten verlorenen Schlacht" eingreifen würden. Nach 1939 bis zu Stalingrad ging keine Schlacht verloren. Der gesunde Menschenverstand sagte jedem, daß, wenn die Offiziere Hitler im Frühjahr 1941 gestürzt hätten, sie sicherlich einen für Deutschland sehr vorteilhaften Frieden hätten erhalten können. Wahrscheinlich wäre dies noch das ganze Jahr 1942 hindurch bei vernünftiger Politik möglich gewesen.

Aber eine Voraussetzung dafür wäre gewesen, von der Hitlerschen Eroberungspolitik abzustehen und freiwillig alle eroberten Gebiete wieder zu räumen. Klipp und klar heraus gesagt, haben sich dazu selbst die alleroppositionellst gesonnenen Offiziere nie entschließen können, weil sie Angst vor den innerpolitischen Folgen hatten. Dies ist der Kerntatbestand des Problems der deutschen Opposition. Von diesem Kern wird man ausgehen müssen, wenn in Deutschland selbst die Verantwortung für die nun nahende Katastrophe festgestellt werden wird.

An Anfang 1944 war jedoch die Lage so verzweifelt, daß die verantwortungsvolleren Elemente wieder an Einfluß gewannen. Es kam zu dem Attentat vom Juli, dessen wahre Vorgeschichte man bisher nicht erfahren hat und wohl vorläufig auch nicht erfahren wird. Aber fest steht, daß durch diesen mißglückten Coup die Stellung aller oppositionellen Bestrebungen ungeheuer geschwächt wurde. Ob nun Beck und Gördeler leben, wie von mystischen Radiosendungen behauptet wird oder ob sie tot sind, - ihre Möglichkeiten der politischen Wirksamkeit sind gleich null. Die Opposition ist ihrer Führung ersten Ranges beraubt, und das Meiste, was die zweite Garnitur, soweit sie sich hat retten können, erreichen kann, ist, die Verbindungen zu erhalten.

Es wird auch, je mehr das "Ende mit Schrecken" kommt, umso stärker die Überlegung werden, warum man sich noch weiteren ungeheuren persönlichen Risiken aussetzen soll, um den fanatischen Nazis die Möglichkeit zu geben, nach der kompletten Niederlage eine neue Dolchstoßlegende zu propagieren, nach der sie nur durch den schwarzen Verrat der Reaktionäre, Sozialisten und Judengenossen daran gehindert worden wären, mit Hilfe der vorbereiteten Wunderwaffe doch noch den Endsieg zu erringen. Nein, dann läßt man doch lieber Hitler und Himmler mit ihren Getreuen die bittere Niederlage selber erleben und auskosten.

15.

Was ist die Bilanz, die sich aus dieser Schilderung ergibt? Zunächst scheint es sicher zu sein, daß nach der endgültigen Niederlage Deutschlands dort Gruppen und Kreise auftreten werden, die in bitterer und gefährlicher jahrelanger Arbeit sich für das Ende der Hitlerdiktatur seelisch und geistig vorbereitet haben. Das ist das Minimum, das man nach allem, was man von der deutschen Opposition weiß, erwarten kann.

Ob dieses Minimum viel oder wenig ist, läßt sich nicht abschätzen. Es wird außergewöhnlich viel davon abhängen, welche Chancen für eine Einwirkung auf das deutsche Volk diese Gruppen erhalten werden. Das hängt entscheidend von der Politik zunächst der militärischen Stellen, dann aber von der politischen Zielsetzung der Alliierten auf längere Sicht ab.

Ob sich aus der Tatsache solcher oppositioneller Menschen ein Plus für Deutschland und Europa ergeben wird oder nicht, wird weiter sehr wesentlich von dem Verhältnis abhängen, das zwischen nach Deutschland zurückkehrenden deutschen Politikern und diesen Kreisen entstehen wird. Wer zurück geht, wird sich ständig darüber klar sein müssen, daß die politischen Gesinnungsgenossen, die sich ihre Meinung durch die 12 Jahre Hitlerdiktatur erhalten haben, so unendlich viel mehr gelitten und ertragen haben, daß sich ihnen gegenüber Bescheidenheit und Takt in höchstem Maß empfehlen. Auf der anderen Seite werden alle politischen und menschlichen Qualitäten der deutschen Opposition wertlos sein, wenn sie sich nicht der Kenntnisse und Fähigkeiten zurückkehrender Politiker zu bedienen weiß, um aus der einfach unvorstellbaren geistigen Isolierung heraus zu kommen, in der sie zwangsweise gelebt haben.

Man kann nur hoffen, daß man auf allen Seiten die nötige Geduld und Einsicht aufbringen wird, um das Aktivum, das möglicherweise in dem Bestehen einer deutschen Opposition nach Einstellung der Feindseligkeiten liegt, so gut wie nur denkbar fruchtbar zu machen. Europa ist nach diesem fürchterlichen, durch die Nazis verursachten Zusammenbruch nicht in der Lage, positive Werte irgend welcher Art ungenutzt zu lassen.

16.

Damit wird ein sehr wunder Punkt berührt. Dank der fürchterlichen viehischen Grausamkeiten, die von den deutschen Besatzungsbehörden und ihren Organen überall in Europa verübt worden sind, hat sich ganz verständlicherweise eine Wetterwolke von Hass gesammelt, deren Entladung wahllos über alle Deutsche hereinbrechen wird. Es wäre ein Wunder, wenn man von den seelisch und körperlich gepeinigten Massen in all den besetzten Gebieten etwas anderes erwarten würde. Man kann nicht damit rechnen, daß in diesen Massen Eignung und Neigung vorhanden ist, nach dem Krieg zwischen Deutschen verschiedener Güte zu unterscheiden. Wenn bislang darauf hingewiesen wurde, daß man die Deutschen nicht über einen Kamm scheren könne, daß es doch auch Gegner des Systems in Deutschland gegeben habe und noch gäbe, dann erhielt man und erhält man auch weiterhin die Antwort: von der Gegnerschaft der Deutschen gegen die Nazis haben wir nichts bemerkt. Ja, eine illegale norwegische Zeitung, bracht neulich die Formulierung, die deutschen Oppositionellen hätten mit einem raschen militärischen Zusammenbruch der Nazis gerechnet. Im Vertrauen darauf hätten sie einfach gar nichts getan und es den anderen Völkern in Europa überlassen, das Risiko des Kampfes gegen die Nazis zu überlassen. Damit war die deutsche Opposition gewissermaßen im vorhinein zu künftigen Kriegsgewinnlern gestempelt.

In dem Vorstehenden sind die besonderen Bedingungen und Zielsetzungen der Deutschen, die gegen Hitler von Anfang bis zu Ende gestanden haben, geschildert worden. Daraus ergibt sich, warum durch viele Jahre keine offene Opposition sichtbar werden konnte. Der immer wieder gemachte Hinweis darauf, daß sich in den besetzten Ländern doch der offene Widerstand gezeigt habe, ist völlig irreführend.

Was in den besetzten Ländern vor sich ging, das war der Widerstand eines überfallenen Volkes gegen seinen Unterdrücker. Es war der Kampf der Nation für ihre Unabhängigkeit. Es war ein Ringen, in dem überall die große Mehrheit des Volkes geschlossen und in bedenkenlosem Zusammenhalt gegen die Deutschen und ihre kleine Schar von Helfern stand. Da konnte jeder mithelfen. Da war sowohl die geistige Situation ganz anders als in Deutschland als auch die Risikoverteilung. Wenn man z.B. die ergreifenden Wochen nach dem 29.8.43 in Dänemark erinnert, dann weiß man, welche ungeheure Kraft ein Volk aus dem Bewußtsein zieht, daß in 99 von Hundert Fällen der Nachbar, auch wenn man ihn nicht kennt, ein Freund und Helfer ist, auf den man sich in der Not verlassen kann.

In Deutschland aber war alles dies nicht vorhanden. Für den Krieg gegen den nationalen Unterdrücker finden sich alle bereit und in diesem Kampf können alle ihr Teil beitragen. In dem Kampf gegen die Diktatur einer Schicht über den Rest des Volkes ist immer nur eine Minderheit zum Einsatz fähig und nur die kleine Schicht der Allereinstimmtesten ist brauchbar.

Ohne den Widerstand der Völker in den besetzten Gebieten schmälern zu wollen, muß auch darauf hingewiesen werden, daß sie Hoffnung auf ein Ende hatten, und daß ihnen in stets wachsendem Maß, materiel und geistige Hilfe vom Ausland zufließte. Sie hatten ein Sprachrohr durch das Radio, sie bekamen Waffen und Sprengstoffe. Radiogerät und praktische Anweisungen, - ja, ihre Führer konnten in wichtigen Fällen aus der größten Gefahr gelegentlich gerettet werden. Auch ganz kompakte militärische Hilfe erleichterte unter Umständen den Kampf. Man erinnere sich nur an die Flugangriffe auf das Gebäude der Gestapo vor einiger Zeit in Bergen und erst jüngst in Aalborg, durch die dank der erreichten Zerstörungen die Verfolgungsarbeit der Gestapo unerhört erschwert und in dem gleichen Maß die Arbeit der Patrioten erleichtert wird.

Auch der oft gehörte Satz, in Deutschland gäbe es keine oppositionelle Arbeit, weil man ja sonst etwas von ihr merken würde, stimmt nicht. Wenn die Bevölkerung in den besetzten Gebieten nicht die Beziehungen zu den Alliierten hätten, wenn ihnen nicht das Radio von London und Moskau zur Verfügung stände, würde man wahrscheinlich von den vielen kühnen Taten der Freiheitskämpfer auch nur in den größten Ausnahmefällen hören. Dann würde man auch daraus schließen können, daß ja bis auf eine Minderheit von Desperados diese Völker sich mit der deutschen Herrschaft abgefunden hätten.

An der Veröffentlichung von Sabotagefällen, Obstruktion und passivem Widerstand von Deutschen in Deutschland ist niemand interessiert. Die Nazis schweigen eisern darüber, wie sie ja auch die mehrfachen Attentatsversuche gegen nazistische Führer und Offiziere stets verschwiegen oder als Unglücksfälle bemäntelt haben. Die Alliierten haben gute Gründe sachlicher Art neben einigen schlechten Gründen politischer Art, derartige Fälle zu verschweigen.

Schließlich aber gibt es genügend Dinge, die von der Arbeit der Opposition in Deutschland Zeugnis ablegen. Die deutschen Konzentrationslager sind auch jetzt, nach der restlosen Deportation aller Juden ständig überfüllt. Nicht ohne Grund werden jährlich Zehntausende von der Gestapo in diese Marterstellen geschleppt. Der ergreifende Aufruf des Studenten Scholl zeigt, daß auch in der Jugend Kräfte zurückgeblieben sind, die ein tiefes und ursprüngliches Gefühl für Recht und Menschenwürde bewahrt haben. Nicht jeder ist ein Märtyrer. Aber wo einige Wenige ihr Leben für ihre Überzeugung einsetzen, stehen Hunderte und Tausende, die dasselbe denken und fühlen, aber den letzten fürchterlichen Schritt nicht wagen. Richte der über sie, der weiß, daß er anders handeln würde als sie:

Berichte aus Deutschland, die zum großen Teil noch aus der Zeit vor den großen Luftangriffen mit ihren desorganisierenden Wirkungen stammen, zeigen, daß es bereits durch Jahre gelungen ist, eine große Menge von Personen, die von der Gestapo gesucht werden, darunter auch eine erhebliche Anzahl von Juden, mit falschen Papieren zu versehen, sie zu verstecken und vor dem sie bedrohenden Schicksal zu retten. Das ist ohne Organisation und ohne Mithilfe von Beamten und wahrscheinlich sogar von Parteimitgliedern nicht möglich.

Endlich legen die Hunderte von Todesurteilen Zeugnis ab von dem Willen deutscher oppositioneller Kreise, ihr Volk und ihr Land von der Plage aller Plagen, der nazistischen Diktatur zu befreien. Aus allen Kreisen, aus allen politischen Lagern hat man sie an die Galgen, auf die Schaffotte, vor die Mündungen der Gewehre geschleppt. Ist das gar nichts ?? Kann und soll man diese Opfer, nachdem selbst Himmler ihre Taten nicht hat verschweigen können, nun vom Ausland totschweigen und sie damit um den letzten und einzigen Sinn ihres Lebens und ihres Todes bringen ??

Es handelt sich nicht um eine Ehrenrettung des deutschen Volkes. Das ist eine unmögliche Aufgabe, nach allem, was von Deutschen in den letzten Jahren angerichtet worden ist. Es handelt sich darum, aus dem Trümmerhaufen von Europa die wenigen brauchbaren Bestandteile heraus zu retten, die an dem Aufbau einer besseren Welt mitarbeiten können. Hierzu aber gehören zweifellos die Männer und Frauen der deutschen Opposition, die nun bereits zwölf lange Jahre im Kampf gegen Hitler und seine Mitverbrecher stehen, die von Anfang bis zu Ende allein gestanden hat und mehr und härteres erduldet hat als die Meisten der heutigen Kämpfer gegen den Nazismus, durch Jahre hindurch bewußt übersehen und aufgeopfert wurde und heute verächtlich mit dem Gesindel in einen Topf geworfen wird, das den deutschen Namen geschändet hat.

22. Juni 1978

ka

ED 166-89

Handwritten notes:
18/5
19/5
20/5
21/5
22/5
23/5
24/5
25/5
26/5
27/5
28/5
29/5
30/5
31/5
1/6
2/6
3/6
4/6
5/6
6/6
7/6
8/6
9/6
10/6
11/6
12/6
13/6
14/6
15/6
16/6
17/6
18/6
19/6
20/6
21/6
22/6
23/6
24/6
25/6
26/6
27/6
28/6
29/6
30/6
31/6
1/7
2/7
3/7
4/7
5/7
6/7
7/7
8/7
9/7
10/7
11/7
12/7
13/7
14/7
15/7
16/7
17/7
18/7
19/7
20/7
21/7
22/7
23/7
24/7
25/7
26/7
27/7
28/7
29/7
30/7
31/7
1/8
2/8
3/8
4/8
5/8
6/8
7/8
8/8
9/8
10/8
11/8
12/8
13/8
14/8
15/8
16/8
17/8
18/8
19/8
20/8
21/8
22/8
23/8
24/8
25/8
26/8
27/8
28/8
29/8
30/8
31/8
1/9
2/9
3/9
4/9
5/9
6/9
7/9
8/9
9/9
10/9
11/9
12/9
13/9
14/9
15/9
16/9
17/9
18/9
19/9
20/9
21/9
22/9
23/9
24/9
25/9
26/9
27/9
28/9
29/9
30/9
31/9
1/10
2/10
3/10
4/10
5/10
6/10
7/10
8/10
9/10
10/10
11/10
12/10
13/10
14/10
15/10
16/10
17/10
18/10
19/10
20/10
21/10
22/10
23/10
24/10
25/10
26/10
27/10
28/10
29/10
30/10
31/10

Handwritten notes:
18/5
19/5
20/5
21/5
22/5
23/5
24/5
25/5
26/5
27/5
28/5
29/5
30/5
31/5
1/6
2/6
3/6
4/6
5/6
6/6
7/6
8/6
9/6
10/6
11/6
12/6
13/6
14/6
15/6
16/6
17/6
18/6
19/6
20/6
21/6
22/6
23/6
24/6
25/6
26/6
27/6
28/6
29/6
30/6
31/6
1/7
2/7
3/7
4/7
5/7
6/7
7/7
8/7
9/7
10/7
11/7
12/7
13/7
14/7
15/7
16/7
17/7
18/7
19/7
20/7
21/7
22/7
23/7
24/7
25/7
26/7
27/7
28/7
29/7
30/7
31/7
1/8
2/8
3/8
4/8
5/8
6/8
7/8
8/8
9/8
10/8
11/8
12/8
13/8
14/8
15/8
16/8
17/8
18/8
19/8
20/8
21/8
22/8
23/8
24/8
25/8
26/8
27/8
28/8
29/8
30/8
31/8
1/9
2/9
3/9
4/9
5/9
6/9
7/9
8/9
9/9
10/9
11/9
12/9
13/9
14/9
15/9
16/9
17/9
18/9
19/9
20/9
21/9
22/9
23/9
24/9
25/9
26/9
27/9
28/9
29/9
30/9
31/9
1/10
2/10
3/10
4/10
5/10
6/10
7/10
8/10
9/10
10/10
11/10
12/10
13/10
14/10
15/10
16/10
17/10
18/10
19/10
20/10
21/10
22/10
23/10
24/10
25/10
26/10
27/10
28/10
29/10
30/10
31/10

DER NATIONALSOZIALISMUS

- I. Einleitung. Judenproblem. Die Reaktion auf die "nationale Erhebung". 1-11
- II. Ueber die Führer der National Sozialisten. Warum ist die Führerfrage entscheidend? 12-17
- III. Darstellung und Kritik des nationalsozialistischen Gedankens. 18-25
- IV. Die Chancen des deutschen Faschismus, seine erste Tätigkeit und seine Gegner. 26-31
- V. Schluss. 32

Institut für
Angewandte
Politikwissenschaft

1. 72/65-85

Eine Betrachtung der politischen Lage Deutschlands, insbesondere in Bezug auf die weitere Entwicklung, ist dadurch erschwert, dass jeder gezwungen ist, sich in einem Akt der Selbstbesinnung darüber klar zu werden, wo er steht und wieviel er an persönlichen Stimmungen, Gefühlen und vor allem Wünschen abziehen muss, um zu einer der Kritik ständehaltenden Erkenntnis zu gelangen. Mehr denn je stehen heute die Objekte der Politik zwischen "Furcht und Hoffnung" und infolgedessen ist auch die politische Stellungnahme zum ersten Mal seit langer Zeit ganz offen wieder eine Charakterprobe und nicht nur eine Intelligenzprüfung.

Damit wird nun nicht die Urteilung von Moralensuren verlangt, gewissermaßen eine Bescheinigung für mehr oder weniger "tapferes Verhalten vor dem Feind", obgleich der "Aufstand der Konkurrenz", der die "nationale Erhebung" begleitete, genügend Veranlassung zu bitteren Betrachtungen gab. Weder das starr dogmatische Beharren auf dem bisherigen Standpunkt, noch die enthusiastische Ekstase des dem Neuen sich Zuwendenden sind an sich gesehen moralisch gut oder böse oder gar politisch richtig oder falsch. Die Charakterprobe besteht gerade darin, sich und seine eigene Überzeugung erneut darauf zu prüfen, ob man und sie auch vor den neuen Tatsachen bestehen kann. Diese Prüfung verlangt aber eine weitgehende Abstraktion von den persönlichen Sorgen und Sehnsüchten, und wie schwer das ist, zeigt sich in der von Ressentiment erfüllten Art, mit der auf die deutsche "Revolution" reagiert wird. Das Problem, das dabei leider im Vordergrund steht und daher vieles, sehr Wesentliches verdeckt, ist die Judenfrage. Es ist erschütternd zu sehen, wie dieser Komplex, der schon in seiner negativen Form als politischer Rassenantisemitismus einer der Gründe des heutigen Zustands ist, jetzt in seiner positiven Form als humanitärer Philosemitismus den Blick trübt und die Aufmerksamkeit in monopolisierender Art beansprucht, d.h. von anderem ablenkt. Der Antisemitismus war und ist auch heute in seiner spezifisch politischen Bedeutung nichts anderes als eine besondere Ausprägung antiliberaler und antidemokratischer Gesinnung, denn der politische Antisemitismus verlangt politische Differenzierung für Bürger eines Landes, verlangt Rechtsungleichheit bei Pflichtengleichheit. Er ist antiliberal und antidemokratisch deswegen, weil er die politische Rechtsstellung nicht an dem Prinzip der staatsbürgerlichen Leistung, sondern an einem andern Prinzip, nämlich dem einer, wissenschaftlich durchaus umstrittenen, Rassenzugehörigkeit orientiert. Der politische Antisemitismus ist ferner mit dem Nationalismus verbunden durch die Simplizität, mit der eine außerordentliche Mannigfaltigkeit von Einzelzügen in verfälschender, vergrößernder und entstellender Art zu einer Einheitlichkeit gebracht werden, mit der und aus der hinterher die sinnlosesten Behauptungen bewiesen werden sollen. Genau so wie "die Polen" falsch und schmutzig sind, genau so wie "der Fratzmann" von welscher Tücke erfüllt ist, genau so wird ein Idealtyp "des Juden" konstruiert, dessen wesentliches Merkmal ist, mit perverser Intelligenz sich alle andern Völker dienstbar zu machen.

Trotzdem also der Standpunkt eines antisemitischen Politik derart klar bestimmt werden kann, ist auf die antisemitische Propaganda von allen Kreisen nicht - jüdischen und nichtjüdischen - seit 1920 falsch reagiert worden. Die Nichtjuden betrachteten den Antisemitismus gewissermaßen als eine Privatangelegenheit der Juden und liessen ihn politisch nur als Werbemittel gelten, ohne die Gefahr zu sehen, die darin lag, dass die mit antisemitischen Argumenten geworbenen Menschen dadurch nicht nur Kämpfer gegen das Judentum wurden, sondern zugleich auch Anhänger eines antiliberalen, antidemokratischen Gedankens.

Auch bei den Juden selbst wurde dieser Zusammenhang nicht

immer erkannt. Aber selbst dann, wenn diese Verbindung begriffen wurde, war es aus taktischen Gründen problematisch, davon zu reden, weil man als Jude in eine schiefe Position kam, wenn man die Nichtjuden vor dem Antisemitismus warnen wollte. Es sah so sehr "pro domo" aus, dass es kaum ernst genommen werden konnte. Zum Teil aber fürchteten die Juden, die Verbindung mit der Demokratie und dem Liberalismus zu offenbaren. Es war eine Art "grüss mich nicht unter den Linden", bei der offen blieb, wer nun mit wem mehr kompromittiert wurde, die Juden mit der Demokratie, oder der demokratische Gedanke mit den Juden. Schliesslich kommt noch hinzu, dass ein grosser Teil der deutschen Juden in ihrer Lebensform spießbürgerlich und in ihrem sozialen Denken frühkapitalistisch, d.h. reaktionär sind. Dieser Teil will bestenfalls gar keine politischen Argumente verwenden, sehr häufig aber am liebsten sich irgendwie bei den nicht-jüdischen Kapitalisten und Nationalisten lieb Kind machen und dort unterkriechen, von woher die Bedrohung des gesicherten jüdischen bürgerlichen Lebens kommt. Aus diesem Komplex von vertretbaren und nicht vertretbaren Argumenten, Strömungen und Instinkten heraus ergab es sich, dass der Abwehrkampf der Juden "unpolitisch", nicht willensmässig durch Machterwerb und Machtausübung, sondern "pädagogisch", durch Aufklärung und mit rationalen Mitteln geführt wurde.

Dieser Kampf wurde verloren, weil die Juden, die ihre Emanzipation durch den liberalen Gedanken, als er siegreich war, geschenkt erhalten hätten, nie hoffen konnten, diese Stellung sich zu sichern, wenn einmal der liberale Gedanke überwunden war. Sie konnten, - als die verschwindende Minorität, in der sie liebten - , auch nie hoffen, ohne Stütze breiter Volkskreise in diesem Kampf um ihre rechtliche und wirtschaftliche Stellung sich zu behaupten und sie konnten sich selbstverständlich nur politisch stützen auf die Anhänger des demokratischen und liberalen Gedankens. Wer sich aber stützen will, muss auch bereit sein, zu unterstützen. Dass und soweit das nicht geschehen ist, macht die deutschen Juden mitschuldig an der politischen Entwicklung in Deutschland und auch mitschuldig an ihrem eigenen Schicksal.

Die tragische Ironie aber liegt darin, dass man, genau wie man wegen der antisemitischen Form der Propaganda ihre politisch antidemokratische Richtung übersehen, jetzt wegen des allerdings sehr prominenten jüdischen Opfer das Schicksal der deutschen Demokratie vergisst.

Nach dieser Abschweifung in das speziell jüdische Problem wird aber klar sein, dass die Haltung zum national-sozialistischen Deutschland nicht von der Beantwortung der Judenfrage abhängen kann. Höchstens kann man diese Dinge als Symptome für die gesamte Haltung des neuen Systems gegenüber Demokratie und Liberalismus betrachten und für Schlussfolgerungen verwenden. Alle Urteile vom mehr oder minder spezifisch jüdischen Standpunkt aus werden der politischen Problematik Deutschlands nicht gerecht werden können. Sondern man aber den Antisemitismus vom National-Sozialismus ab, so bleibt der deutsche Fascismus und als Ergebnis seines Sieges das "Dritte Reich".

Diesem Sieg des Fascismus gegenüber sind hauptsächlich zwei Reaktionen zu beobachten: Einmal das Ressentiment unterlegener Gegner und entgegengesetzt dazu der Hoffungsraum der schwankenden, unentschiedenen Bürger. Was die besiegten Gegner anbetrifft, so wird das Gefühl der Niederlage noch accentuiert durch die Empörung über die Brutalität der neuen Herren und durch die Verzweiflung über ihre völlige Wehrlosigkeit gegenüber schlimmsten agitatorischen Verunglimpfungen. Dazu kommt, einerlei ob man früher an verantwortlicher Stelle stand und sich nun innerlich rechtfertigen muss oder ob man auch früher schon vor den Gefahren der offiziellen Politik warnte und daher jetzt den ganzen Zorn der Mitgefangenen-Mitgehangenen auf die Unfähigen ehemaligen Verantwortlichen hat, dass der Fascismus keine Werte repräsentieren darf

weil damit das ganze Gebäude von Gedanken und Handlungen, das man sich in langen Jahren aufgebaut hatte, zusammenbrechen würde. Weil man das Risiko eines derartigen weiteren Trümmerhaufens scheut, deswegen neigt man dazu, möglichst alles zusammenzutragen, was die Schlechtigkeit und Unfähigkeit der neuen Regierung dartut und alles das zu übersehen, was als positive Leistung oder als Bemühen dazu gedeutet werden kann.

Dass es Anzeichen solcher Leistungen oder der Bemühungen um Leistung gibt, wird einem von allen den Menschen versichert, die, ohne National-Sozialisten oder Deutschnationalen zu sein, mit dem Zustand seit 1919 nicht zufrieden waren. Aber diese Menschen sind, auch wenn sie sich bemühen, objektiv zu sein, in der Regel keine zuverlässigen Zeugen. Sie sind halb geblendet von dem Erfolg der neuen Männer und halb betrogen durch ihre Hoffnung auf "bessere Zeiten". Was den Erfolg der "nationalen Erhebung" angeht, denken sie, dass doch eine ungeheure Leistung in dem Aufbau einer so umfassenden und schlagkräftigen Organisation repräsentiert ist und dass die Karriere des Kanzlers von einem vor 14 Jahren völlig unbekanntem Mann bis zum Diktator mit einer in Deutschland nie gekannten ~~Machtkonzentration~~ Machtkonzentration Beweis genug für Fähigkeiten und Begabung ist. Da man in Deutschland immer geneigt ist, zu glauben, dass wenn jemand auf irgend einem Gebiet tüchtig ist, er es auch an allen möglichen anderen Stellen zu ausserordentlichen Leistungen fähig ist, so werden die organisatorischen Leistungen und propagandistischen Erfolge der National-Sozialisten und ihres "Führers" als starke Indizien für ihre wirkliche politische, wirtschaftliche und kulturelle Führungsqualität angesehen. - Es ist sehr schwer, sich von der Suggestion, die der Erfolg einer Sache oder Person verleiht, frei zu machen. Es ist noch schwerer, wenn alle Wünsche dahin gehen, dass der Regierung Erfolge beschieden sein mögen. Darüber aber kann kein Zweifel sein: dem Volk in allen seinen Teilen geht es schlecht, in manchen Teilen geht es ihm hundeschlecht und andere Teile müssen befürchten, dass es auch ihnen sehr bald sehr schlecht gehen wird. Alle diese Menschen hoffen auf Besserung, teils auf Arbeit und Mehrarbeit, teils auf Mehrumsatz und Mehrgewinn. Alle diese Menschen möchten so gerne glauben, dass es nun besser werden soll, nachdem ihnen die "Sozis" mit Herrmann Müller 1928 und 1929 nicht geholfen haben, das "Frontsoldatenkabinett" von Brüning nur weitere Belastungen für alle brachte und nachdem die "Regierung der Barone" keine Erleichterung verschaffte, von Herrn Schleicher ganz zu schweigen, der ja gar nicht erst anfangen konnte zu arbeiten. Wenn alle diese Kräfte nichts schaffen konnten, vielleicht - hoffentlich, hoffentlich - gelang es dann Hitler. - So kommt ein Seelenzustand zur Herrschaft, in dem jeder kleinste Erfolg die Illusion der totalen Besserung hervorzaubert, in dem alles gläubig hingenommen wird, was auch nur im Entferntesten geeignet sein könnte, der Hoffnung neue Nahrung zu geben und in dem als grösste Objektivitätsleistung der "Macht" gilt, dass man dem neuen Herrscher doch Zeit lassen muss, zu zeigen, was es kann.

Von allen diesen Stimmungen der Angst und Sorge, der Empörung der Hoffnung und Bewunderung muss man sich frei machen, wenn man der national-sozialistischen Bewegung eine Prognose stellen will und es genügt meiner Ansicht auch nicht, nur auf alte Analysen zurück zu greifen, wenn man sie nicht neu prüft. - An diesem Punkt unterscheide ich mich auch von den Sozialisten verschiedenster Art, die ja alle ihre Theorie haben, die ihnen genügend Halt gibt, solange sie nur genügend Glauben aufbringen und an ihr festhalten. Das Dogma der Sozialisten erspart es ihnen, sich und ihre Stellung wirklich zu prüfen. Für sie ist der National-Sozialismus nichts als ein Versuch - ein vorübergehend gesellter Versuch - der herrschenden kapitalistischen Klasse, die

Entwicklung zur Weltrevolution und zur Diktatur des Proletariats aufzuhalten. Daher findet man bei ihnen auch Leute, selbst bei bewährten Hamburger Sozialdemokraten, die es für möglich halten, sich irgend einmal an die Spitze der national-sozialistischen Betriebszellenorganisation zu setzen, um mit diesen "sozialistischen" Kräften gewissermaßen die kapitalistischen Expropriateure des dritten Reichs zu "expropriieren" - eine interessante Analogie zu der Theorie, dass im gegebenen Endzustand der kapitalistischen Wirtschaft diese durch einen revolutionären Akt in die sozialistische Wirtschaft "umschlagen" werde.

Für wie wertlos man aber auch das Hantieren mit solchen fertig und fertig getackelten und gebratenen Theorien halten mag, ganz hoffnungslos ist nur die völlige Hilflosigkeit der Zustand, in dem sich das liberale Bürgertum befindet. Von den zahlreichen Bewahrern des liberalen Gedankenguts, von den Gralrittern der "liberalen Vereinigung" findet sich nirgends eine Spur, und gerade sie hätten alle Veranlassung auf dem Kampfplatz zu erscheinen. Der National-Sozialismus beschränkt sich schon lange nicht mehr auf die Verfehrung von Juden und Judenverhassern, er hält sich nicht mehr bei der Bekämpfung von Marxisten, sondern er hat die Verwandtschaft von Marxismus und Liberalismus aufgespürt und wendet sich jetzt konsequenter als je gegen den liberalen Gedanken. Da ist es geradezu unverständlich, mit welcher Apathie die bürgerliche Geistlichkeit diesem Kampf gegen den "Hyaxxa" zersetzenden liberalen Ungeheuer und diesen "erstörungs" aller freiheitlich liberalen Institutionen zusieht. Dabei handelt es sich tatsächlich bei der ganzen Umformung Deutschlands viel mehr um eine anti-liberale als um eine antisozialistische Bewegung; in der Beschränkung der persönlichen Freiheit, in der antiparlamentarischen Haltung, in der korporativen Form des Wirtschaftslebens begegnet sich die deutsche fascistische Ideenwelt mit sozialistischen Vorstellungen, - eine Neufundamentierung des liberal-demokratischen Gedankengebäudes wäre also die dringendste geistig politische Aufgabe!

Zunächst aber soll noch einmal der bisherige Standpunkt gegenüber dem National-Sozialismus daraufhin überprüft werden, ob und in wie weit durch die Ereignisse vom 31. Januar bis zum 31. Mai 1933 eine Revision dieses Standpunktes erforderlich ist!

II.

Welche Stellung habe ich zum spezifisch deutschen Fascismus?

Über meine Stellung zum allgemeinen Fascismus brauche ich an dieser Stelle nichts weiter zu sagen, als dass ich ihn prinzipiell ablehne und doch anerkennen muss, dass er in Italien seit 11 Jahren ein stabiles und scheinbar lebensfähiges Staatsgebilde geschaffen hat. Abgesehen von der antisemitischen Frage, die ja ausgeschaltet werden soll, unterscheidet sich aber der National-Sozialismus vom Fascismus vor allem in seinen Führern. Das ist mir wesentlich, weil ich von den Führern des National-Sozialismus ein bestimmtes Bild hatte und ich im Gegensatz zu andern glaube, dass auch sehr veränderte politische Situationen die eigentliche menschliche Substanz und politische Qualität der Akteure nicht ändern.

Diese Ansicht hat sich bei mir bewährt. Der Jungdeutsche Orden erschien mir von kein Gran gewichtiger, als er sich mit der Demokratischen Partei zur Staatspartei zusammenschloss und die sofortige Scheidung nach den Wahlen von 1930 sowie die Wahlziffern in dem eigentlichen Verbreitungsgebiet des Ordens gaben mir im Gegensatz zu meinen Freunden Recht. Ich habe auch immer auf dem Standpunkt gestanden, dass ein politisch so naiver Mensch wie Herr v. Papen nicht in der Lage sein wird, mit den verwickelten politischen Problemen Deutschlands geistig fertig zu werden. Auch der berühmte Papenplan mit den Steuerzuteilungen war eben doch nur wirtschaftspolitische Technik und mit dem Rennreitergeist war genau so wenig zu

schaffen wie mit dem Frontsoldatengeist. Dagegen hat die politische Hal-
 vität Herrn v. Papen dazu geführt, mit Hitler und Hugenberg gegen
 v. Schleicher zu konspirieren und die Regierung Hitler einzusetzen.
 "Qui mange du Pape, en meurt." Zu dieser Einsicht hat es bei v. Papen
 nicht einmal gereicht und das muss jetzt der Stahlhelm und die Deutsch-
 nationale Partei büßen. Die politische Qualität Papens ist eben die
 gleiche geblieben, einerlei ob er Militärattaché in Washington oder
 Reichskanzler in Berlin war. Dasselbe gilt auch für die Führung der
 N.S.D.A.P.

Das ist zunächst Hitler selbst. Vor der Zeit seines Regierungs-
 antritts hat er nie ein Programm entwickelt, die Programmlosigkeit war
 ein wesentlicher Bestandteil seiner politischen Strategie. Seine zahlrei-
 chen Reden, vor allem Wahlreden, enthalten keine sachliche Substanz,
 sondern bewegen sich meist um Worte und Begriffe herum, die bei den Hörern
 an sich schon bestimmte Gefühlsreaktionen erzeuhen und er ist ein Meister
 nicht nur der Regie sondern auch der rednerischen Leistung. Selbst Leute
 sehr ruhigen und Temperaments, denen Sachlichkeit des Ausdrucks und Dis-
 ziplin des Denkens Stilbedürfnis geworden sind, bezeichnen den Hit-
 ler der Jahre 1921-1923 als den Typ des gemeinsten, skrupellosesten
 Demagogen, wobei sie die Demagogie im System der parlamentarischen Demo-
 kratie durchaus als notwendig anerkennen. Demagogische Begabung, wirkli-
 ches Führercharisma und propagandistischer Instinkt sind die immer wie-
 derkehrenden Züge seines Charakterbildes. Bestätigt wird dieses Bild
 durch sein berühmtes Buch "Mein Kampf", dessen interessantestes Kapitel
 das über Propaganda ist. Kann ein Mann von dem Bildungsniveau dieses
 Buches wirklich das deutsche Volk dauernd führen? Nun soll man gewiss
 weder frühere Bücher noch Wahlreden so fürchtbar ernst nehmen, - wer
 würde Hugenberg auf Grund seiner lyrischen Jugendgedichte beurteilen
 wollen? - aber es muss doch mehr da sein, wenn man zu einem andern Urteil
 kommen will und mehr war bis zum 30.1.1933 bei Hitler nicht zu sehen.
 Was nachher liegt, gehört in das Kapitel, dass jede Regierung den Weg
 von der Agitation zur Leistung wenigstens versuchen muss zu gehen, gehört
 in das Gebiet des "Menschen, der mit seinen höheren Zwecken wächst." Er
 wächst, aber die Substanz bleibt die gleiche, wie man aus den Reden ersuchen
 kann, die nicht gerade offizielle Regierungserklärungen sind und die genau
 so unbestimmt im Sachlichen, genau so auf das Affektmässige bei den Hö-
 rern abgestellt sind, wie die früheren, wennleich sie selbstverständ-
 lich durch das Bewusstsein, als Kanzler zu sprechen, in der Tonart modi-
 fiziert sind.

Nicht nur für Hitler, auch für die meisten andern Führer der
 N.S.D.A.P. ist die politische Ideenlosigkeit typisch. Wenn man von Feder
 und seinen konfusem Geldvorstellungen absieht, bleiben Propagandisten,
 Organisatoren und erhaltungsfachleute lauter Techniker. Das gilt für
 Frick, ehemals Amtshauptmann in Pirna, später in der bayrischen Polizei-
 verwaltung, dann Minister in Thüringen. Niemals hat er Anzeichen
 bestimmter politische Vorstellungen erweckt, genau so wenig etwa wie
 Röhm oder wie Göring. Dass Offiziere besonders bewacht für Politik sind,
 ist ja ein deutscher Aberglaube seit etwa 1800, aber selbst die klügsten
 Generalstäbler haben wenig Beweise dafür geliefert. Die manische Verliebt-
 heit der Deutschen in Willensmenschen, ihr Glaube an die ausschlaggebende
 Funktion des Wollens im sozialen Organismus bringt die befehlsgewohnten
 Offiziere zu nah an das Herrenmenschen Ideal heran, als dass ihnen nicht
 auch und gerade politische Führerschaft zuerkannt werden müsste. Die
 Leistung aber von Röhm, Göring und vielen andern war keine politische,
 sondern eine organisatorische, womit sie nicht unterschätzt werden soll.
 Es wäre ein Irrtum, nun etwa bei den Nichtmilitärs die politischen Köpfe
 zu suchen. Der so viel genannte Dr. Goebbels z.B. hat bisher, d.h. bis
 zum 31.1.1933 nie eine politische Idee entwickelt, wie Aussen- und Innen-
 Politik etwa im dritten Reich aussehen sollen, oder wie man die Arbeits-

losigkeit bekämpfen will. Von den Propagandisten und Organisatoren zweiter und dritter Garnitur soll man lieber schweigen; z.B. von Julius Streicher, der in Nürnberg durch Herausgabe einer nur pornographisch zu wertenden Zeitung war oder von "eines, jetzt Polizeipräsident in Breslau, dessen Karriere als Fememörder einer besonders brutalen Spielart begann, oder von Dr. Freisler, Staatssekretär im preussischen Justizministerium, dessen politische Tätigkeit 1919 als Agent provocateur in der Göttinger Studentenschaft anfing. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, dass eine Bewegung mit derartigen Führern, mit einer Presse wie der nationalsozialistischen unmöglich das Volksschicksal prägen kann und dass das politische und geistige Niveau dieser Menschen einfach nicht ausreicht, um auch nur irgend eine wichtige Frage des deutschen Lebens zu lösen. Das ist auch heute noch mein Standpunkt, trotz aller Erfolge und aller Siegesfeiern und aller Heberläufer in Parteien und Verbänden aller Art. Denn der Erfolg ist zwar entscheidend in der Politik, was aber ein politischer Erfolg ist, entscheidet sich erst nach längerer Zeit.

Ich habe bisher den Namen von Gregor Strasser nicht erwähnt, weil er eine besondere Behandlung verdient. Er ist der Einzige, bei dem sich ein politischer Ansatzpunkt, der aus den verschiedenen allgemeinen Ideen der Bewegung stammt, feststellen lässt. Aber er ist auch der Einzige, der bei der allgemeinen Postenverteilung ausgeschlossen ist. Eine Zeit lang wurde er als Leiter eines zu gründenden Gewerkschaftsamts genannt. Dann wurde es davon still und jetzt hat sich Herr Ley als Führer der "deutschen Arbeitsfront" etabliert, nachdem man die Gewerkschaften gleichgeschaltet hat. Strasser hatte, soweit man weiss/das, Ende 1932 den Plan, eine diktatorische Regierung mit Schleicher zu bilden, bei der die Reichswehr die Machtstütze und ein Block aus allen Arbeitnehmergruppen die Beziehung zum Volk ergeben sollte. Dass dieses ~~Praktik~~ politische Projekt nicht zur Ausführung kam, hatte viele äussere Gründe, bestimmt aber auch den einen inneren, dass nämlich in diesem Projekt der Versuch gemacht wurde, einige der staatlichen und sozialen Vorstellungen des National-Sozialismus, die nur unter der Voraussetzung 100% Durchführung einen theoretischen Sinn ergeben können, auf dem Wege einer Kompromisslösung zu realisieren. Strasser wollte die Diktatur (negativ gesagt: er lehnte das parlamentarische System ab), aber er wollte die Diktatur vom Volk getragen. Er wollte die Volkseinheit, aber er sah, ähnlich wie die Sozialisten, in den Arbeitnehmerschichten allein schon das Ganze. Deshalb sein Bemühen um "Querverbindungen" von der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation zu den christlichen und freien Gewerkschaften, zum G.d.A. und zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. In seinem Projekt war kein Platz für den Kapitalismus und der war auch Herrn v. Schleicher sehr gleichgültig, darin waren sie einig. In dem Projekt war auch kein Platz für den Mittelstand und das war sehr merkwürdig, denn der vor Verzeiwelung gänzlich wahnsinnige Mittelstand war die Hauptquelle der N.A.S.P.D. Hier waren die fanatischen Hasser der "jüdischen" Konkurrenten, (jeder fähige Konkurrent war Jude), hier waren die verzweifelten Gläubigen an das "dritte", an das "tausendjährige Reich". Die Gleichgültigkeit gegen den Kapitalismus ermöglichte es Herrn v. Papen, die Industrie gegen Schleicher-trasser und für Hitler zu mobilisieren, nachdem Schleicher sich auch mit dem Landbund verzankt und demgemäss bei Hindenburg kein Vertrauen mehr hatte. Das paktieren mit den "marxistischen" Gewerkschaften machte Strasser bei dem gewerblichen Mittelstand der Partei unmöglich und so wurde er bei passender Gelegenheit - nach einem Konflikt mit Hitler - ausgebootet.

Warum ist diese Führerfrage so wichtig? Der Parlamentarismus stand doch weiss Gott nicht auf einem hohen geistigen Niveau und die Volkvertreter waren bestimmt weder an Charakter noch an Bildung oder politischer Begabung eine Auslese der Besten! So viel Mittelmässigkeit, so

schicksals gehindert werden, während die Vorstellung der Liberalen von der Volksgemeinschaft in der staatlichen Organisation freier Individuen derselben Nationalität besteht, geht der Gedanke der National-Sozialisten xxx dahin, das Volk als Gesamtheit als den alleinigen Wert zu betrachten. Der Accent liegt bei den Sozialisten etwa gleich verteilt auf den vielen Einzelnen und ihrer Gemeinschaft, bei den Liberalen wird der Eigenwert der Individuen eher mehr betont als der Wert ihrer Gemeinschaftsorganisation, bei den National-Sozialisten hingegen hat nur das Volksganze einen Sinn und eine Bedeutung und die Einzelnen sind lediglich notwendige Substanzbestandteile, sie sind das Menschenmaterial, das erst in der Formung als Volk zu einem Wert gelangt. Diese Vorstellung führt notwendigerweise zu der Idee des totalitären Staates, der die Gesamtorganisation des xxx Volksganzen, gewissermassen dessen organische Realisation darstellt. Diesem totalitären Staat untersteht die Regelung des gesamten Lebens des Volkes, sowohl in wirtschaftlicher, wie in sozialer, in religiöser und allgemein kultureller Beziehung. Es gibt kein Lebensgebiet das nicht der staatlichen Regelung und Anweisung unterworfen ist und es gibt daher keine neben dem Staat und seinen Organen irgendwie denkare selbständige Instanz von geistiger, wirtschaftlicher oder politischer Bedeutung.

Von entscheidender Bedeutung ist nun aber die innere Gliederung dieses Staatswesens in Bezug auf die Herrschaftsausübung. Man kann sich die Präponderanz des Staates vorstellen sowohl auf aristokratischer, als auf demokratischer Grundlage. Zusammensetzung und Auslese der Führerschaft, Mass und Art der Kontrolle, sowie Auswahl und Bildung der Kontrollorgane, wenn solche vorhanden sind, können in vielfältigster Art auch im totalitären Staat vorkommen. Das typische Zeichen des Faschismus ist aber die antiliberalen Gesinnung, der es auf die Einzelmenschen und deren Denken und Wollen garnicht ankommt. Der Ganzheitsgedanke beherrscht sämtliche Vorstellungen derart, dass im fascistischen totalitären Staat niemals von unten, von der "Masse Mensch" etwas anderes als Dienstbereitschaft am Ganzen, also Disziplin und Unterordnung kommen kann. Dieser Vorstellung entspricht nun durchaus die Rolle, die der Begriff der "Führerschaft" im national-sozialistischen Denken spielt. Die Führer, denen in bedingungslosem Vertrauen blind gehorcht werden muss, sind die Inhaber und Verwalter der Staatsgewalt. Zu der Idee des allmächtigen Staates gesellt sich der Gedanke einer diktatorischen Führerschaft; ein Staat, der das Ganze des Volkslebens zu regeln unternimmt, wird selbst geleitet von einer mit unumschränkter, "ganzer" Macht ausgerüsteten Führerschaftsgruppe. Der gesamte Ganzheitsgedanke beruht auf der Vorstellung einer über den Individuen stehenden biologischen Volkseinheit, einer überpersönlichen Volkspersönlichkeit, die zu höchster Wirksamkeit und Blüte - immer als Ganzes - gebracht werden muss. Wie es nun - um im Gleichnis zu bleiben - zur ~~anatomischen~~ ~~Körper~~ Ausgliederung dieses Körpers in lenkende, befehlende Gehirnzellen und in dienende, nährnde, arbeitende und gehorchende Körperzellen kommt, bleibt ein rätselhafter, merkwürdig geheimnisvoller Vorgang, denn es ist nicht richtig vom national-sozialistischen Gesichtspunkt, dass nur der brutale Machtkampf diese Gliederung herbeiführt. Das wäre, wenn nicht marxistisch, so doch lasalleisches Denken, denn von Lassalle stammt das schöne Wort, dass die Verfassung (also die Herrschaftsgliederung) eines Volkes immer auf die Verteilung der Gewähre zurückzuführen sei. Eine derartige Idee entspricht nicht der national-sozialistischen Ideologie, die doch auf der Vorstellung des einzigen Volksganzen beruht. Es scheint sich da um eine bisher unbekannte Kreuzung zwischen der "unio mystica" des geheimnisvollen Verbundenseins und des "consensus omnium", der Zustimmung aller zu handeln, etwa der "geheimnisvollen Zustimmung Aller". (In diesem Gedanken wird man

166-93

bestärkt, wenn man sieht, in welcher magischer Weise in Deutschland gleichgeschaltet wird. Es ist beinahe ein, wie Döblin auf den Kapp-Putsch sagte, metaphysisches Ereignis. Der Dualismus zwischen Täter und Tat ist aufgehoben, es wird nicht mehr gleichgeschaltet, sondern die Gleichschaltung vollzieht sich in geheimnisvoller Weise von selbst).

Nun führt das Denken in "Ganzheiten" aber bei konsequenter Durchführung zu einer ganz merkwürdigen Vertauschung von "Gedachtem" und "Erlebtem". Die Ganzheiten, an denen das politische Handeln sich orientiert, sind nämlich keine Ergebnisse des erfahrenen Lebens, sondern Ergebnisse des abstrakten Denkens. Es sind einfach die altbekannten Begriffe, wie etwa: die Wirtschaft, die Gesellschaft, das Geistesleben, die Wissenschaft. Diese Begriffe, die nichts als generalisierende Abstraktionen für eine Unzahl von Einzelercheinungen durchaus komplexer Natur sind, werden jetzt zur Grundlage für die Erhaltung des Lebens benutzt. Die Folge davon ist einmal die gewollte Ausschaltung des individuellen Elements, dann aber auch eine außerordentliche, in ihren weiteren Wirkungen gar nicht abzusehende gewaltsame Simplifizierung und Verkünstelung des Lebens. Als Beispiel möchte ich die Stellung der National-Sozialisten zur Wirtschaft wählen.

Wenn man unter Wirtschaft die Summe aller derjenigen Vorgänge versteht, die beabsichtigen, den stetigen Einklang zwischen Bedarf und Deckung im dauernden Zusammenleben von Menschen herbeizuführen, so gibt es kaum eine Handlung, die nicht zur Wirtschaft gehört. Selbst so private Angelegenheiten, wie das Führen eines Tagebuches, sind nicht "wirtschaftsfrei", denn es ist die Anschaffung des Buches und des Schreibmaterials dazu erforderlich, die zweifellos wirtschaftliche Bedeutung besitzt. Durch dieses Beispiel soll nur klar gemacht werden, dass es erkenntnistheoretisch gesehen, nicht ein Objekt "Die Wirtschaft" gibt, sondern dass die "Wirtschaft" eine spezifische Art des Betrachtens von Handlungen und Vorgängen aller Art ist, eben die Betrachtungsart, die sich mit der Bedeutung dieser Handlungen und Vorgänge für das Zustandekommen des Einklangs zwischen Bedarf und Deckung ~~maximal~~ beschäftigt.

Bei den "Ganzheits"-Denken der National-Sozialisten wird aber gerade das umgekehrte Verfahren beobachtet: der abstrahierende Begriff "Wirtschaft" wird zu einer Wirklichkeit, zu einem Objekt, zu dem Subjekte, nämlich die Träger der Wirtschaft gehören und mit dem hantiert werden kann. Die Hinbeziehung dieses Objektes "Wirtschaft" in den ~~td~~ altären Staat geschieht nun durch organisierung der dazu gehörigen Subjekte, nämlich der Wirtschaftsträger. Dabei zerlegt man die Ganzheit "Wirtschaft" in subtilere Ganzheiten und erhält dann neue abstrakte Begriffe wie Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr und Handelsverkehr, die sofort wieder als greifbare Realitäten behandelt werden. Diese Aufspaltung geht dann einmal in begrifflicher Richtung, dann aber auch nach geographischen Merkmalen immer weiter, bis man zuletzt bei dem "Nordbarmbecker Kolonialwarenhandel", der "ostfriesischen Pferdezucht" und dem "Pinneberger Handwerk" anlangt. Auf diesem Wege kommt man zu dem "korporativen Aufbau" der "Wirtschaft" im Faschismus, d.h. zu einer Organisation von örtlichen und fachlichen Zusammenschlüssen mit von oben, d.h. von staatlichen Stellen aus ernannten Führern. Die ganze Organisation hängt an den Betrieben und infolgedessen ist auch die Arbeitnehmerschaft parallel organisiert. Jede fachliche Organisation enthält sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer, obwohl beide in getrennten Gruppen vereinigt sind.

Welche Künstelei dieses System enthält, wird deutlich, wenn man nicht an die wirkliche Bedeutung der ganzen Organisation denkt, sondern an die Einzelelemente. "Das Gastwirtsgewerbe von Osterode" - wer ist denn das anders als die wahrscheinlich drei bis fünf Dutzend Gastwirte, die untereinander größtenteils aus Neid und Konkurrenz verfeindet sind,

ED 166-94

identische Interessen haben und nun plötzlich als anonyme Einheit voller Würde auftreten. Es ist genau so aufgebläht wichtig, wie wenn ich von den Fenstern meiner Wohnung nur noch als von der "allgemeinen Be- und Entlüftungs-Apparatur" rede. Noch stärker tritt dieses Künstliche des Aufbaus hervor, wenn die Apparatur in Bewegung gerät. Position ~~max~~ XYZ des Reichsbahntarifs soll neu festgesetzt werden, nehmen wir an, es seien Maschinen. "Der Deutsche Maschinenbau" ist natürlich aus Absatzgründen für sehr niedrige Tarife. "Die Deutsche Schienenindustrie" ist für hohe Tarifierung, damit ihr Kunde, nämlich die Reichsbahn ordentlich verdient und mehr Erneuerungsschienen bestellen kann. Aber das ist erst der Anfang, denn die Reichsbahn kauft auch viele Spezialmaschinen und diese Korporation wird gleichfalls für hohe Tarife sein, während die andern Maschinenbau-Korporationen den gegenteiligen Standpunkt haben. Jetzt kommt das Transportgewerbe, indem die Landstrassentransportunternehmer einen hohen Bahntarif fordern, den sie leicht unterbieten können. Damit wird wieder die "Automobilerzeugung" in eine Klemme gebracht, denn als Abnehmer von Motoren ist sie an niedrigen Tarifen interessiert, während sie als Verkäufer von Heberlandmaschinen hohe Tarife fordern muss, um dem interessierten Teil des Transportgewerbes die Anregung zu neuen Bestellungen von Lastautos zu verschaffen. Das ist ein Punkt, nun stelle man sich das in zehntausendfacher Verstärkung vor und man wird einsehen, dass dieses Organisationswerk als ein Ganzes für ~~XXXX~~ von unten kommende Willensbildung gehen kann, sondern dass es nur möglich ist, wenn alle entscheidenden Funktionen von staatlich eingesetzten Stellen ausgeübt werden. Die fascistische Wirtschaftsgesellschaft ist also in Wahrheit nichts anderes als ein Instrument zur Entgegennahme von Befehlen, gedacht, dem Staat die Herrschaft im Bereich des Wirtschaftslebens zu sichern, nicht über, dem Wirtschaftsgesellschaft die Autonomie innerhalb des Staates zu geben.

Das ist der Kern des ganzen Ständestaates; es ist eine brauchbare Herrschaftsgesellschaft für die Diktatur im modernen Staatswesen, sonst nichts. Das ist deutlich zu erkennen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass man neben der "deutschen Arbeitsfront", d.h. der Wirtschaftsorganisation, die Front des "deutschen Rechts", nämlich die Organisation aller Juristen incl. der Rechtsanwälte (ohne Verwaltungsjuristen) erscheint. Aber das "Recht" ist doch auch nur eine Art, die menschlichen Beziehungen zueinander zu betreffen und keine organisierbare Realität. Ganz gewiss ist es aber mit der deutschen Organisation von Richtern, Staats- und Rechtsanwälten nicht getan. Die Front des deutschen Rechts. Und dahinter taucht die "deutsche Bildungsfrente" auf, in der nun alle Lehrkräfte von den Universitätsprofessoren bis zu den Volksschullehrern zusammengefasst sind. Dabei sind aber die Eltern von Schulkindern nicht eingeschaltet, die kommen offenbar für die Bildung ebensowenig in Frage wie die Hausfrauen bei der Wirtschaft. Alle diese Fronten und Zentralorganisationen sind nicht etwa Interessenvertretungen der darin organisierten Individuen, sondern Gebilde, die nun ~~max~~ Appell kommandiert werden und die Tagesbefehle der Regierung entgegenzunehmen haben.

Nun gibt es aber neben der politischen Funktion des ständischen Aufbaus als Befehlsübermittlungsapparat und neben seiner ideologischen Begründung als Konsequenz des anthropomorphischen Denkens in überpersönlichen Ganzheiten noch eine sentimentale und eine volkpsychologische Verbindung zwischen National-Sozialismus und Ständestaat. Die sentimentale Beziehung liegt in der "romantischen" Wiederbelebung des mittelalterlichen "deutschen" Zunft- und Gildenwesens, wobei nicht verkannt werden soll, dass die allen diesen Organisationen innewohnende Tendenz auf Beschränkung der Konkurrenz auf sehr empfängliche Gemüter stößt. Die volkpsychologische Beziehung besteht in dem Glauben, dass die ständische Gliederung im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie eine Versachlichung der politischen Verhältnisse zur Folge habe. Das ist natürlich ganz unrichtig und eine Folge der hemmungslosen und bedenken-

losen Propaganda gegen das parlamentarische System. "Sachlich" und "Politisch" sind keine Gegensätze, sondern politisches Denken ist lediglich eine Art des Denkens über Sachbeziehungen, die man auch von andern Gesichtspunkten aus, z.B. von wirtschaftlichen, rechtlichen, philosophischen ~~überdenken~~ überdenken kann. Der wahre Gegensatz ist "Sachlich" und "Persönlich" und es soll nun erstmal jemand kommen, der auch nur einen einigermaßen brauchbaren Indizienbeweis für die Behauptung führt, dass die widersächlichen, speziell persönlichen Motive innerhalb zusammengesetzten Vereinigungen eine geringere Rolle als in politischen Vereinigungen spielen. Im Gegenteil; jeder unvoreingenommene Arzt, Kaufmann oder Anwalt wird aus eigener Erfahrung berichten, dass nirgendwo die Atmosphäre so von persönlichen Ressentiments erfüllt ist, wie in einem Berufsverband. Dazu kommt, dass durch die einseitige Berufszusammenfassung die Einzelnen gerade dort besonders schwer für Ideen allgemeiner Natur oder für solche, die nicht unmittelbar das Berufs- oder Standesinteresse berühren, zu haben sind. Eine Versachlichung der politischen Verhältnisse im dem Sinne der Minderung des privaten, egoistischen, persönlichen Elements ist also durch die ständische Gliederung ebenso wenig wie durch irgend eine andere Art von Organisation zu erwarten und es ist bezeichnend für den Geisteszustand breiter Kreise in Deutschland, dass sie glauben, auf organisatorischem Wege, also durch ganz mechanische, ungeistige Mittel eine Aenderung der seelischen Struktur der Menschen erreichen zu können. Eine Betrachtung über den tieferen Grund, der diese "Versachlichung" so vielen Menschen wünschbar erscheinen lässt, führt nun zur eigentlich Kritik und Ueberprüfung des eigenen Standpunktes.

Es ist eine seit 1919 ständig auftretende Erscheinung, die Politik im Volksleben durch etwas Anderes ersetzen zu wollen. Jede Art von Romantik war gut genug für derartige Bestrebungen und zwei Vorstellungen vor allem sind stets sehr lebendig und wirksam gewesen: der Glauben an den Fachmann und der Wunsch nach Einheit. Beide sind antidemokratisch und wirken für den Fascismus.

Politische Probleme sind Probleme der Gestaltung des Volksschicksals im Ganzen und im Einzelnen. Gestaltungsprobleme sind aber letztlich nicht bestimmt durch irgend einen Grad von Erkenntnis, sondern durch irgend eine Wunschvorstellung, deren Erfüllung man anstrebt. Wie man zur Erfüllung kommt oder sich ihr nähert, ist allerdings zum grossen Teil eine Sache der Erkenntnis, aber an jedem Punkt des Weges zur Verwirklichung wird der Politiker vor die Frage gestellt, was er höher bewerten soll, die Verwirklichung des Neuen oder die Erhaltung des Bisherigen (oder umgekehrt, die Erhaltung des Alten oder die Bildung des Neuen). Bewertungsfragen sind aber nicht durch Erkenntnis zu lösen, es sei denn, man stehe auf dem naiven Standpunkt, dass es eine allgemein verbindliche Erkenntnis gäbe und - noch naiver - dass man gerade im Besitz dieser Erkenntnis sei. Liberalismus und Demokratie tragen dieser Ueberlegung Rechnung, indem sie den Volkswillen herrschen lassen und sie vermeiden eine Bewertung der einzelnen Teile oder Individuen des Volkes (die ja mangels irgendwelcher zulänglicher, d.h. allgemeinverbindlicher Kriterien unmöglich ist), indem sie den Mehrheitswillen massgeblich machen und diesen feststellen lassen. (Durch Wahl oder Abstimmung). Den Volkswillen durch Sachverständigengutachten zu ersetzen, (die bei der ständischen Gliederung von den einzelnen Ständen als Fachleuten höherer Art abzugeben wären), ist nur möglich, wenn darüber, was zu geschehen hat, eine andere Autorität befindet. Denn einmal gibt es keine Fragen, die einseitig Fragen eines Faches wären und so müssen immer mehrere Gutachten erstattet werden, zwischen denen zu entscheiden ist und zweitens kann kein verantwortungsbewusster Fachmann aus seiner Erkenntnis zu einer Wertung gelangen. Er kann nie sagen: Dies und das soll geschehen (oder gar muss geschehen), sondern er kann immer nur sagen: Wenn A geschieht, werden

die Folgen B, C, D sein, wenn hingegen W geschieht, so werden als Folgen X, Y, Z eintreten. Zwischen diesen beiden Reihen von Folgerungen (oder mehr als zwei Reihen) zu wählen, ist als Fachmann nicht seine Rolle. Wer also Sachverstand contra Politik stellt, schaltet nicht die Politik aus, sondern ersetzt lediglich die Entscheidung durch den Volkswillen durch die Entscheidung einer autoritären Stelle. Nun ist damit aber keineswegs gesagt, dass dabei der Sachverstand grösser wird, als in der Demokratie. Welche Rolle das persönliche Element in den "Ständen" spielt, wurde schon erwähnt; noch stärker als beim individuellen Sachverständigen wird in diesen Gremien die Identität zwischen Fachmann und Interessent aufstehen, noch stärker als bisher wird daher das Bestreben, nach allgemeinen Gesichtspunkten zu urteilen, zurücktreten hinter eine reine Interessentenansicht und mehr als je wird alles von der darüber stehenden Autorität abhängen, wie entschieden wird. Wer bürgt aber für deren Verstand, einerlei, ob Sachverstand oder politischer Verstand erforderlich sind.

Die Sehnsucht nach dem Fachmann verbirgt nur die Unlust zur Entscheidung, die Abneigung, irgendwelche Verantwortung zu tragen. Da man aber doch zu aufgeklärt ist, um sich einer beliebigen Autorität zu unterwerfen, so versteckt man sich hinter dem Glauben an die fachliche Autorität, die aber in Wahrheit nur eine Deckung für die eigentliche Autorität darstellt. Diese Scheu vor der Verantwortung irgendwelche ist schon etwas für die Demokratie sehr gefährliches; noch schlimmer aber ist die Verherrlichung der Einigkeit als höchsten volkhaften Wert, denn sie enthält überhaupt den Verzicht auf jegliche politische Entwicklung aus dem Volk heraus. Zu welchem Unsinn solche Einigkeitsschwärmerei führen kann, zeigt der bekannte Hindenburgwitz: Der Finanzminister referiert über Währungsfragen und berichtet dem Präsidenten, dass es vier verschiedene Geldtheorien gäbe. Da unterbricht Hindenburg den Vortrag mit den Worten: "Immer diese Uneinigkeit..." Das ist ein Witz, aber er zeigt in überspitzter Weise den eigentlichen Kern des Problems auf.

Die Politik, wurde schon gesagt, bedeutet Schicksalsgestaltung des Volkes. Nun kann man sich wünschen, dass alle sich über das zu gestaltende Schicksal einig sind, aber man kann diese Einigkeit nicht kommandieren. Häufig wird hier auch gerade eine formale Übereinstimmung als sachliche Einigkeit angesehen und die Enttäuschung ist gross, wenn die Differenzen sich zeigen. Immer allgemeinen ist das politische Ziel Aller umschrieben mit der Erreichung des "Besten für die Gesamtheit" oder mit ähnlichen Gemeinplätzen und Schlagworten. Bei der Untersuchung, was darunter zu verstehen sei, und welche Mittel zur Konkretisierung dieses Wunsches anzuwenden seien, stellt sich dann heraus, dass jeder etwas Anderes meint und das über die einzuschlagenden Wege hellste Uneinigkeit herrscht. Nun gibt es aber keine Möglichkeit, irgendwie festzustellen, dass irgend eine politische Zielvorstellung und gar welche, besser sei als die andern und so gibt es schon hier keine Möglichkeit, Einigkeit zu schaffen. Man kann sie predigen, aber es ist eine schlechte Prädigt.

Das ist natürlich auch eine Wertung, die ich aber begründen will. Die Entwicklung geht, so sehe ich es wenigstens, von der Einheit zur Mannigfaltigkeit, und ich werte die Mannigfaltigkeit höher als die Einheit. Dabei befinde ich mich im Einverständnis mit der Entwicklung des Menschen vom nur "Fühlenden" bis zum "Denkenden". Die Einheit des unbewussten Menschen, der nur "reagiert" und einheitlich reagiert, wird weiterentwickelt durch eine mit steigendem Bewusstsein steigende Begabung zu unterscheiden, Denken ist nur dem möglich, der unterscheiden kann und je feiner die Unterschiede sind, desto differenzierter ist sein Denkvermögen, desto entwickelter ist sein Bewusstsein. Der grösseren Differenziertheit des Einzelnen entspricht die grössere Mannigfaltigkeit der Gesamtheit, und ich vermag daher in dem erfüllten Wunsch nach Einigkeit im Fühlen, Denken und Vorstellen der Menschen nichts Anderes zu sehen als den Zustand des völlig nivellierten Zellkörpers,

bei dem zu Gunsten der Einigkeit und Gleichheit jede Individualität verschwindet. Das aber ist genau der Standpunkt, an dem auch das "Ganzheits"denken der National-Sozialisten endet, bei denen der Gesamtbegriff "Volk" den alleinigen Wertschwerpunkt erhält und die Individualität des einzelnen Menschen schädlich und zu unterdrücken ist. Bei diesem Zustand ist also eine Weiterbildung der politischen Verhältnisse aus dem Volk heraus theoretisch unmöglich; die Politik ist das Schicksal des ganzen Volkes, aber die Gestaltung der Politik ist Sache der Führung.

Hier stehen die beiden Anschauungen einander schroff gegenüber. Die Ganzheitsvorstellung des National-Sozialisten führt zu dem Gedanken des totalitären Staates, der wiederum nur denkbar ist auf der Annahme der Einigkeit aller vom Staat organisierten Menschen oder der Irrelevanz ihres individuellen Denkens und Fühlens. Wenn das Letztere der Fall ist, so wird die ganze reiche Mannigfaltigkeit beschnitten, um das konstruierte Staatsgebilde mit unumschränkter Macht zu bekleiden. Bei der Annahme der Einigkeit aller aber kann es sich nur um ein sehr primitives Staatswesen handeln, denn nur über ausserordentlich primitive Fragen kann Einigkeit erzielt werden. In beiden Fällen ist das Resultat eine Verarmung des individuellen wie des Gemeinheitslebens zu Gunsten der Machtfülle eines Staatsbegriffs, dessen Inhalt durchaus unbekannt und noch zu untersuchen ist. - Demgegenüber steht die Anschauung, dass der Staat nur das Minimum der Anforderungen darstellt, die aus den allgemeinsten Bedürfnissen nach Sicherheit und Gewährleistung des Lebens gestellt werden, wobei die Inhalte dieser Forderungen je nach der Kulturhöhe verschieden sind. Ueber diesem Minimum liegen nun die individuellen Strebungen, liegt der ganze Reichtum der mannigfaltigen persönlichen Lebensäußerungen. Bei dieser Anschauung sind dann allerdings politische Fragen nur solche, auf die es mehrere Antworten gibt, d.h. über deren Beantwortung eben keine Einigkeit herrscht. Die politische Entwicklung ist dann die Resultante aus den zahllosen Komponenten des wirklichen Lebens und nicht die gewaltsam simplifizierende Konstruktion eines Reissbrettorganismators. Damit ist von anderer Seite her wieder der Gegensatz zwischen selbstregulativer und leitregulativer Verfassung, zwischen liberaler, vom Menschen ausgehender, den Menschen als Mass aller Dinge auffassender Staatsordnung und autoritärer, nicht vom Leben sondern von den Begriffen ausgehender konstruktiver Staatsordnung erreicht und die Prüfung tritt in die letzte Phase ein mit der Frage nach dem Sinn des totalitären Staates und nach der Auswahl der Führer im autoritären System.

Es kann nicht bestritten werden, dass die von mir vorgenommene Gegenüberstellung schon eine Wertung enthält und zum mindesten in einem Punkt voreilig ist. Sollte es nicht denkbar sein, dass die Ganzheit des im totalitären Staate organisierten Volkes gerade durch diese Entindividualisierung der Einzelnen, durch ihre Personlichkeitsaufgabe im Dienst des Ganzen zu Leistungen weit höherer Art als je vorher imstande ist? Tatsächlich muss ja dies die Ueberzeugung aller Befürworter des totalitären Staates sein, das Volksganze wird durch die unglaubliche Konzentration aller Kräfte im Dienst der Gesamtheit zu derartigen Leistungen befähigt, die - auf anderem Wege nie erreichbar - zurückstrahlen auf jedes einzelne Glied des Ganzen. Im Übrigen ist dies z.B. die Staatstheorie des Kommunismus, der ja auch den totalitären Staat wünscht, um allen Gliedern der klassenlosen Gesellschaft, die alle gleicherweise zum Dienst an der Gemeinschaft verpflichtet sind, einen steigenden Lebensstandard als Erfolg der organisierten Zusammenarbeit zu verschaffen, was bei der, wie es heisst "anarchischen" Form der liberalen Staats- und Wirtschaftsordnung nicht, oder jedenfalls nur einzelnen Klassen möglich ist. Der fascistische Staat und auch der national-sozialistische ist aber keineswegs kommunistisch. Die N.S.D.A.P. hat ja ihre Agitation auf die Bekämpfung des Marxismus eingestellt, hat gestiegt im Bunde mit den Geldern des Grosskapitals und den Stimmen der ärmsten Kapitalisten,

den Kleinbürgern. Ihr Ziel ist also niemals die klassenlose Gesellschaft und etwas so Materialistisches wie Hebung des allgemeinen Lebensstandards unter Opferung kapitalistischer Interessen liegt nicht als Absicht ihrer Idee vom totalitären Staat zu Grunde. Dieser Staat soll in keiner Weise Zwecken der in ihm lebenden, ihn bildenden Menschen dienen, sondern er schwebt über Allen, eine dem Einzelnen unerreichbare Ganzheitsseele, ein dem Einzelnen nicht fassbares Ganzheitsbewusstsein. Er ist nicht materialistisch sondern heroisch. Wie aber realisirt sich nun eine derartige Staatsidee, worin zeigt sich ihre Blüte, worin besteht ihre Frucht, wenn nicht in den Leistungen einzelner Individuen oder in dem besseren Gedeihen aller? Offenbar ist der einzige Massstab für Kraft und Reichtum des fascistischen Staates der Vergleich mit andern Staaten und hier mündet der fascistische Gedankenstrom in das weltweite Meer des Nationalismus. Das Nationalgefühl ist ein einzigendes Gefühl und es ist nicht materialistisch; im Gegenteil, es sättigt und wärmt Viele, die sonst bewusst hungern oder frieren würden. Der Mensch lebt nicht von Brot allein, er lebt auch von festlichen Spielen (panem et circenses). Darum möglichst viele "nationale" Feiertage, sie geben den Rausch der Einigkeit und Gleichheit, sie verdeutlichen die Kraft der Gesamtheit. Darum die Pflege des "Märgedankens", die Durchsetzung des Lebens mit einer soldatischen Sprache, mit militärischen Abzeichen, denn worin soll sich der "nationale Gedanke" anders manifestieren, als in der Grösse, Schlagkraft und kriegerischen Haltung einer zur Wahrung der "nationalen Güter und Eigenarten" bereiten Armee. Das ist der letzte erkennbare Sinn des totalitären Staates, er ist Selbstzweck, in seiner Begründung genau so unwirklich artistisch, so reines l'art pour l'art, wie in seinem Aufbau dogmatisch.

Es bleibt noch die Führerfrage offen, deren Bedeutung an vielen vorangegangenen Stellen klar wurde. Heute ist diese Frage praktisch kein Problem. Die Ernennung der Führer von oben, einerlei ob es sich um die Leitung des Hochschulverbandes oder den Vorsitzenden der Fremdenverkehrswerbung, die Polizeipräsidenten der Grossstädte oder die Institutsleitung für Pferdezüchtung handelt, geht aus den Beständen an "bewährten Kämpfern" für die nationale Erhebung reibungslos vonstatten. Aber die Zeit geht weiter rasch und genau so, wie heute ein grosser, ein sehr grosser Teil der Funktionäre des dritten Reichs nicht im Krieg waren, also das "heroische Zeitalter" nur von Hörensagen kennt, genau so unfassbar schnell wird die Zeit da sein, wo es kein Führererersatzmaterial aus der grossen Zeit der nationalen Erhebung mehr gibt. Das gilt natürlich in erster Linie für die unteren Stellen, der ja jetzt riesenhaft werdenden, weil das ganze Volksleben reklamantierenden, Staatsmaschine. Die Leute, die jetzt diese Stellen haben, müssen befördert werden und so ist die Nachwuchsfraage am allerwichtigsten. Nun muss man sich darüber klar sein, dass die höchste Leitung eines Staats noch so besagt und energisch sein kann und doch hilflos ist, wenn sie nicht über einen homogenen und der Regierung bedingungslos gehorchenden Beamtenapparat verfügt. Dieser Grundsatz gilt mit besonderer Schärfe für den fascistischen Staat, denn bei ihm liegt bereits in jeder kleinen Schwäche, in jedem geheimen Materialfehler des Beamtentums die Gefahr einer weiteren Zersetzung des Machtapparats verborgen. Die Schwäche jeder Diktatur liegt oben darin, dass sie nie sicher sein kann, wieviel psychologische Bereitschaft im Volke vorhanden ist, sie zu tragen oder noch zu ertragen. Sie kennt keine öffentliche Meinung und kann an keiner Kontrollinstanz ihre innere Stärke messen. Deshalb hängt alles für sie davon ab, ob es ihr gelingt, ihre Herrschaftsorganisation mit Menschen zu besetzen, die nicht nur äusserlich gehorchen, sondern innerlich überzeugt vom Wert und Sinn des diktatorischen Systems sind. Der Zustand, dass die Regierung eine Scheinmacht ist und die Beamtenschaft tut, was ihr gefällt, war für die deutsche Republik von 1919 bis 1931 (Brüning) erträglich. Die Diktatur

kann, wenn sie sich nicht selbst aufgegeben will, etwas derartiges nicht viele Monate aushalten; sie muss mit der Beamtenschaft einfach identisch sein, sonst zerbricht sie, denn eine Diktatur ohne Autorität ist unmöglich.

Es erwächst dem fascistischen Regime die Aufgabe, seinen Beamtstab und seine Führerschaft aus überzeugten Anhängern zu wählen. Wo aber alles gleichgeschaltet ist und keine Meinungsfreiheit besteht, ist es schwer, die echte Gesinnung herauszufinden. Man kann Examen vorschreiben und abhalten lassen, um Kenntnisse und Fähigkeiten zu prüfen; aber dem fascistischen Regime darf es ja garnicht in erster Linie auf Leistung ankommen, sondern es dreht sich um Gesinnung. Konsequenterweise hat denn auch das preussische Justizministerium bestimmt, dass anschliessend an die Referendarprüfung noch besondere Eignungstermine abzuhalten sind, deren Bestehen erst die Anwartschaft auf Referendartätigkeit und weitere juristische Karriere ergibt, Das muss man sich nun richtig vorstellen, an welchen Merkmale ~~xxx~~ die Gesinnungstüchtigkeit sich erweisen soll. Man züchtet damit geradezu Heuchelei und Gesinnungsstreberei herauf und man wird eine merkwürdige Auslese erzielen. Selbstverständlich werden auch intelligente Leute bei dieser Auslese ihren Weg machen, aber der Geist wird der gute alte Bekannte des militärischen Vorgesetztenverhältnisses werden, bei dem in der Praxis stramme Haltung besser als Civilcourage ~~xxx~~ ist, weil sie für den Vorgesetzten bequemer ist. Sachliche Kritik wird immer in dem Verdacht "schlapper" Gesinnung stehen und so kommt alles wieder auf die alten Uebel heraus: der Vorgesetzte muss belogen werden; weil die Vorgesetzten wissen, dass, aber nicht wo, wie und wie weit sie belogen werden, fordern sie unmögliche Leistungen, durch die wieder lügenhafte Meldungen provoziert werden und sofort mit allen Schikane der Revisionstätigkeit, der List und Tücke, die jeder, der den militärischen Verwaltungsapparat gesehen hat, genau kennt.

Bei einem solchen System, das so auf Schein und äusseren Betrieb abgestellt wird, muss die hervorragende Leistung Ausnahme sein und wird die rechtzeitige Beförderung hervorragender Talente an massgebende Stellen noch grössere Ausnahme sein. Denn Begabungen sind un bequem und Ausnahme-Karrieren stören den Dienstbetrieb und das Avancement. Eine Korrektur durch die Öffentlichkeit gibt es nicht; alles wird hinter verschlossenen Türen erledigt, sodass das Persönliche und Allzupersönliche freie Bahn hat. Mit einer derartigen Führerauslese soll nun nicht nur ein Land wie jedes andere regiert und verwaltet werden, sondern ein Staatswesen, das allmächtig jedes Tätigkeitsgebiet seiner Bürger regulieren will und dazu noch ein Land in schwerster wirtschaftlicher Krise wie Deutschland.

Ich glaube nicht, dass diese Vorhaben gelingen wird, ich glaube nicht, dass das fascistische System zu Leistungen dieses Riesenmasses imstande ist, und ich glaube nicht, dass die heutige Führerschaft des national-sozialistischen Regimes diesen Aufgaben geistig und charakterlich gewachsen ist.

IV.

Trotzdem glaube ich ~~xxx~~ an eine lange, jahrelange Herrschaft des National-Sozialismus, wenn auch nicht an ein glückliches Ende. Meine Gründe hierfür sind die folgenden: 1.) Der Fascismus entspricht in vielen Punkten der deutschen Mentalität. 2.) Die parlamentarische Demokratie hat sachlich und menschlich versagt. 3.) Gegenkräfte sind nicht vorhanden.

Ich habe an anderer Stelle schon erwähnt, dass die Verantwortungsscheu und die Sehnsucht nach Einigkeit, die in den Deutschen aus historisch und psychologisch erklärbaren Gründen sehr lebendig sind, ~~mit dem Nationalismus zusammenhängen.~~

für den Faschismus wirken. Dazu kommt die mittelalterliche Romantik mit Ständestaat und Burgfrieden. Weil das System sich fortwährend repräsentieren muss, werden infolgedessen dem Volk in rascher Folge Gedenk- und Feiertage mit den dazugehörigen Rauschgefühlen geboten. Der Antisemitismus ergänzt die nationale Mystik und gibt im Judentum dem strahlenden Bild des dritten Reichs die düstere Folie. Zuletzt; der Faschismus überwindet den Parlamentarismus.

Diese Tatsachen wird in Deutschland als grosse Leistung betrachtet. Selten ist wohl ein System so allgemein verachtet worden, wie die parlamentarische Demokratie in Deutschland. Man kann darüber streiten, ob diese Mass an Verachtung gerecht ist, aber sicher ist, dass selten ein System so festlos versagt hat. Die Verteidiger der deutschen Spielart des parlamentarischen Systems pflegen stets auf die politische Leistung der Nationalversammlung hinzuweisen, durch die Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet worden sei und eine Verfassung erhalten habe. Nun, die kommunistische Gefahr ist in Deutschland immer überschätzt worden. Wie gering sie augenblicklich war, zeigt der kampflose Zusammenbruch im Februar 1933; im Jahre 1919 ist die Gefahr nicht durch die Reden und Taten der Nationalversammlung, sondern durch das militärische Bündnis zwischen Ebert und Gröner beseitigt worden. Und nun gar die Verfassung! Die war doch nur ein Notdach, das zu einem Gebäude ausgebaut und sich als Schutz bewähren sollte. Aber diese Verfassung hat sich eben nicht bewährt und schon nach knapp 11 Jahren musste das parlamentarische Dach an allen Ecken und Kanten durch diktatorische Notverordnungen geflickt werden. Dass das Regime mit der Wirtschaftskrise nicht fertig wurde, ist kein Vorwurf, denn das gelang ändern Regierungssystemen auch nicht., aber dass nicht ein einziges Reformwerk von bleibender Bedeutung hervorgebracht wurde, ist ein politisches Armutszeugnis für eine Regierungsperiode, die reich an lohnenden und dringenden Aufgaben war. (Ich nenne nur Reichsreform, Reform des Strafrechts und Universitätsreform, alles drei Dinge von nicht unmittelbar wirtschaftlichem Charakter.) Zu diesen sachlichen Versagen kommt noch das menschliche Nichtausreichen hinzu. Auch dabei denke ich weniger an Skandalaffären der Republik, weil auch andere Regierungssysteme ihre Skandale haben, sondern ich denke an die Unfähigkeit der parlamentarischen Regierungen, sich durch persönliche Haltung und politische Würde die ihnen zukommende Achtung zu erwecken. Auf die Gründe für diese Versagen auf der ganzen Linie will ich nicht eingehen. Viel Schuld trägt die unglückliche aber wäre Tatsache, dass in Weimar zwar eine demokratische Verfassung beschlossen wurde, dass aber die Parteien, die für diesen Beschluss verantwortlich waren, d.h. bürgerliche und sozialistische Demokratie vor allem, die politische Praxis dieses Systems kaum kannten, geschweize denn beherrschten. So kam es zur "Republik ohne Gebrauchsanweisung", wie Bölling sagt, die schnell zum Kohn und Spott wurde, weil sie sich weder als Herrschaftsform bewährte, noch sachlich bewährte und deren Beseitigung jetzt als Erfolg der Nationalsozialisten, als ihre grosse Tat gilt. Die Frage ist, ob sie sich nun ihrerseits "bewähren" werden.

Die Tätigkeit der Regierung ist propagandistisch, politisch organisatorisch und wirtschaftspolitisch bestimmt. - Ihre Propaganda will positiv immer die Verbundenheit des "ganzen" Volkes sinnfällig machen und negativ jeden Rest von Sympathie und Achtung für das überwundene System vertilgen, Dazu werden Presse, Film und Rundfunk in Bewegung gebracht, daher werden Feiern über Feiern veranstaltet. Auf Hitlers Geburtstag folgt der 1 Mai als Feiertag der nationalen Arbeit. Dann kam Schlageters Todestag, jetzt ist ein Tag der deutschen Jugend angesetzt und Anfang August folgt der Tag des deutschen Soldaten. Bei allen diesen Gelegenheiten Umzüge mit Militärmusik und viele weise Reden, die gleichzeitig durch das Radio verbreitet werden, später in der Presse nochmal erscheinen und die man in den Wochenschauberichten der Kinos neben andern

ED 166-101

Momenten aus diesen Feierlichkeiten noch einmal geniessen kann. Daneben dann ganz raffinierte Dinge, um die Verworfenheit des alten Systems zu verdeutlichen. So wurden in Hamburg Führungen durch die Büros der sozialistisch geleiteten "Volksfürsorge" nach deren Gleichschaltung veranstaltet, um dem armen Tropf, der sich Arbeit nur in Verbindung mit Schmutz, Lärm und Schweiß vorstellen kann, zu zeigen, dass seine "Genossen" in der sonst so verachteten, gepflegten Generaldirektorenatmosphäre gehaust haben. So macht man in Mannheim eine Ausstellung "kulturbolschewistische" Kunst, wo den Spiessern die Werke der Nachkriegszeit, des Expressionismus vor allem, ohne Rahmen gezeigt werden, aber mit den Anschaffungspreisen, damit diese Kleinbürger, für die ein Jahreseinkommen von 6000 M. schon etwas ganz Besonderes ist, sehen können, wie unter der verrückten Marxistenherrschaft für solche Dreckbilder (ohne Rahmen!) viele Tausende ausgegeben wurde.

Die organisatorische Arbeit bezweckt den ständischen Reichtsaufbau und die Konzentration aller Machtmittel bei der Regierung. Die mit grosser Energie durchgeführte Reichsreform ist typisch für die Blendwirkungen solcher Aktionen. Diese Reform beschränkt sich nämlich auf nicht Anderes als auf die Ausschaltung der nicht National-sozialistischen Machtfaktoren. Schliesslich ist das Problem der Reichsreform, Stellung und Kompetenz der Länder, Finanzausgleich etc. garnicht berührt worden, aber die Lautsprecherenergie täuscht eine grosse Leistung vor! Diese ganze organisatorische Arbeit geht unter dem Schlagwort "Gleichschaltung" vor sich. Die Gleichschaltung wird aber praktisch vorgenommen unter dem meistens latenten Druck der auf allen Menschen lastet. Wo sich Widerstand zeigte, wurde eben mit Gewalt gedroht oder Gewalt angewandt. Der Hamburger Anzeiger ist so lange verboten worden, bis ein National-Sozialist Chefredakteur wurde. Robert Kaufmann, der Direktor der Berliner ~~ink~~ Elektrizitäts Werke wurde verhaftet und erst nach einigen Stunden entlassen, nachdem seine Demission erpresst hatte. Aber zu diesem ganzen Kapitel ist jetzt, wo fast alles dem Willen der Regierung unterworfen ist, nichts mehr zu sagen. Weder diese Tätigkeit noch die Agitationsarbeit der Regierung sind in meinen Augen geeignet, als politische "Bewährung" zu gelten. Das ist Technik, wichtige und notwendige Tätigkeit, um dem Politiker das Arbeitsfeld frei zu machen und zu ebnen, aber die eigentliche Leistung zeigt sich erst in der Art, wie er mit den sachlichen Problemen fertig wird.

Die Regierung konzentriert ihre ganze Kraft auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Um Zeit für diese Arbeit zu bekommen darf Hitler sogar aussenpolitische Reden von einer Zahnheit halten, die für Brüning etwa sofort Lebensgefahr bedeutet hätten. Die aussenpolitische Leistung seit den Wahlen besteht darin einer unerhörten Isolierung Deutschlands, die auch durch die Italienreisen von Göring und Goebbels und den verunglückten Londoner Besuch Herrn Rosenbergs nicht beseitigt wurde. Hitlers Rede im Reichstag musste die Explosionsgefahr beseitigen, weil sonst der Bestand des ganzen Regimes gefährdet war.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll geschehen:

- durch den Arbeitsdienst, b) durch Strassenbau und Reparaturen und
- durch Verdrängung der Frauen vom gewerblichen Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsdienst ist keine Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, weil er sich auf junge, ungelernete Leute beschränkt und nicht in der Lage ist, Werte zu schaffen. Bei der ganzen Einstellung zur Wehrhaftigkeit wird diese Organisation sich sehr bald von der Urbarmachung von Boden ab und der Ertüchtigung der Jugend und dem Geländesport zuwenden. Dann ist es lediglich eine Kostenfrage, ob der Arbeitsdienst als eine Form der Erwerbslosenunterstützung mehr kostet oder weniger, als die bisher üblichen Auszahlungen. Auf die sozialpsychologischen und wehrpolitischen Seiten der Angelegenheit, will ich hier nicht eingehen.

Strassenbau und Hausreparaturen gehören in die Rubrik "Arbeitsbeschaffung". Die Beurteilung aller dieser, sogenannten Arbeitsbeschaffungsprojekte lösen sich unter grober Vereinfachung nach folgender Formel auf: Wenn die Erwerbslosenunterstützung von 100 000 Menschen im Jahr 100 000 mal 840.- gleich 84 000 000 M. kostet, so tritt ein volkswirtschaftlicher Nutzen erst dann ein, wenn die Verwaltungskosten des Arbeitsbeschaffungsprojektes sowie die Lohn- und Unterhaltungskosten der dabei zu beschäftigenden 100 000 Arbeiter unter M. 84 000 000 bleiben, sodass die Differenz für Sachausgaben und insofern für Industrienaufträge verbleibt. In dem Masse, in dem auf diese Weise zusätzliche Industrienaufträge auf Maschinen und Materialien erzielt werden, hilft der Arbeitsbeschaffungsplan, entweder die Rentabilität der Industrie zu steigern und auf diesem Wege Mehreinrichtungen in Aussicht zu stellen, oder es werden dadurch direkt Neueinstellungen ermöglicht. ~~Sachlich ist~~ ~~unzweifelhaft~~ Ob das beim Strassenbau möglich ist, weiss ich nicht. Sachlich ist es überflüssig, wenn nicht schädlich, weil die Reichsbahn neue Konkurrenz erhält, die ihr auf den bisherigen Strassen schon genug Kummer bereitet. Die Reparaturen scheinen mir gänzlich unkontrollierbare Wirkungen zu haben, weil es ja garnicht zu übersehen ist, wieviel Arbeitskräfte dabei überhaupt in Arbeit gebracht werden.

Bleibt die Verdrängung der Frauen vom gewerblichen Arbeitsmarkt, die erreicht werden soll durch das Verbot des Doppelverdienens, durch Steuererleichterungen für das Halten von Dienstboten und durch Wirtschaftsbeihilfen für Eheschliessungen. Das Mittel bringt keine ^{erst} Verminderung der Erwerbslosenziffer, sondern ergibt nur eine Umschichtung bei den Berufstätigen und das zweite wird nicht wesentlich ins Gewicht fallen. Die Ehebeihilfe ~~aber~~ man einmal für ein Jahr schematisch durchrechnen: Wenn der Alleinlebende A netto 150 und die bei den Eltern lebende B netto 100 M. verdient, so sollen bei einer Ehe zwischen A und B beide Personen dann mit 150 M. im Monat auskommen. Davon geht die monatliche Rückzahlung des Darlehns von 10 M. ab, wohingegen sich der Steuerabzug verringert. Es bleiben rund 141 statt 250, von denen die zwei Personen leben sollen. Es ist fraglich, ob die Verlockung der baren 1000 M. so gross ist, dass daraufhin viele Mädchen sich zu einer solchen Reduzierung ihrer Lebenshaltung entschliessen werden und freiwillig aus dem Beruf ausscheiden. Anders liegt es in den Fällen, wo es sich um Ehepläne mit Beamten handelt, denn da würde die Ehefrau durch die Bekämpfung des Doppelverdienertums ja sowieso ihren Beruf aufgeben müssen. Nun ist diese zahlenmässige Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht von solcher Bedeutung; entscheidend ist die Gesamtkonsumfähigkeit. A und B konnten für 250 verzehren, der Arbeitslose C aus Unterstützung nochmals 60 M., also total 310 M. Scheidet B durch Heirat als Doppelverdienerin aus, so bleiben 150 und wenn C jetzt mit 100 eingestellt wird, zusammen 250 statt 310 für Konsumzwecke. Wieviel neue Arbeitslose die Konsumreduzierung verursacht, ist schwer zu schätzen und ob dabei für den Staat eine wesentliche Ersparnis an Unterstützungsgeldern resultiert, sehr fraglich. Wenn nun die Ehe auf Grund der Ehebeihilfe geschlossen wird, vermindert sich der für Konsumzwecke zur Verfügung stehende Betrag von 310 auf 241. Dafür sind aber plötzlich 1000 M. für Anschaffungszwecke frei. Auf das Jahr berechnet fehlen nach obiger Rechnung 12 mal 69 gleich 828, jetzt kommen 1000 M. hinzu, die Differenz von 172 würde also in Form von Käufen dazu dienen, in Handel und Industrie Mehreinrichtungen zu finanzieren. Allerdings würde bei diesem Beispiel der Fiskus zusetzen, denn er würde bei C sparen 12 mal 60 gleich 720 und an B zahlen 1000. Immerhin zeigt schon dies nicht optimistisch gewählte Beispiel, dass in dem Plan der Ehebeihilfe eine Chance liegt. Es handelt sich um eine staatliche Konsumfinanzierung, die selbstverständlich auch die Nachteile der privaten Konsumfinanzierungsmethoden hat, aber erheblich billiger ist (Kreditlauf-

ED 166-103

frist ~~8 1/3~~ 3 Jahr, Zinsen und Amortisation zusammen 12% per Jahr). Dieser Plan kann einen sehr kräftigen Anstoss geben, was allerdings nach einem Jahr werden soll, ist schwer zu sagen. - Es gilt hier dasselbe, was für das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm gilt: Erfolge sind möglich, wenn die Reichs- Länder- und Gemeindefinanzen es aushalten und wenn keine weitere Arbeitslosigkeit dazu kommt.

Zu den Finanzen kann ich nichts sagen; Statistiken gibt es nicht mehr, teils sind die Kontrollziffern nicht zugänglich und über die Etats schweigen sich alle Stellen aus. Die Mehrbelastung durch Pensionierungen, S.A.-Finanzierung und Arbeitsdienst ist jedengfalls erheblich und von Mehreinnahmen ist natürlich keine Rede. Es scheint allein aus diesem Grunde die Notendruckerel unvermeidlich zu sein. Dazu kommen die ~~andern~~ Arbeitsbeschaffungspläne und Ehebeihilfen, die auch darauf abzielen, eine Inflation zu ermöglichen, ohne die psychologisch katastrophalen Folgen heraufzubeschwören. Mit Geschick und Glück kann das eine ganze Zeit gut gehen. Durch das ~~Transfer~~ moratorium hat man die äusseren Wirkungen einer Inflation auf alle Fälle gemildert.

Die kritischste Stelle für die Regierung liegt nicht hier, sondern in ihrer Agrarpolitik. Vorläufig geht alles nach den Wünschen des Landbundes. Die Butterpreise steigen, und man versucht auch die Fleischpreise zu erhöhen. Milch und Fette laufen parallel zum Butterpreis. Die Folge ist eine starke Verteuerung des Lebensunterhalts. Entweder müssen die Löhne und Gehälter steigen, und das würde einen grossen Teil der Exportchancen zerschlagen, oder der Konsum wird noch mehr als bisher auf Lebensmittel beschränkt. Für Miete gibt der Arbeitnehmer durchschnittlich 30% seines Einkommens aus (das ist günstig), für Ernährung ca. 60% (das hängt von der Familiengrösse ab), bleibt für Sonstiges 10%. Steigen die Lebensmittelpreise um 5%, so bedeutet das einen Rückgang der für Kleidung etc. verfügbaren Mittel von 10% auf 7% des Einkommens, also von 30% in sich. Es liegt auf der Hand, dass 5% Mehreinnahmen bei der Landwirtschaft nicht entfernt auch nur das an Einstellung von Arbeitskräften schaffen kann, als was ein 30% Rückgang in der Textilindustrie z.B. an neuer Arbeitslosigkeit verursacht. Nun kann die Regierung mit Inflationsmassnahmen auch Lohnerhöhungen vorübergehend finanzieren und also auf diese Weise die Gefahr zusätzlicher Arbeitslosigkeit abwenden, aber dann werden die Industrieprodukte wieder teurer und das krankhafte Verhältnis zwischen Agrar- und Industrieprodukten bliebe bestehen. Im übrigen würde eine derart gesteigerte Inflation nicht sehr lange durchzuführen sein. Man kann einmal kräftig drucken, aber man kann nicht jedes halbe Jahr oder öfter grosse Quantitäten drucken.

Den organisch nötigen Weg, die Agrarreform zu beginnen, kann die Regierung nicht gehen und sie wird sogar aus ihren eigenen Reihen deswegen angegriffen. Der Gau Ostpreussen z.B. ist radikal anti-grossagrarisches und die Bauern selbst fordern mehr, als man ihnen von Seiten des Landbundes geben kann. Es tauchen ganz extreme Ideen von der Enteignung des Grossgrundbesitzes auf, aber die Regierung riskiert den Bruch mit den Grossagrariern nicht. Vielleicht kann man sagen, noch nicht, denn sie ist eifrig ~~bestrebt~~ bemüht, die Machtstellungen der deutsch-nationalen Grossgrundbesitzer auszuhöhlen.

Der Reichspräsident ist machtlos, aber man muss nach aussen noch auf ihn Rücksicht nehmen. Immerhin ist die Dotierung von Neudeck aus Osthilfsgeldern ein dunkles Kapitel, mit dem man den alten Herrn erpressen kann. Stahlhelm und deutschnationaler Kampfring stehen unter schärfster Beobachtung. Seldte ist formell sogar Hitler unterstellt, und Düsterberg musste weniger wegen seines jüdischen Blutes als wegen seiner selbständigen Stahlhelmpolitik gehen. Die Rekrutierung von Reichsbannerleuten ist diesen Organisationen gesperrt, weil die Regierung eine derartige Verstärkung der Konkurrenz ihrer S.A. natürlich nicht dulden

ED 166-104

den kann. Reibereien deswegen und aus andern Gründen sind an der Tagesordnung, enden aber stets mit dem Sieg der S.A. und der Verhaftung der Anderen. Bleibt als Letztes die Reichswehr, die noch nicht gleichgeschaltet ist. Aber die Reichswehr ist nicht revolutionär und wird sich kaum offen gegen die Regierung wenden. Sie wird ihre alte Taktik anwenden, hinter der Bühne das zu erpressen, was sie unbedingt braucht, und zu verhindern, was sie nicht ertragen kann. Dabei kann es ihr passieren, dass sie eines Tages ohne jede Hilfsorganisation ist und dann der Gleichschaltung verfällt. Die alten Offiziere sterben ja auch mal und werden pensionsreif und bei den jüngeren sind schon viel National-Sozialisten.

So sehe ich für die Regierung keine akuten Krisengefahren und keine wirklichen Gegner. Mit den Deutschnationalen wird sie mit der Zeit fertig werden und die Reichswehr wird aus ihrer eigentümlichen seelischen Struktur heraus der Regierung wahrscheinlich die Zeit lassen, sie wird den Absprung zur Revolution nicht riskieren. Andere Gegner hat die Regierung nicht. Der Kommunismus war nie eine Gefahr, und die S.P.D. samt Reichsbanner und Gewerkschaften war, wie man sieht, auch keine. Daher glaube ich, dass die Regierung sich lange halten wird. Im übrigen: Wer sollte sie ablösen? Für die Demokratie schlägt sich niemand, und ohne Machtkampf, ohne dass man sich schlägt, dankt diese Regierung nicht ab. Selbst viele Sozialisten lehnen jeden Einsatz für die Demokratie ab. Gegen eine sozialistische Diktatur aber stehen alle Bürger und Bauern geschlossen zusammen und sie repräsentieren noch auf lange Zeit eine grosse Kraft.

Die wirkliche Gefahr für das dritte Reich kommt erst in vielen Jahren, wenn der Inflationsweg sich als falsch erwiesen haben wird und die wirtschaftliche Lage der Stadtbevölkerung verzweifelt geworden ist. Was dann aber sein wird, kann niemand wissen. Ob die Parole dann Freiheit heissen wird oder Sozialismus, ob dann die national-sozialistischen Betriebszellen mit der proletarischen S.A. gemeinsam gegen das Regime zuehen werden oder nicht, wo dann die "Marxisten" sein werden und wo die Vrgrossväter, die das liberale Gedankengut hüten, kann heute niemand voraussagen.

V.

Ich glaube, dass diese Prognose auf Grund der ausführlichen Beschäftigung mit den Gedanken der National-Sozialisten begründet und richtig ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass man bekämpfen kann nur das, was man kennt, und dass nichts gefährlicher ist, als die aus Unkenntnis stammende Unterschätzung des Gegners. Man kann aber auch nur für das erfolgreich kämpfen, was die Auseinandersetzung mit den Gedanken des Gegners erträgt. Weil ich glaube, dass meine Staatsidee auch nach dieser Selbstprüfung bestehen kann, halte ich sie für geeignet, später vielleicht die herrschende Staatsidee zu werden. Der demokratische Parlamentarismus verlangt eine grosse Erfahrung und sehr viel Zeit. Trotzdem heute Hitler herrscht, sind die Chancen für die parlamentarische Demokratie nicht vorüber; wahrscheinlich ist die Erfahrung der Diktatur nötig, um die Menschen die Schwächen des parlamentarischen Systems gern ertragen zu lassen.

88888888888888888888

Nachdem der zweite Bericht einiges über das Wesen und die Chancen und die Arbeitsbedingungen und Aufgaben einer wirksamen deutschen Opposition gesagt hat, soll hier zunächst einiges über die Weiterentwicklung der deutschen politischen Verhältnisse gebracht werden.

In einer Diktatur sind noch mehr als in einer anderen Staatsform persönliche Dinge wichtig. Daher muss bei einer Beurteilung der politischen Situation in Deutschland, soweit es sich um die Ereignisse der letzten Monate von dem Abschied von Schacht ausgegangen werden. Wichtig hieran sind die folgenden Punkte:

- a) Mit Schacht geht der letzte bedeutende "bürgerliche" Minister. Herr von Neurath, Herr von Schwerin-Krosigk, Herr Gürtner und Herr Seldte sowie die paar Reste "fachministerieller" Herrlichkeit spielen keine Rolle. Was Neurath betrifft, so wird die Aussenpolitik in Deutschland von vielen anderen Ministern betrieben, aber nicht von ihm. Um aber in der Innenpolitik des dritten Reichs eine Meinung zu äussern, ein Faktor zu sein, dazu fehlt es diesem sicher nicht dummen Mann, diesem "Charmeur" an allen wesentlichen schlechten, aber dazugehörigen Eigenschaften. Das Kabinett des "Führers" ist jetzt so autark wie notwendig. Konservative, reaktionäre, bürgerliche, d. h. "sachliche" Gedankengänge haben hier keinen Platz mehr, - und es wird jetzt die Phase eintreten, wo es sich erweisen muss, ob die national-sozialistische "Revolution" mehr ist, als eine zur Macht gekommene, an Minderwertigkeitskomplexen leidende Kleinbürgerbewegung.
- b) Schacht's Abgang bedeutet einen nicht unerheblichen Ausfall an internationalen good-will und an rein sachlichem Können. Merkwürdigerweise hat nämlich das Ausland Herrn Schacht alles das verziehen, was es ihm in den Jahren 33 und 34 vorgeworfen hat und so war er einer der wenigen Verhandlungspartner, die Deutschland mit Aussicht auf Erfolg zu internationalen Besprechungen schicken konnte. Sein Ausscheiden, insbesondere nach einem evtl. Rücktritt als Reichsbankpräsident, wird eine in den letzten Jahren sehr notwendig gewesene und mit Erfolg gehandhabte Bremse am dahinschlitternden Wagen des dritten Reichs ausser Aktion setzen. Der Wagen wird nun zwar schneller fahren, aber natürlich im Gegensatz zu früher, besonders an den gefährlichsten Stellen. Das wird die Sicherheit der Passagiere, aber auch der die Fahrt beobachtenden Nachbarn erheblich verringern.
- c) Nach einer längeren "Schachtkrise" folgte der endgültige Rücktritt. Der Zeitpunkt war charakteristisch, weil er nämlich unmittelbar auf die Abreise von Lord Halifax folgte. Von diesem Besuch hat man sich offenbar nicht nur in London mehr versprochen, sondern auch in Berlin. Dass er aber so völlig negativ verlief, (und damit für England nur eine Wiederholung der Erfahrungen von Eden im Jahre 35 brachte) hat in Berlin scheinbar zu einem Augenblicks - un Stimmungserfolg der radikalen Richtung in der Partei geführt, die in Schacht und seinen Rücksichtnahmen auf internationale Ansichten schon lange ein schweres Hemmnis für ihre Ziele und Methoden sahen. " Wenn Schacht uns in fast fünf Jahren das Anleihenicht gebracht hat, dann wird er's überhaupt nicht schaffen, - - man sieht ja, dass diese ganze Rücksichtnahmeerei auf's Ausland gar keinen Zweck hat, siehe den wertlosen Halifax - Besuch Also weg mit Schacht "
- d) Kennzeichnend war auch, dass die Militärs Herrn Schacht nicht mehr gedeckt haben. Sie waren es satt, sich von diesem "Zivilisten" immerzu finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten vorhalten zu lassen und so liessen sie ihn fallen. Das war noch gefehlt, denn die Göbbels, Darré, -Hitler-und-Rosenberg-Klique war schon immer gegen ihn und dazu hatten sich nun auch noch Ley mit der Arbeitsfront gesellt, die dringend einen inneren Feind brauchte. Im Uebrigen war auch natürlich Göring gegen ihn, also Alle, was beinahe schon ein Leumundszeugnis ist !!

- e) Sehr interessant war auch die Tatsache, dass hier zum ersten Mal im dritten Reich selbst in der Form der Veröffentlichung des Rücktritt von Schachterkenntbar war, dass dieser Rücktritt von Hitler nicht als Ergebnis einer von ihm planmässig geführten Politik aufgefasst worden ist, sondern dass er ihm eigentlich gegen seinen Willen entlassen hat. (Wer alles die Entfernung wollte, ist im vorigen Absatz geschildert worden) Hitler sieht wohl noch heute in Schacht den Mann, der ihm nicht nur versprochen hat, die Inflation zu vermeiden, sondern zugleich auch den einzigen, dem er es zu vertrauen kann, dieses Versprechen auch zu halten. Das hat den Abschied bitter gemacht, doppelt bitter, weil einer der Hauptgründe Schacht's für seinen Rücktritt der Bauwahnsinn eben von Hitler war, was zweifellos Hitler nicht verborgen geblieben sein kann, - dafür werden die Gegenspieler schon gesorgt haben.

Was werden die Folgen des Rücktritts sein?

Zunächst wird alles, was begonnen ist, im verschärften Tempo weiter gehen. Der caesarische Bauwahnsinn wird sich weiter austoben können, ganze Städte umgestalten und ohne Rücksichten auf Materialmangel aus dem Volle schöpfen. Gleichfalls wird das Heer, - jetzt ohne kritisches Gemacker über die Kosten - , jedes gewünschte Spielzeug bekommen. Die gute Laune wird also erstmal allseitig sein! Es fragt sich nur, wie lange? Und es fragt sich weiter, was dann? Von guter Laune der regierungsmittelschicht kann Deutschland nicht leben, umgekehrt, von guter Laune des Volkes wäre es schon eher möglich, - aber davon ist gar keine Rede.

Das Einzige, was ganz bestimmt eintreten wird, ist vergrösserter Mangel und beschleunigtes Anwachsen des Mangels. Es fehlt an allen Ecken und Enden, wenn es auch der angestregten Organisationstätigkeit noch gelingt, die Bedarfsdeckung so zu lenken, dass der Mann in der Strasse es nicht so stark fühlt. Auch die Hausfrau empfindet die fraglos eingetretenen Schwierigkeiten nicht so gross, dass sich bei ihr ein dauernder Groll und Zorn auf die Regierung bildet, - man schimpft aber vorläufig ist es noch weitaus der schmerzloserer Weg, die Dinge hinzunehmen wie sie sind, als sich etwa gegen die "Macht" aufzulehnen.

Was den Nachfolger des Herrn Schacht betrifft, so ist eines sicher: er wird nicht den Ausweg aus der Situation finden, der gefunden werden muss, wenn die Herrlichkeit des Heeresspielzeugs, wenn die Bauten und Baupläne des höchsten Bauherrn und wenn die ganze Lebensführung der hohen Herren alle miteinander weiter gehen soll. Herr Funk ist, - sicherem Vernehmen nach - ein Vertrauensmann von Göring und nicht, wie man zuerst annahm, ein gelehriger Schüler von Göbbels. Er wird ein Statthalter sein und das vielleicht einzige Gebiet, das man ihm mehr oder minder frei überlassen wird, das wird die Lösung des Themas "Die Juden in der Wirtschaft" sein, eine Angelegenheit, die für die Betroffenen unerhört schmerzlich werden kann (vermutlich wird), ohne dass sie für Regierung oder etwa gar Volk irgend welche Erleichterung mit sich bringen kann.

Es wird nötig sein, gerade die wirtschaftliche Entwicklung genau zu beobachten -- wir glauben uns nicht in der Annahme zu täuschen, dass in den nächsten andert-halb Jahren die deutsche Situation sich von dieser Seite her in stark beschleunigtem Tempo zuspitzen wird. -- Um so wichtiger wird es sein, ob es gelingt, in dieser Zeit die Arbeit für eine wirksame deutsche Opposition (siehe Bericht No. 2) so zu fördern und weiter zu treiben, dass man für den Fall einer Krise nicht völlig ohne Auffangapparatur ist.

Bericht No. 4.

Vorbemerkung. Es kann heute nur ein ganz komprimierter Bericht zur Beurteilung der durch die letzten Ereignisse in Deutschland entstandenen Lage gegeben werden. In einigen Wochen wird es möglich sein, einmal auf die praktische und prinzipielle Bedeutung einzugehen, die eine politische Opposition in Deutschland für Europa und darüber hinaus für die übrige Welt hat.

Die Konfliktausgangsstellung.

Der Konflikt zwischen Heer und Partei begann mit gegenseitiger Unzufriedenheit. Das Heer, - repräsentiert durch General v. Fritsch und einige andere Generäle, - wollte 1.) die Beseitigung des Ministers v. Blomberg, weil er nicht stark genug gegen den radikalen Parteikurs arbeitete. (man nannte ihn häufig genug "Hitlerjungen Quex", nach einem Propagandafilmtitel) Man wollte da - neben 2.) einen einheitlichen Oberbefehl wie in Frankreich, sodass auch die Luftwaffe des Herrn Göring diesem militärischen Kommando unterstellt sei. Man wollte 3.) einen Einfluss auf die auswärtige Politik, da man in der einseitigen Bindung an Italien, in der etwaigen Forcierung der spanischen Intervention und in geplanten Abenteuern in Bezug auf Oesterreich und die Tschechoslowakei eine schwere Gefahr erblickte. - - Die Partei andererseits wollte 1.) Zurückdrängung des militärischen Einflusses auf dem Gebiet der Aussenpolitik, wo jede aktivistische Unternehmung durch die Generalität gehemmt wurde. Sie wollte 2.) die Ausschaltung innerpolitisch, wo das Heer immer noch in gewisser Weise bremste, (wie z. B. in der Frage der Bekenntniskirche) und sie wollte 3.) eine Unterwerfung der Armee unter die Tätigkeit der Geheimen Staatspolizei.

Das Konfliktergebnis.

In fast allen Punkten ist das Heer unterlegen. Zwar ist Blomberg gegangen, aber Fritsch und die anderen Frondeure auch. Der neue Kriegsminister heisst Adolf Hitler. Wohl ist der einheitliche Oberbefehl mit Unterstellung auch der Luftwaffe geschaffen worden, aber nicht Herr v. Keitel hat das letzte Wort, sondern der ranghöchste Offizier der Armee und der heisst Feldmarschall Göring. Auch ist das Heer in dem geheimen Kabinettsrat vertreten, aber den entscheidenden Einfluss hat dort die durch Hitler, Göring, Hess und Ribbentrop plus Göbbels vertretene Partei. Wie weit das Heer es sich erlauben kann, in Zukunft noch gewisse Richtungen zu protegieren, die sich noch nicht mit dem totalen Staat abfinden wollen, wird sich zeigen. Sehr weit wird man in dieser Beziehung nicht gehen können, wenn überhaupt. Ob die Gestapo rechtlich nun auch in der Armee einschalten und walten kann, mag zweifelhaft sein, sicher ist, dass sie Verhaftungen vorgenommen hat - und das ist das Entscheidende.

Die Ursache für die Niederlage.

In der Strategie nennt man die Entstehung des Konfliktes eine "Begegnungsschlacht". Sie kam beiden Teilen zeitlich überraschend. Das Heer "schlitterte" aber nach berühmten Vorbildern immer tiefer in die Krise hinein, während die Partei mit ihrem stets bereiten Apparat ihre gewohnte Taktik betrieb: erst bluffen und dann durch Feststellen der Wirkung des Bluffs sich entscheiden, ob Gewaltanwendung oder Kompromiss nötig und richtig ist. Wichtiger aber ist noch, dass die Generäle ohne einen Schimmer von politischem Gefühl, ohne die mindeste Taktik und ohne jede politische Psychologie an die Sache herangingen. Man kann mit der Diktatur nicht von gleich zu gleich diskutieren, - eine Seite muss schwächer sein, und die kann nur Vorstellungen erheben, aber nicht wie in einer Demokratie mit Argumenten arbeiten. Wenn nun eine Generaldeputation in einer Diktatur beginnt, mit der politischen Führung über politische Fragen zu diskutieren, entsteht zwangsläufig die Frage, wer hier denn schwächer ist. Die Generäle sind aber nur dann stärker, wenn sie entschlossen sind, die Waffen anzuwenden. Selbstverständlich kann das Naziregime auch heute noch nicht gegen die zur Waffenanwendung entschlossene Armee regieren. Die Generäle waren aber nicht nur nicht zur Anwendung von Waffengewalt

entschlossen, - nein, sie waren sich garnicht im Klaren darüber, dass das im Laufe ihrer geplanten Besprechungen notwendigerweise kommen musste. Sie glaubten, dass es noch so wie im Weltkrieg sei, wo es selbstverständlich in Deutschland war, dass die Ansichten der führenden Generale befolgt wurden, auch ohne politische Eigenverantwortung. Die Diktatur aber kann sich nicht nach den Ansichten von politisierenden militärischen Fachleuten richten, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Deshalb muss sie eine Generalsdeputation stets als den ersten Schritt zum Militärputsch ansehen und danach handeln, auch wenn die andere Seite, wie jetzt in Deutschland, nicht entfernt an ein Komplott oder an einen Putsch gedacht hat. Mit dem Mut der Verzweiflung hat man die eingebildete Gefahr - und damit die wesentlich kleinere wirkliche Gefahr - beseitigt.

Die tatsächlichen Konsequenzen

Der Sieg der Partei ist nicht so überraschend. In revolutionären Zeiten siegt eine lange Zeit immer der "Berg". Unter der offiziellen Regierung befindet sich ein offiziöser Radikalismus und bei jeder ernsthaften Krise treibt dieser noch nicht politisch realisierte Rest ursprünglicher Parteiprogrammatik die Regierung in eine weitere Radikalisierung weiter. Die Partei geht ihren Weg der Loslösung von allen "bürgerlichen" Elementen weiter. Zu Anfang war es Hugenberg, dann v. Papen, dann (wenn auch unwichtig) Eltz v. Rübenaach, zuletzt kam im Herbst nach langer Krise Schacht (siehe Bericht No. 3) und jetzt löst sich Neurath und die reaktionäre und konservative Offizierschicht von dem Regime ab. Es tritt nun in weit vergrössertem Mass dasselbe ein wie bei dem Rücktritt von Schacht: die inneren "Bremsen" fallen fort. Der Wagen des dritten Reichs rollt mit grosser progressiver Beschleunigung weiter. Die Hemmungen auf aussenpolitischem Gebiet sind beseitigt und so muss man mit einer Periode stärkerer Aktivität in der Aussenpolitik rechnen. Es ist klar, dass man damit in die Zone der akuten Gefahren gerät, wenn nicht die Aussenpolitik Englands von aussen bremsend eingreift. Nach der bisherigen Haltung Englands ist damit nicht sicher zu rechnen, - die Vorstellung einer offiziellen englischen Note mit allerschärfster Warnung vor Unternehmungen nach Südosten scheint uns nicht sehr realisierbar zu sein. Das aber ist die einzige Sprache, die in Hitlerdeutschland verstanden wird und daher hemmenden Einfluss hätte. Da Hitler früher oder später einen aussenpolitischen Erfolg aus innerpolitischen Gründen braucht, so muss es irgendwann zu internationalen Verwicklungen kommen, - - und was dann? Kann aber Hitler diesen Weg nicht gehen, weil von vornherein dabei die Katastrophe so gut wie sicher ist, so kommt es zu einer Serie von inneren Krisen, zu immer weiterer Radikalisierung und zuletzt aus der wirtschaftlichen Notlage zu einer Pseudobolschewisierung, die noch gefährlicher, weil dilettantischer und ressentimentsbetonter, ist als der Kommunismus. Die Innenentwicklung führt also geradenwegs zu dem Ziel, vordem Hitler ja die ganze Welt beschützen und retten will.

Die politischen Folgerungen.

Das erste politische Ergebnis von prinzipieller Bedeutung ist, dass durch den Verlauf der Krise evident bewiesen worden ist, dass die konservativen, monarchistischen Kreise nicht die genügende politische Begabung haben, um Deutschland von Hitler und den Seinen zu befreien. Es hat sich hinter den Generalen keine politische konstruktiver Wille gezeigt, obgleich sie selbstverständlich genug Beziehungen zu politischen Kreisen (Herrenklub, u. s. w.) hatten. Das zweite Ergebnis ist, dass gerade der Ablauf dieser Krise zeigt, wie unbedingt notwendig die Herstellung einer organisierten politischen Opposition ist. Ohne eine solche Opposition, die positiv ist, nicht nur weiss was sie nicht will, sondern auch weiss, was sie an die Stelle des Heutigen setzen will, ist selbst die Armee mit meckernden Offizieren wertlos. Hätte das Heer und seine Führung die Verbindung zu einer solchen Opposition gehabt - - - der Ausgang der Krise hätte ~~das~~ das Ende der Hitlerdiktatur bedeutet. Natürlich kann eine derartige Verbindung nicht mit dogmatischen Sozialisten zustande kommen, sondern nur unter Verzicht auf vieles, was man sich als politische Zielsetzung gewünscht hätte.

Bericht No. 5.

I.) Oesterreich Es ist unmöglich, in einem notwendigerweise sehr kurzen Bericht die vielfachen Probleme zu behandeln, die durch den vollzogenen Anschluss neu entstanden sind. Deshalb nur die folgenden mehr andeutenden Bemerkungen:

Wesentlich ist, dass im letzten Augenblick auf jeden Widerstand verzichtet wurde. Mag es immerhin sehr fraglich sein, ob einem sich während Oesterreich Hilfe von ausswärts geleistet werden wäre, die Legende einer Befreiung der unter einer Diktatur Schuschnigg stöhnenden Oesterreicher, die jetzt gebildet wird, wäre jedenfalls unmöglich gewesen. - Die explosive Energieentladung Hitlers ist ein neuer Beweis für den politischen Instinkt, was Terminfragen angeht und was die psychologische Einschätzung der Umwelt betrifft. Andererseits ist die ganze Affäre voraussichtbar und in ihren Grundzügen berechenbar gewesen. (Es wird auf Bericht No 4, S. I, Abs 2, 3) verwiesen, wo die entsprechende Andeutung steht.) In Grossen ist Hitler immer berechenbar und er ist es insofern kein Betrüger, weil Jeder, der Lesen und Hören kann, seine Politik für die nächste und weitere Zeit kennen kann. Auch anders lautende Versprechungen sind nicht wirklich betrügerisch, weil er ja ganz offen sich zu dem Grundsatz bekannt hat, dass in der Politik auch das Mittel der Täuschung legitim ist. Wer sich also durch Hitlers Versprechungen beeinflussen lässt, wird nicht durch ihn, sondern durch sich selbst getäuscht. - Der Anschluss ist eine "vollzogene Tatsache"! Man wird geschichtlich damit rechnen müssen. Auch eine andere deutsche Regierung als die der Nazis wird diese Tatsache niemals rückgängig machen können, eine so schwere Belastung Oesterreich auch für Deutschland sachlich bedeutet. Wenn also nicht aus Oesterreich selbst stärkste Antriebe zur Trennung kommen, muss die Welt mit diesem geeinten Grossdeutschland rechnen. - Schwierigste Frage, was mit der Tschechoslowakei werden soll. Die Autonomie der Sudetendeutschen kann ja nur ein Zwischenzustand sein, weil es dann in einem Land nebeneinander eine Diktatur und eine Demokratie geben würde, was zwangsläufig zur Zerreissung des Staates führt. Was dann? Ein kleines tschechisches Land auf der einen Seite und eine Eingliederung der Deutschen in Grossdeutschland auf der anderen Seite erscheint als nächste Folge. Das heisst, die Grenze würde mitten durch Bühnen führen, ein schlagender Beweis für die antihistorische und antikulturelle Wirkung des sturen und konsequenten Nationalitätenprinzips. (Man stelle sich das einmal in der Schweiz festgeführt vor!) Und was soll in einem solchen Fall nach Beseitigung der Nazis geschehen? Man kann darüber heute höchstens sagen, dass das Resultat der erfolgreichen Nazipolitik j e d e Nachfolgeregierung zwingen wird, eine Politik eines grossen föderativ gegliederten, weitgehend autonomistisch gegliederten Mitteleuropa einzuleiten. Es liegt auf der Hand, welche geistige Umstellung dafür Voraussetzung wäre. - Die Wirkung des Einzugs Hitlers, der politisch sind: a) stimmungsmässig ein grosser Prestigeerfolg Hitlers, der sich nach einiger Zeit verbrauchen wird, trotzdem man die Möglichkeit benutzen wird, mit dieser Tat immer wieder Eindruck auf die Massen zu machen, - b) wirtschaftlich zunächst eine Erleichterung der Devisen und Rohstofflage, die an sich sehr bedenklich ist. Für später wird die Angliederung eher mehr wirtschaftliche Nachteile als Vorteile bringen.

Diese Übersicht muss zunächst einmal genügen!

2.) Aussenpolitische Konsequenzen

Die Haltung der Westmächte, insbesondere Englands zu den Ereignissen in Mitteleuropa ist überhaupt nicht mehr zu verstehen. Es ist unfassbar, wie es möglich ist, dass die primitivsten und klebigen Entwicklungsketten nicht mehr und garnicht begriffen werden.

Beginnen wir mit der Entwicklungsreihe "Wettrüsten"! Jede Statistik zeigt deutlich, dass nach einer Zeit relativer Rüstungsruhe und, verglichen mit heute, geringen Rüstungsabreite ab 1934 eine sich in steiler Kurve steigende Aufrüstungsperiode ergibt, deren Ende noch bei weitem nicht abzusehen ist. Es ist gar nicht zu verkennen, dass dies die Folge der deutschen Entwicklung ist, denn

ab im Jahre 1933 keine tiefgehenden aussenpolitischen Gegensätze in Europa, deren kriegerischer Austrag hätte befürchtet werden müssen. Die aussereuropäischen Konflikte (Russland - Japan, Japan - China) waren damals gleichfalls nicht sehr ausgeprägt und hätten auch nicht zu dem Wettrüsten des heutigen Tages geführt. Es ist unbestreitbar, dass erst die Befestigung der Hitlerdiktatur die Virulenz des Kriegsbazillus herbeigeführt hat, jene Mischung von panischer Angst und verzweifelter Tapferkeit, die keinen anderen Ausweg kennt als den der Mistung, der Flucht in die gepanzerte Iselierhaft der Nationalismen.

Vor 1933 also keine tiefgehenden Gegensätze mit kriegerischer Färbung, - auch nicht zwischen kapitalistischen Mächten und Sowjetrußland, ab 1934 in steigendem Mass Spannungen in und ausserhalb Europas, wachsende Ohnmacht des internationalen Rechtsgedankens und wachsende Macht des Gewaltprinzips im internationalen Streitfragen. Zwanzig Jahre nach Beginn des Weltkrieges fängt die Welt von Neuem an, wie vor 1914 in militärischer Macht und Gewaltanwendung die Mittel zur Regelung ihrer Beziehungen zu sehen. Unter glorreicher Führung der italienischen und der deutschen Diktatur, geschieht unterstützt von der russischen Diktatur beginnt man, die Weltanarchie in gründlichster Weise zu organisieren. Das einzige Mittel, das die politischen Leiter der anderen Mächte scheinbar kennen und das sie bald auch kräftig anwenden, ist die Aufrüstung!

Gab es wirklich gar keine anderen Möglichkeiten? War es unmöglich, mit etwas Verstand darauf zu kommen, dass wenn eine Ursache ganz bestimmte Wirkungen hat, man die Fortdauer der u n e r w u n s c h t e n Wirkungen am besten beseitigt, indem man die Ursache entfernt? Hier schufen die Diktaturen die Mistungursachen, - was lag näher, als sie zu schwächen und ihre Beseitigung anzustreben? Statt dessen hat man vor allem in England jede Möglichkeit ergriffen, die Hitlerdiktatur zu unterstützen und am schlimmsten haben in dieser Beziehung die gutmütigen, aber etwas geistesabwesenden Engländer gehandelt, die aus schlechtem Gewissen über den Versailler Vertrag die Herrschaft Hitlers wie ihre gerechte Strafe auffassten, dass man sich nicht durch Abwehr entziehen dürfe. Nachdem man ~~den~~ der Weimarer Republik jede anständige Regelung abgelehnt hatte und sie damit entscheidend für den Kampf mit den deutschen Reaktionen, Militaristen, Nationalisten und Nazis geschwächt hatte, gab man nun der deutschen nationalistischen Diktatur mit vollen Händen. Kann man sich wundern, wenn daraus geschlossen wird, dass der im Recht ist, der sich ohne Rücksicht auf Verträge nimmt, was er braucht und will und dass der ein Idiot und Waschlappen ist, der sich auf internationale Rechtsbindungen einlässt?

Aber eine wie immer geartete Mithilfe zur Beseitigung der deutschen Diktatur als der aggressivsten und gefährlichsten Herrschaft im Sinn einer gesamt-europäischen Politik wäre doch eine "Einnischung" in die inneren Verhältnisse eines autonomen Staates? Hier ist wieder eine andere Spielart der eben schon gekennzeichneten unfruchtbaren Ideologie am Werk. Wie ein Staat seine innerpolitischen Verhältnisse ordnet, kann seinen Nachbarn nur solange als nebensächlich und unbeachtlich erscheinen, als es nicht Interessen verletzt oder berührt, die eben die Interessen dieser Nachbarn sind. Solange z. B. ein wesentliches Interesse Italiens an der Unabhängigkeit Oesterreichs verlag, wäre der Anschluss in dieser Form unmöglich gewesen und wenn auch eine Majorität der Oesterreicher für einen Anschluss votiert hätten. Einem derartigen Selbstbestimmungsakt hätte man stets die Verträge entgegengesetzt. Jetzt will man aber behaupten, dass eine Abwehr der deutschen Einnischung in Oesterreichische Dinge schon eine "Einnischung" sei! Es handelt sich heute darum, wieder Möglichkeiten für eine Gesundung Europas zu schaffen und da ist ein so vielfach durchklühtes und von den Diktaturen nie anerkanntes Prinzip wie das der "Nichteinnischung" kein sehr erfreuliches und auch kein brauchbares Mittel, um die eigene Bequemlichkeit und Gedankenfaulheit zu verbergen.

Der Frieden kann nur gesichert sein, wenn in Europa diejenigen Schichten herrschen, die den Frieden und die Zusammenarbeit der Nationen wirklich wollen. Der Krieg kann nur vermieden werden, wenn die heutigen Gewaltherrscher vernünftig

schützen. Nur von innen und nur unter Zuhilfenahme der dem Frieden und der Freiheit aller Nationen zugewandten Massen im allen Völkern, auch den von der Diktatur unterjochten kann es gelingen, ein neues Europa zu schaffen und den Krieg zu verhindern. Nur so ist es auch möglich, die Aufrüstung und ihre unerträglichen Lasten zu beseitigen und damit vom Weg zur wirtschaftlichen Katastrophe abzubiegen inden Weg zur Erhaltung und zur Besserung des Lebensstandards der breiten Massen der europäischen Bevölkerung.

Das ist die welthistorische Bedeutung der deutschen Opposition, das sie von innen her dazu beiträgt, ein System zu stürzen, das nicht nur das größte Hindernis für die Wiederkehr geordneter europäischer Zustände darstellt, sondern dass gleichzeitig verantwortlich ist für die krankhafte Nervosität der Welt und für die fieberhafte Aufrüstung überall sowie für die aus dem allem resultierende Katastrophenstimmung!

Wer also die Gesundung der internationalen Verhältnisse erstrebt, muss der deutschen Opposition zu helfen versuchen und wer der deutschen Opposition, von der in früheren Berichten Näheres gesagt ist, hilft, der arbeitet damit zugleich für die ersten und höchsten Ziele der heutigen und zukünftigen Politik.

I.

1/2 pag 8

Seit dem Bericht No. 6., der unmittelbar nach dem Münchner Abkommen geschrieben war, ist eine längere Zeit vergangen und es haben sich inzwischen so viele Dinge innerhalb und ausserhalb Deutschlands ereignet, dass im Folgenden versucht werden soll, eine Uebersicht zu geben, aus der hervorgeht, wie insgesamt einer deutschen Opposition sich die Lage darstellt.

Zunächst jedoch noch eine Vorbemerkung: Wer die Lage für die Opposition in Deutschland am 1.10.38. für absolut hoffnungslos hielt, - und das taten viele, die bisher nicht so pessimistisch gewesen waren, haben sich getäuscht. Wieder einmal; denn dieselbe Welle des Pessimismus ging auch durch die Reihen der Diktaturgegner nach der Saarabstimmung, nach der Armeekrise von 38, und nach dem Anschluss Oesterreichs. Es zeigt sich eben, dass die Diktatur bei allen Krisenfolgen innen- und aussenpolitischer Art, die durch alle Art von Machtanwendung erzielt werden, nicht eine wahre Stabilisierung der deutschen Situation herbeiführen kann. Eine solche Stabilisierung müsste in der Beruhigung der Gemüter gesucht werden. Aber das Gegehteil ist der Fall. Immer wieder wird das Volk ~~in~~ hochgeputscht: Angst und Schrecken, Zorn und Empörung, Jubel und Begeisterung vermag das Regime zu erwecken, - alle Gefühle, die die Seele in Aufruhr bringen, werden durch das Regime selbst oder durch seine Propaganda hervorgerufen. Aber das, wonach in Deutschland am meisten Sehnsucht herrscht, nämlich Ruhe, Frieden und Vertrauen gibt die Diktatur niemandem.

Das ist kein Zufall, sondern liegt in der Art dieser Diktatur besonders begründet. Nicht umsonst nennt sich die "Partei" stolz eine Bewegung. Das Dynamische um seiner selbst willen wird hier gesucht und gefunden. Das "Erlebnis der Kolonne", wie es immer genannt wird, spielt eine grosse Rolle. Dieses seelische Erlebnis ~~enthält~~ enthält alle Elemente des nat. soz. Mitläufers und begeisterten Mitglieds: die Disziplin des "in Reih und Glied", die straffe Unterordnung, die formal sichtbare und greifbare "Gemeinschaft" und vor allem das "Marschieren immer weiter Marschieren, auf Befehl und ohne eigene Verantwortung und auch ohne eigene Kenntnis des Ziels. Das Erlebnis der Kolonne stellt sich als das typische "Ersatzerlebnis" heraus, es verdeckt die eigene Leere und Unruhe und vermag einem sinnlosen Leben den Stempel des Sinnvollen zu geben, wobei es wohl gar die Verborgenheit des Ziels ist, die dem Ganzen einen metaphysischen Abglanz verleiht. Genau dasselbe, was dem einfachen Mitglied der Partei bei diesem Erlebnis der Kolonne entspricht und seinem seelischen Bedürfnis entgegenkommt, gibt die Dynamik der Politik den Leitern der "Bewegung" und insbesondere ihrem Führer. Nur in der Bewegung von Massen, Kräften, Schicksalen wird hier die innere Bestätigung gefunden und daher muss alles in ständiger Bewegung gehalten werden, rein körperlich in immer neuem Aufmarschen und Paraden, seelisch durch immer neue Krisen. Dabei wird, wie bei allen Süchtigen, die Dosis immer grösser und so finden wir eine stetige Steigerung aller dieser Affekt betonten Vorgänge.

Zwei Beispiele:

Zuerst sollte der Parteitag nur alle zwei Jahre stattfinden. Nun ist er jedes Jahr und sein Umfang nimmt jährlich zu. Es wachsen die dabei bewegten Massen, es wächst die darauf verwandte Zeit und es wächst der dafür aufgewandte Rahmen. Nicht einmal das Olympiastadion war gross genug, es musste ein noch viel Grösseres erbaut werden, (was noch nicht fertig ist).

Wenn es früher genügte, die Partei zu führen und zu lenken, so ist es seit 33 das ganze Volk, oder wenigstens die Illusion davon, die unter einem Kommando steht. Jetzt aber wird nicht nur die zahlenmässige Grösse dieses Volks dauernd gesteigert, sondern alles drängt danach, ganz Europa diesem Willen zu unterwerfen. Die Krisen, die vor 33 sich in der Partei und zwischen ihren Führern abspielten, sind seit einigen Jahren das deutsche Schicksal und seit 38 erschüttern sie ganz Europa.

Beweisbarer als die marxistische Krisentheorie ist die nat. soz.: sie besteht aus dem unerlöschlichen Geltungsdrang und Bestätigungshunger eines einzigen Mannes, Adolf Hitlers, dem alles übrige, Deutschland das Volk und der Rest

wismus nur die psychologischen und ideologischen Gerüste und Überbauten sind. Es ist ein historisch fast einzig dastehender Zustand, wie eine ganze Epoche vollkommen abhängig wird von den seelischen Bedürfnissen eines einzigen und dabei noch geistig unausbalancierten Mannes.

2.

Die innere Entwicklung in Deutschland ist durch zwei Ereignisse besonders stark bestimmt worden, nämlich die Progrome vom 10/11. Nov. und den endgültigen Abgang Schachts. Daneben geht die wirtschaftliche Entwicklung einher, die allmählich einen etwas stärkeren Einfluss auf die Dinge auszuüben beginnt.

Von den Progromen, ihren vermeintlichen Ursachen und ihren vermutlichen Wirkungen ist soviel geschrieben und geredet worden, dass hier nur von Einem zu reden ist, nämlich von der Wirkung in Bezug auf die Stärkung der politischen Opposition.

Es ist nach allem nicht richtig, dass sich sofort eine grosse Empörung im Volk über die Vorgänge gezeigt hätte. Im Gegenteil, an vielen Stellen konnte man grinsende und zufriedene Gesichter sehen. Es sollen auch Lehrer mit ihren Schulklassen sich das Bild der zerstörten Geschäfte angesehen haben. Dabei ist doch wohl kaum damit zu rechnen, dass die Lehrer sich von diesem Anblick eine erzieherische Wirkung in dem Sinn versprochen haben, dass die Kinder sich von solchen Brutalitäten abwenden würden. Es lässt sich nicht beurteilen, wieviel amtlicher Druck in solchen Fällen auf die betreffenden Lehrer ausgeübt wurde. Da aber solche Besuche doch nur vereinzelt statt gefunden haben, ist doch damit zu rechnen, dass es sich um freiwillige Akte gehandelt hat. Welche Wirkung so etwas haben kann, zeigt der folgende kleine Vorfall: vor ~~im~~ einem kleinen wieder eröffneten Modengeschäft in Berlin (die Scheiben waren noch mit Holz verkleidet und nur ein geschriebener Zettel wies an der Tür auf den Verkauf an Kunden hin) standen zwei Jungs von ca. 11-13 Jahren. Der Eine sagte zu seinem Kameraden: Was, hat dieser verdammte Judenladen schon wieder auf !! - Das ist ein Kennzeichen, wie weit der Regierungston und die brutale, menschliche Gefühle nie anerkennende Regierungs- und Parteidenkart auf die Jugend einwirken kann. Dazu kommt, dass von den wirklichen Vorgängen ja wieder grosse Massen gar kein oder nur ein sehr unklares Bild bekommen haben, und auch das nur allmählich und Tage später. Die Presse brachte nur Nachrichten von einzelnen Synagogenbränden und eingeschlagenen Schaufensterscheiben. Die zahllosen Gewalttaten, Plünderungen und eingeschlagenen systematische Verhaftung von allen männlichen Juden (Greise und Kinder ausgenommen) blieben weitesten Kreisen der Bevölkerung unbekannt. Wer keine Beziehungen zu Juden oder zu Leuten mit jüdischen Bekannten hat, erfuhr eben nichts davon. Wenn man das bedenkt, muss man allerdings doch wieder zu dem Ergebnis kommen, dass die Reaktion im Volke auf die Ereignisse überraschend stark war und sich eindeutig gegen die Vorgänge richtete. Das stimmt mit der Beurteilung überein, die ~~schon~~ schon im Bericht No. 6 über die Wirksamkeit der Propaganda und insbesondere über die relative Unwirksamkeit gerade der antisemitischen Agitation gesagt wurde. Es sind viele Einzelfälle von tatkräftiger Hilfe für Juden bekannt geworden, darunter auch solche, wo alte P.G.s geholfen haben und besonders charakteristisch ist der folgende Vorfall, der als nur ein Beispiel berichtet werden soll.

In einem kleinen Ort in Norddeutschland frug ein alter Pastor im Konfirmandenunterricht, ob eigentlich alle Hunde im Ort erschossen würden, wenn einmal ein Kind beisst. Auf die verneinende Antwort stellte er die Frage, warum denn dann alle Juden verfolgt würden, weil einer einen Deutschen erschossen habe. Die Folge dieser Bemerkung war, dass diesem Pastor ein Schild an die Tür genagelt wurde mit der Aufschrift: " Hier wohnt ein Judenknecht! " Nach einigen Tagen wurde dieses Schild in der Nacht entfernt und zwar von einem Mann, der seit 20 Jahren Vorkämpfer in der völkischen Bewegung war, also bestimmt nicht philosemitisch ist.

An manchen Orten haben sich zur Zerstörung " Kommandierte " Leute gezeigt, an diesen "Dienst" teilzunehmen, wozu, so selbstverständlich eine solche Ablehnung vom menschlichen Standpunkt erscheinen mag, ein sehr erheblicher

gehört. So ist in einer norddeutschen Stadt der ganze "spontane" Zerstörungsakt erst einen Tag später erfolgt, weil am ersten Tag die dazu befohlenen Leute sich geweigert haben. In einer mitteldeutschen Grossstadt ist der Brand bei einem jüdischen Geschäftshaus so ungeschickt angelegt worden, dass ernsthafte Gefahr für andere Gebäude entstand. Da die Polizei nicht mit der Masse, die sich dort staut, fertig werden konnte, wurde Militär requiriert, das dann den Platz säuberte. Danach aber gingen Soldaten mit dem Kolben auf die noch vor dem Gebäude lungern den Brandstifter los. - Einem Juwelier in Berlin, der wegen hohen Alters nicht verhaftet war, kamen bei der "Aktion" einige Brillianten und andere Schmuckstücke abhanden. Er meldete den Vorfall und erhielt den grössten Teil von der Polizei zurück mit der Bemerkung, man hätte die Burschen gefasst, ihnen das abgenommen, was sie bei sich hatten und sie ganz gehörig verprügelt. Diese Geschichte ist nach allen Seiten bezeichnend, weil sie genau zeigt, wie die primitiven Anstandsgefühle noch nicht völlig erstickt sind, wie aber andererseits der Schutz der Regierung selbst den reinen Dieben und Verbrechern zu Teil wird, sodass auch die Kriminalpolizei es nicht wagt, gegen diese beorderten Banditen vorzugehen, auch wenn sie, wie in diesem Falls es gern möchte.

Die Hauptempörung aber entstand, als Herr Göbbels die Verantwortung für die ganze Sache auf das deutsche Volk abladen wollte. Das Treffendste darüber sagte ein Taxichauffeur zu einer versorgten jüdischen Frau, die er nach einem der so häufig gewordenen Abschiede zu fahren hatte: Das war ja nicht das deutsche Volk das Deutsche Volk, das schläft ja nämlich zwischen drei und vier !!

Es schläft leider nicht nur zwischen drei und vier, sondern auch zu anderen Zeiten, aber es beginnt langsam aufzuwachen.

Das Ergebnis dieser Novemberereignisse ist doch eine tief gehende Unruhe in breiten Schichten der Bevölkerung, die sich fragen, zu was eine Regierung wohl fähig ist, die sich solcher Mittel bedient. Es war Tagesgespräch, dass nach den Synagogen wohl demnächst die katholischen Kirchen und die Gotteshäuser der Bekenntniskirche brennen würden. Auch manche Ladenbesitzer sahen voller Grauer die zerstörte und verwüstete Konkurrenz. Dazu dieser Göbbels, dessen private Lebensführung sowieso schon ein öffentlicher Skandal ist, immer noch als der Hüter der Moral - das wird schwer ertragen ! Vor allem aber will man Ruhe und nicht diese ewige Störung des normalen täglichen Lebens. Das Jahr 38 war in dieser Beziehung eine zu starke und angreifende Kur. Erst die Reichswehrkrise, dann Oesterreich und die Wahlen, dann die Markkrise wegen der Tschecho-Slowakei. Im Herbst kam die grosse Kriegsgefahr, die tief in das tägliche Leben eindrang und auf viele Wochen z. B. den gesamten Geschäftsverkehr auf ein lange nicht erlebtes Minimum drückte. Und kaum war das vorüber, kamen die Novemberprogrome mit ihrer weiteren Störung der Wirtschaft. Wahrlich, ein Jahr der rauhen, aber lehrreichen Erfahrungen !

Der Schlusspunkt dieser ganzen Entwicklung ist der zweite Abgang von Herrn Schacht. Es wurde auf die politische Bedeutung von Schachts Scheiden bereits in Bericht No. 3 hingewiesen, als er das Wirtschaftsministerium verliess. Inzwischen hatte er als Reichsbankpräsident immer noch erheblich mehr Aktivität entwickelt, als man erwartet hatte und insofern ist seine Verabschiedung die Ursache für eine beträchtliche Nervosität gewesen. Im übrigen ist es bezeichnend, dass man dieses Mal seitens Hitlers darauf bestanden hat, ihn zu entlassen, statt, wie das vorige Mal, zuzugeben, dass Schacht den Rücktritt selbst wollte. Selbstverständlich hatte auch dieses Mal Schacht selbst die Initiative zum Rücktritt gehabt, aber das durfte nicht sein, sondern es wurde die Form der Entlassung ganz bewusst herbeigeführt indem man ihm selbst keine Antwort auf das Entlassungsgesuch gab, ihn sehr freundlich behandelte, vom Berghof nach Berlin zurückreisen liess und ihm dann eben das Entlassungsschreiben sofort nachschickte. Das ist der echte Diktatorenstil !

3.

Die interessanteste Frage ist nun, wie steht eigentlich die Armee zu der Entwicklung seit den Septembertagen ?

Sehr interessant sind in dieser Beziehung allmählich häufiger werdende Mitteilungen aus den Kreisen der jüngeren Offiziere. Gerade in dieser Schicht scheint in der letzten Zeit sich eine erhebliche Abneigung gegen das Regime zu entwickeln. Dabei handelt es sich nicht so sehr um starke sachliche oder ideelle Abweichungen (politische Gedankengänge dieser Art liegen wohl nur den wenigsten der jüngeren Offiziere), sondern es besteht eine heftige Abneigung gegen die Methode des Regierens selbst. Man empfindet in einer ganz primitiven Art, dass die Armee allmählich eine grosse Verantwortung auf sich nimmt, wenn sie immer weiter der innen- und aussenpolitischen Entwicklung tatenlos und dulddend zusieht. Gerade anlässlich der Judenverfolgung ist vielfach das Gefühl der Beschämung in diesen Kreisen zum Ausdruck gekommen; einmal darüber, dass solche Dinge überhaupt möglich seien und zweitens darüber, dass die Armee für den Weiterbestand eines solchen Regimes mit verantwortlich sei. Natürlich sieht in dieser Schicht alles nach oben und erwartet das Beispiel von den ranghöchsten Vorgesetzten. Es gibt eine ganze Reihe von Kasinos, in denen sich die jüngeren Offiziere auf "den Tag" (nämlich des Endes der Hitlerherrschaft) zutrinken, und es taucht häufiger als noch vor wenigen Monaten die Frage auf, ob denn nicht endlich mal einer von den älteren Herren den Mut zum Absprung findet. "Wir warten alle auf den Tag, wo wir sie los werden können", wird oft wörtlich gesagt, wobei das Wort alle natürlich beileibe nicht wörtlich genommen werden darf. Mit diesem Wort sind natürlich stets nur die jeweiligen engeren Kameraden gemeint.

Diese Offiziere entstammen zum grossen Teil einer gesellschaftlichen Schicht, die starken Zusammenhalt in sich hat und die diesen Zusammenhalt auch ganz bewusst pflegt. Dabei ist eben ganz besonders zu beachten, dass sich dieses nicht auf die Älteren, etwa die ehemaligen Frontkämpfer beschränkt, sondern auch die jüngere Generation betrifft, die heute etwa Dreissigjährigen. Ganz gut organisierte Zusammenkünfte, manchmal in unmittelbarem Zusammenhang mit offiziellen Veranstaltungen, finden statt und geben so Gelegenheit zum Meinungsaustausch, zur gegenseitigen Berichterstattung aus den verschiedenen Teilen des Reiches und zur allgemeineren politischen Aussprache. Natürlich spielt auch die monarchische Frage eine grosse Rolle in diesen Diskussionen. Aber es muss hervorgehoben werden, dass der rein romantische Monarchismus hier nicht vertreten wird, sondern dass politische Zweckmässigkeitserwägungen ausschlaggebend sind.

Es ist sehr schwer, sich ein Bild von der Stimmung im Kreis der Stabsoffiziere zu machen. Das liegt scheinbar wesentlich daran, dass diese Schicht die Hauptlast der täglichen Arbeit zu tragen hat. Jedenfalls erlebt man es immer wieder, dass Majore, ältere Oberstleutnants und Offiziere im gleichen Dienstbereich derartig stark in Anspruch genommen sind, dass gar keine Zeit zur Beschäftigung mit Tagesfragen übrig bleibt. Auch ist das ganze Interesse völlig vom Dienst in Anspruch genommen, sodass bei der häufigen Abneigung dieser Offiziere gegen die Beschäftigung mit Politik nur selten eine Meinungsbildung in politischen Fragen erfolgt. So passieren ganz groteske Fälle von allgemeiner Unorientiertheit; z.B. wusste ein Oberstleutnant in einer norddeutschen Grossstadt im Jahre 1937 noch nichts von den Nürnberger Rassesexualgesetzen und war höchst überrascht, als er von den Einzelheiten erfuhr. Zur Entschuldigung diente in diesem Fall die Bemerkung, er habe keine Zeit zum Zeitunglesen, und es stünde ja sowieso nichts Gescheites in der Presse. Er beschränke sich auf die Fachliteratur. Natürlich ist das ein ganz besonders krasser Fall, aber in dieser Richtung empfinden viele Offiziere dieser Stellung.

Was nun die Generalität anbetrifft, so muss zunächst auf die Ausführungen in den Berichten No. 4 und 6 verwiesen werden, wo das Grundlegende gesagt wurde. Nach den fortdauernden Erfolgen Hitlers und den demnach stets unrichtiger Warnungen der Generale vor seiner Politik ist natürlich der Ton sehr gedämpft geworden. Andererseits ist trotz des glücklichen Ausgangs der Tschechenkrise ein sehr starkes Gefühl dafür zurückgeblieben, dass die Armee einem fürchterlichen Risiko ausgesetzt war und dass die Aussenpolitik Hitlers immer mehr sich zu einem Riesenhasardspiel auswächst. Aber hier bewegt man sich in einem Kreis, der wirklich die Tat erwägen muss und wo die Verantwortlichkeiten deswegen sowohl positiv als auch negativ viel stärker empfunden werden.

Es ist nicht richtig, wenn man behauptet, dass diese Fragen, über das weitere Zusammengehen mit der nat. soz. Diktatur, über den Sturz des Systems und über die Zukunft nach einem solchen Ereignis, in diesem Kreise nicht oder nicht ernsthaft genug betrachtet würden. Im Gegenteil, man macht sich um Deutschland und um die Armee schwere Sorgen. Es sind aber drei Hemmungen, die bisher noch immer jeden Entschluss verhindert haben:

Zunächst ist man in diesem Kreis nicht sicher, ob ein Nachfolgeregime auch vom Ausland die nötige Unterstützung bekäme und ob nicht womöglich das Ausland versuchen würde, ein nicht-national-sozialistisches Deutschland diplomatisch schlechter zu stellen, also gewissermassen einen Rückfall in die Zeit des Versailler Vertrages bekäme.

Zweitens hat man das Gefühl, dass man ohne ein Programm, das auch die Massen Deutschlands billigen können, schlecht zum Sturz des Regimes ansetzen könne. Man ist überhaupt unsicher, weil keinerlei klare Vorstellungen über das Nachher bestehen, über das, was am "Tage danach" zu geschehen hätte.

Drittens ist man sich durchaus im Klaren darüber, dass keinesfalls der gute Ruf der Armee mit den Risiken einer Nachfolgeregierung belastet werden dürfe. Man sieht aber noch nicht die zivile Organisation, die in der Lage wäre, die beiden Aufgaben der ersten Tage danach zu lösen: den politischen Kommandoapparat mit fähigen Leuten zu besetzen und eine politische Organisation aufzustellen, die geeignet wäre, die Meinungsbildung der breiten Volksschichten zu befördern und die zu beseitigenden Naziorganisationen zu ersetzen.

Das heisst praktisch, nach Ansicht der oppositionellen Generäle fehlen die Voraussetzungen für einen Umsturz. Daneben ergeben sich noch andere Schwierigkeiten, von denen man aber nicht sagen kann, ob sie nicht leicht beseitigt würden, wenn nur erst mal die oben erwähnten Unsicherheiten geschwunden wären. Man ist sich nicht einig über den Zeitpunkt und man streitet über die Methode; beides Dinge, die sich mehr oder ^{weniger} von selbst erledigen, wenn der Entschluss einmal gefasst ist.

Auch in diesem Kreis spielt der monarchische Gedanke eine Rolle und auch hier sind es vorwiegend Zweckmässigkeitserwägungen, die ausser alten, liebgehabten Gefühlen für eine Monarchie sprechen. Man verspricht sich von der Monarchie für den gefährlichen ersten Zeitraum des Neu-Aufbaus eine erhebliche bindende Kraft und sieht weder, woher diese Kraft sonst kommen soll, noch, wie man ohne eine solche durch die Krisenzone kommen soll.

Für die politische Opposition in Deutschland sind die Folgerungen aus diesem Ueberblick über die Stimmungen in weiten Teilen der Armee eindeutig. Es handelt sich eben darum, die jetzt nach dem, im übrigen richtigen, Eindruck der hohen Offiziere noch fehlenden Voraussetzungen zu schaffen. Dabei werden sich allerhand politische Erörterungen nicht vermeiden lassen. Aber es ist richtig, dass man nicht ohne eine gewisse Einigkeit im positiven Ziel vorgehen kann, wenn man Deutschland nicht in noch grössere Schwierigkeiten verwickeln will.

4.

Es mag Leute geben, die angesichts der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation sich nicht mehr viel schlimmere Entwicklungen vorzustellen vermögen, als sowieso schon heraufsteigen. Man muss immer wieder vor der Ueberschätzung der politischen Folgen wirtschaftlicher Schwierigkeiten warnen. Wenn der revolutionäre Wille nicht bei den Minderheiten vorliegt, die macht-und-intelligenzmässig zur Revolution befähigt sind, nützt die schlimmste Wirtschaftskrise nichts.

Im übrigen ist es vorläufig noch nicht so weit in Deutschland. Die Einfuhrrosselung wirkt sich etwas empfindlicher auf die Konsumentenschichten aus. Ein paar Tage kein Kaffee in den Läden erregt natürlicherweise mehr Aufsehen im Publikum als ein monatelanges Balancieren von Industriefirmen zwischen Arbeiterbeschäftigung und Rohstoffmangel. Die soziale Krise kann erst kommen, wenn wegen des Rohstoffmangels eine Heuerwerbslosigkeit eintritt, von der allerdings die Fachleute als für den Winter 39/40 sicher bevorstehend reden. Dann erst tritt auch ein politische Desavouierung des Systems ein, weil dann der einzige greifbare Massenvorteil verschwindet, den die Diktatur vorzeigen kann.

Was jetzt am Horizont heraufsteigt, ist die zweite entscheidungs-
 volle Verknappung. Die erste lag am Anfang der Planwirtschaft in Deutschland
 und war am deutlichsten durch die Butterschlangen (vor den Läden) gekennzeich-
 net. Man begegnete ihr durch Raubbau und Organisation. Der Raubbau wurde auf
 allen Gebieten betrieben und die Organisation ergriff nach und nach sämtliche
 Wirtschaftszweige. Man hatte ausserdem noch grosse Reserven zur Verfügung in
 Gestalt noch unausgenutzter Arbeitskraft, industrieller Apparatur und Buchgeld-
 ausweitung. Man schlug eine Ernährungsschlacht nach der anderen und siegte sich
 doch nicht in's Freie. Man schlug jedes Jahr 150% des normalen Holzschlagens aus
 den Wäldern und reicht trotzdem nicht aus, sondern ist immer wieder auf Einfuhr
 angewiesen. Man mischte die Stoffe und mischte die Butter und das Bevölkerung
 wurde dabei nicht besser gekleidet und gespeist, sondern schlechter. Man organi-
 sierte alles in grossen und kleinen Verbänden, man verwertete alle Abfälle und
 sammelte altes Blech, man riss die Eisengitter aus und stoppte den privaten
 Wohnungsbau fast völlig, man gab Wechsel in Hülle und Fülle, taufte sie mehr-
 fach um und druckte zusätzlich Noten; - - aber das Ergebnis blieb immer das
 Gleiche:

Die Wiese reicht eben nicht aus, um die drei Kühe der Partei, der Armee und
 des Volks darauf zu weiden, besonders da die zwei erstgenannten einfach nicht
 satt zu bekommen sind.

Das Jahr 38 fügte zu den eben genannten Mitteln noch ein für das zwanzigste Jahr-
 hundert erstaunliches Neues hinzu: den offenen Raub. Man eroberte Oesterreich
 und mit ihm 1/4 Milliarde an Gold und Devisen, aber man dachte nicht daran, auch
 die Passiven mit zu erobern, - die blieb man schuldig. Man eroberte Sudeten-
 deutschland und legte grossen Wert auf die Intakt-Erhaltung der dortigen Anlagen
 Man kassierte gewiss auch einen Teil der von England gegebenen Anleihe, die den
 Tschechen zu Gute kommen sollte, ein und sicherte sich damit Einfluss bei Skoda.
 Schliesslich forderte man von den Juden eine runde Milliarde und bekam sicher
 auch einiges.

Aber, es rächte sich eben, dass man mit jedem angewandten Mittel zu-
 gleich auch zehrende Uebel in Kauf nehmen musste, wengleich man es nicht wahr
 haben wollte. Die Eroberungen waren nur mit schwerster Anspannung der ganzen
 politischen und militärischen Macht durch zu führen und die Kosten waren unge-
 heuer. Mobilisation und Wetgrenzbefestigungen, dazu Unsummen für die Propaganda
 in der Tschechoslowakei und dazu sicher noch mal grosse Beträge für Bestechungen
 nach anderer Seite hin, das zählt eben doch. Und schliesslich zahlt es sich nicht
 aus, weil dann doch die Passiven sich bemerkbar machen. Oesterreich belastet die
 Handelsbilanz, mit der neuen Provinz Sudetenland ist wirtschaftlich bestimmt kein
 Staat zu machen, nachdem der Export von dort denselben Hamnissen unterliegt wie
 der Deutsche. Selbst bei der Judenfrage lohnt sich die ganze Sache nicht, denn
 man muss ja den angerichteten Schaden von den Summen abziehen, die nachher wirk-
 lich eingehen werden. Bei einer einzigen Firma, bei weitem nicht der grössten, *

ist aber der Sachschaden schon mit M.120.000.- beziffert worden. Die meisten Ge-
 schäfte auf diesem Gebiet machen die Männer mit " Beziehungen " und die treffli-
 chen Erpresser, die für alle möglichen "Fonds" sammeln und diese Art von Kassie-
 rern benutzen die erbeuteten Gelder bestimmt nicht im Sinne des Vierjahresplans!

Trotz Organisation, Trotz Raubbau, trotz Erpressung und Beraubung
 aber kommt die deutsche Staatswirtschaft und Volkswirtschaft nicht aus dem Mangel
 und der atembeklemmenden Knappheit heraus. Welche Aushilfen bestehen jetzt noch?
 Es ist sehr praktisch, sich eine der von Hitler immer wieder verkündeten volks-
 wirtschaftlichen Maximen vor Augen zu halten, wonach die Menge des neu geschaf-
 fenen Geldes (Buch- oder Notengeld oder zusätzlicher Kredit) immer im Verhältnis
 zur Produktionssteigerung bleiben muss. Mag auch fraglich sein, ob bei dieser
 Proportion jedwede Produktion gleich wiegt, also die Befestigungsanlagen und
 der neue Vatikan der Reichskanzlei genau so mitgerechnet werden können wie das
 Erzeugung von landwirtschaftlichen oder industriellen Gütern, so gibt es doch
 gewisse Grenzen, die nicht überschreitbar sind. Wenn nämlich gleichzeitig ein
 Zustand eingetreten ist, indem alle verfügbaren Produktionsstätten und alle ver-
 fügbare Arbeitskraft im vollen Gebrauch sind, kann man über den dann vorhandenen

Geldbestand hinaus nicht neue Zahlungsmittel schaffen, ohne in die Gefahrzone der Inflation zu kommen. Dies ist die Auffassung der Nat.-Soz. und es ist klar, dass man diese Gefahrenlinie schon erheblich früher überschreitet, wenn man den notwendigen Unterschied zwischen der Erzeugung volkswirtschaftlicher Werte und der Erzeugung toter Dinge macht.

Nun sind wir in Deutschland aber bereits an der Grenze angelangt, die selbst nach der offiziellen Theorie das Risikogebiet von der gefahrlosen Zone trennt, denn der Produktionsapparat ist völlig ausgenutzt, die Arbeitslosigkeit ist verschwunden und zunächst sind weitere Reserven nicht zu sehen. Auf manchen Gebieten langt der technische Apparat nicht entfernt mehr aus, wie insbesondere das Beispiel der Reichsbahn zeigt. Dieses Unternehmen, das mit mehr als 1/4 Milliarde liquider Reserven in das dritte Reich hineinging, lebt jetzt unter dauernden Kassenschwierigkeiten. Eine 4%ige Frachterhöhung hat die Lage nur vorübergehend bessern können. Dabei ist der Güterverkehr dauernd auf dem Höhepunkt und auch der Personenverkehr müsste rentabel sein, da doch der Massenverkehr mit voll besetzten Zügen (also unter Ausschaltung des Risikos von zu vielen Leerplätzen) einen viel grösseren Teil des Personenverkehrs umfasst als früher. Diese Situation der trotz allem zu geringen Einnahmen hat nun dazu geführt, dass nicht entfernt genug Neubauten an Wagen, besonders Güterwagen, vorgenommen werden konnten, von anderen wichtigen Arbeiten einmal abgesehen. Das Ergebnis ist, dass nun an zahlreichen anderen Stellen die industrielle Tätigkeit gehemmt wird, dass weiter wirkende Stockungen eintreten. Man hat alle möglichen Aushilfsmittel versucht, Lokomotiven, die auch zu knapp waren, vom Personenverkehr auf den Güterverkehr übernommen unter gleichzeitiger Einschränkung des Personenverkehrs, aber man hat doch teilweise zu den drastischen Massnahmen der Gütersperre von 10 - 14 Tagen in einzelnen Bezirken greifen müssen, weil sonst die Ordnung überhaupt nicht wieder herzustellen war. - - Ein besonderes Kapitel sind überhaupt die Ausbesserungsarbeiten. Da an vielen Stellen in doppelter und dreifacher Schicht gearbeitet wird und da für die Staatsaufträge durchschnittlich militärisch angesetzte kurze Lieferfristen vorgeschrieben sind, durch die stets alle Maschinen in Betrieb gehalten werden, so bleibt häufig keine Zeit für Erneuerungsarbeiten und in Standhaltung. Die Folge sind dann plötzlich eintretende Stockungen, wenn Maschinen eben unbedingt aus dem Betrieb gezogen werden müssen und regelmässige Verzögerungen durch einen geringeren Leistungsgrad der Maschinen als Folge der dauernden Ueberbeanspruchung. Weitere Folge sind die zu langen Lieferfristen, die besonders in der Maschinenindustrie seit langem die Exporttätigkeit hemmen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sieht nicht sehr erfröglich aus, wenn man sie nicht vom sozialen, sondern wirtschaftlichem Standpunkt betrachtet. Es sind keine wesentlichen Reserven an gelernten Arbeitskräften mehr auf dem Markt. Dabei fehlt es bereits an allen Ecken und Kanten, was man aus der Verordnungspraxis ~~klar~~ gegen das Weg-Engagieren von Spezialarbeitern etc. sehen kann. (In diesem Zusammenhang wird auch auf die Ausführungen von Bericht No 6 verwiesen.) Nun ist noch die allgemeine Beseitigung der Freizügigkeit dazu gekommen, was die Lage grell beleuchtet, weil man sich ja auch bei der Regierung über die Unpopularität dieser Massnahme nicht im Unklaren sein konnte und sie dennoch für erforderlich hielt. Das Schlimmste aber ist, dass man eben bei den gelernten Arbeitern, selbst wenn man mehr hätte, nicht weiter kommen könnte, weil der Produktionsapparat besetzt ist. Nun wird versucht dieses Problem durch Ausdehnung der Arbeitszeit zu lösen, was die Arbeitsleistung relativ verschlechtert und die Ausnutzung der Maschinen (den Raubbau auch auf diesem Gebiet) ~~wk~~ weiter treibt. Für die Vergrösserung des Bestandes an ungelerten Arbeitern aber hat man eine neue Methode erfunden. Man reinigt nämlich Handel und Gewerbe von überflüssigen Betrieben. - Alle Einzelhandelsbetriebe und Handwerksstätten, die weniger als M. 10.000. im Jahr umsetzten und alle Grosshandelsbetriebe mit weniger als M. 85.000 im Jahr werden allmählich geschlossen. Den Inhabern stellt man frei, ob sie sich ein halbes Jahr umschulen lassen wollen oder man bietet ihnen eine Entschädigung von einmalig M. 500.- an. So bekommt man billige Arbeitskräfte und kann gleichzeitig z.B. auf dem Gebiet des Lebensmittelhandels

die Handelsspanne noch ein wenig senken, (weil die Betriebe mit grösseren Umsätzen eine relativ geringere Unkostenziffer haben) und so den landwirtschaftlichen Betrieben eine kleine Besserung ihrer Erlöse zukommen lassen. Natürlich verdienen die auf solche Weise zu ungelerten Arbeitern gepressten Menschen viel weniger als sie vorher gehabt haben, was ihre Stimmung auch nicht gerade verbessern wird.

Alle diese krampfhaften Versuche werden angestellt, weil man eben unter allen Umständen die Produktion haben muss, nicht nur wegen der produzierten Güter und Anlagen, sondern auch um einigermaßen das Gleichgewicht zwischen Zahlungsmittelmenge und Produktionsmenge zu halten. Die normalen Kosten des Jahres 38 waren schon trotz auf's äusserster angezogener Steuerschraube nicht zu decken ohne die Schaffung der sogenannten Lieferschätzanweisungen, die den Übergang zur geordneten Finanzwirtschaft ermöglichen sollten. Das ist nun durch die ausserordentlichen politischen Ansprüche des Jahres völlig unrealisierbar geworden. Man hat den Notenumlauf in den letzten Monaten ganz gewaltig und ausserhalb jeden Verhältnisses zur Produktion steigern müssen und es ist auch noch gar kein Ende abzusehen. - Im Januar hat der Finanzminister, um die Ultimoansprüche erledigen zu können, an allen nur irgend erdenklichen Stellen gepumpt und trotzdem sind die Nebenbezüge der Offiziere, wie Sattelgelder und ähnliches nicht ausgezahlt worden. Das ist das erste Mal seit der grossen Finanzkrisis von 31, dass Teile der Beamtgehälter nicht voll am Ultimo ausgezahlt werden konnten, sondern um 1/2 Monat herausgeschoben werden mussten.

Zu allen diesen Dingen kommen nun noch die Einfuhrschwierigkeiten hinzu. Diese Dinge sind zu bekannt, als dass es nötig wäre, darüber mehr zu sagen, als dass es eben auch auf diesem Gebiet immer schlimmer wird. Der Export geht mit wachsender Beschleunigung zurück und auch die Manipulationen mit Warenaufkauf zu überhöhten Preisen im Clearingverkehr und Verkauf unter den Weltmarktpreisen gegen freie Devisen lassen sich ja nur bei dauernder Schrumpfung der gesamten Aussenhandelswirtschaft durchführen. Alle diese Auswege sind nichts anderes, als dass die deutsche Wirtschaft eben nicht geradenwegs steil in den Abgrund stürzt, sondern den Abhang entlang in immer wilder werdenden Serpentinenkurven hinuntergleitet. Dass dafür ein Gefühl auch bei den höchsten Stellen vorhanden ist, zeigt die folgende, gut verbürgte Anekdote: Vor ca. drei Wochen besuchte Minister und Reichsbankpräsident Funk in stark angeheitertem Zustand eine Tanzbar im Berliner Westen. Dort verbreitet er sich zu seinem Begleiter über die trotz allen Schwierigkeiten weiter gebaute Via triumphalis und ihre Ausschmückung mit Säulen, auf denen oben der Reichsadler angebracht wird. Das sei ganz gut, dass dieser Bau durchgeführt würde, denn da wäre gleich das richtige Symbol dabei, (mit erhobener Stimme): " - da sehen die Pleitegeier eben auf uns herab ! " Auf Vorhaltungen seines Begleiters hin erklärte der Minister: " Ach was, - was ich hier sage, das ist doch wenigstens mal wahr ! " Für die breite volksmenge stellt sich die Wahrheit in einem anderen Gewande dar, denn da ist es typischer, wenn die Hausfrau zu Hause sagt: " Also, heute habe ich leider keine Butter und keine Eier bekommen können. Und Kaffee war nicht da und Kakao habe ich zum Ersatz auch nicht gekriegt ! " Gegen die sogenannten Kaffeeschlangen vor den Geschäften, die als nicht zu verbietende illegale Versammlungen der Polizei besonders unangenehm sind, hat sich nun Herr Himmler ein neues Mittel ausgedacht; er schickt junge Leute aus, die die Frauen beschimpfen, die da stehen, sie mit " alte Karfetanten " bezeichnen und ihnen das auf Kaffee warten auf alle Art verleiden wollen. Ob das Erfolg haben wird, weiss man nicht. Die Verärgerung der Frauen hingegen ist gewiss.

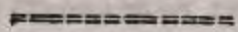
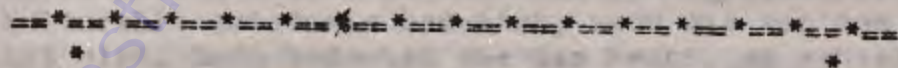
Die Regierung wird auf die Dauer nicht um den grundsätzlichen Entschluss herum kommen, entweder auf allen Gebieten zu sparen, oder eine der drei Kühe, von denen oben gesprochen wurde, zu schlachten. Dass dies nicht die Armeekuh sein kann, ist klar. Dass es die Parteikuh nicht sein wird, steht ebenso fest. Es bleibt eben nur die dritte Kuh: das deutsche Volk selbst. Das wird in der Form einer Inflation geschehen. Man wird die Beraubung auf allen Seiten vornehmen: durch Steuern und Preiserhöhungen, die schon vorliegen, wird man den Lebensstandard senken. Durch Qualitätsverschlechterungen und durch Mangel an al-

len ... G \ddot{u} tern des t \ddot{a} glichen Lebens wird man von einer zweiten Seite her den Standard herabdr \ddot{u} cken und durch eine allm \ddot{a} hliche Geldentwertung wird man die Verarmung komplettieren. Zum Schluss wird Deutschland kahl gefressen sein, wie nach der Heuschreckenplage. Dann, wenn der Boden erreicht ist, dann wird die letzte Krisis eintreten, die Krisis, wie diese Regierung versuchen wird, sich der Verantwortung zu entziehen. Wie man diesen Typ von brutalen Gewaltherrschern aus der Geschichte und aus der t \ddot{a} glichen Anschauung her kennt, wird er zu allen Verbrechen auch noch das der Feigheit hinzuf \ddot{u} gen; Man wird einen Zustand des Chaos, am besten durch einen Krieg herbeif \ddot{u} hren und so, mit einem letzten Hasard und einem Uebermass von Leiden Anderer, sich den Abgang verschaffen - - und die Verantwortung " vor der Geschichte tragen ", d.h. also garnicht!

5.

Ist diese Entwicklung unvermeidlich ? Ist es unabwendbar, dass dieser Berg an Unrecht und Schlechtigkeit auf ein Volk hernieder bricht, das doch trotz aller Dumpfheit und Stumpfheit in politischen Dingen sich ein Mass an primitiver Anst \ddot{a} ndigkeit auch noch unter dieser Herrschaft der Schlechtigkeit bewahrt hat ?

Vielleicht braucht man die Hoffnung noch nicht ganz aufzugeben. Es sind , zum ersten Mal , doch allerhand Anzeichen vorhanden, dass die stets vorhanden gewesene Opposition sich zu sammeln beginnt und dass sie auch begreift welche grosse positive Aufgabe vor ihr liegt. Dar \ddot{u} ber Einzelheiten zu geben, w \ddot{a} re falsch gehandelt. Die Hoffnung w \ddot{u} rde hier nicht ausgesprochen werden, wenn nicht daf \ddot{u} r, genau wie f \ddot{u} r allem anderen hier gemachten Mitteilungen ganz bestimmte und konkrete Angaben und Beweise vorliegen w \ddot{u} rden.



Bericht No. 5.I.

Das Ende der Tschecho - Slowakei wurde kasserlich veran -
 lasst durch einen Streit über die Autonomie der Slowaken innerhalb des
 Gesamtstaates. Akademisch gesprochen, war es ein Streit über die Frage:
 " Was ist und wozu haben wir eine Autonomie ? " Es ist nicht unwichtig,
 daran zu erinnern, weil damit die virtuos angewandte nazistische Technik
 der aussenpolitischen Arbeit zusammenhängt.

Im Bericht No. 5. war gesagt worden, dass eine Autonomie
 der Sudetendeutschen nur ein Zwischenzustand sein könne, weil das Nebenein-
 ander einer diktatorischen und einer demokratischen Organisation inner-
 halb e i n e s Staates zur Zerreissung dieses Staates führen müsse. Das
 hat sich nun auch bei dem Nebeneinander von Tschechen und Slowaken bewiesen.
 Entscheidender aber war die Tatsache, dass die "Autonomie" im Munde der
 von Deutschland geschulten slowakischen Ultrasradikalen etwas ganz Besonde-
 res ist, nämlich, kurz gesagt, die Freiheit einer sogenannten "nationalen
 Minderheit", auf Kosten und zu Lasten des Gesamtstaates alles machen zu
 können, was ihr beliebt, und gleichzeitig das Recht, jede Behinderung
 dieser Art von Tätigkeit als brutalen Angriff auf die geheiligten Rechte
 der "nationalen Autonomie" zu denunzieren und infolgedessen auch das Recht,
 deshalb mit allen Mitteln des Hochverrats gegen den Gesamtstaat vor zu
 gehen. (Wir haben inzwischen an der Hitler - Proklamation aus Prag sehen
 können, was kulturelle Autonomie bedeutet, wenn sie von den Nazis anderen
 Gruppen gewährt wird. Dann bedeutet sie das Recht, zu schweigen und zu -
 machen.)

Nachdem aus der den Tschechen im September abgepressten
 Autonomie der Slowaken der slowakische Separatismus geworden war, musste
 die Probe auf das Exempel gemacht werden, ob noch ein Zentralstaat da war
 oder nicht. Es stellte sich heraus, dass er nicht da war, denn der entschei-
 dende Machtfaktor im Leben der neuen Tschecho-Slowakei, nämlich Hitler,
 stützte das, was die Hlinka-Partei " Autonomie" und die Prager Regierung
 "Hochverrat" nannte. Jetzt standen die Tschechen vor der Frage, ob sie die
 Konsequenzen aus dieser Sachlage der ganzen Welt deutlich machen sollten
 oder ob sie, alten und schlechten Vorbildern folgend " Schlimmeres verhü-
 ten" sollten. Sie entschieden sich für den Selbstmord ihres Staates, um das
 weitere Leben ihrer Nation zu sichern. So ist der Weg nach Berlin aufzu -
 fassen, wenn es auch genug Menschen geben wird, die nur die erzwungene
 Unterwerfung sehen werden. Auch bei dem Gang nach Canossa hat man lange
 geglaubt, dass es sich nur um die Demütigung des Kaisers handelt und erst
 spät erkannt, welche positiven Möglichkeiten für die kaiserliche Politik
 sich dadurch ergaben.

Dass dieser Gang nach Berlin mit der militärischen Beset-
 zung enden musste, ergibt sich aus technischen Dingen ganz von selbst. Es
 musste ja damit gerechnet werden, dass die Haltung der Prager Regierung
 von den Tschechen nicht verstanden wurde, um so mehr, als es nicht gut mög-
 lich war, die innere Motivierung zu veröffentlichen. Daraus konnten sich
 starke Unruhen entwickeln und auf Grund dieser Möglichkeit ergab sich die
 äussere Berechtigung zum militärischen Eingriff. Es mag sein, dass man in
 Berlin noch versucht hat, zu verhandeln und Hitler zu einem anderen Stand-
 punkt in der Frage einer Prager Gesamtregierung zu bewegen. Da aber Hitler
 schon früher bestimmte Forderungen an Prag gestellt hatte, die nicht erfüllt
 waren, und die jetzt wiederholt wurden, so blieb nichts als die auch nach
 aussen deutlich gemachte Unterwerfung übrig. Dabei ist es gleich, ob Hit-
 ler gedroht habe, Prag zu bombardieren oder nicht; das Resultat entschei-

Je deutlicher die Tatsache wurde, dass ab September nur noch ein Schattenstaat von Deutschlands Gnaden vorhanden war, desto besser, - und die Deutschen taten ihrerseits schon in den ersten 24 Stunden alles Erdenkliche, um den Charakter des "Protektorates" als einer schrankenlosen Gewaltherrschaft klar zu stellen. Das Erste, was geschah, war das Zurückziehen der Gestapo, das Zweite die Bestellung von zwei Statthaltern, Herrn Henlein für Böhmen, Herrn Mürckel für Mähren. Provokanzierender konnte man nicht darstellen, wie man die Schutzherrschaft aufzufassen gedachte. Die erste Massnahme war die Anordnung, dass man rechts fahren muss, statt, wie es aus früheren Zeiten üblich war, links. Das ist beinahe ein Symbol. Der Zentralismus Berlins beginnt sofort und bei offenbar nicht so wesentlichen Dingen, dass nicht erst eine Respektfrist möglich gewesen wäre. Andererseits liegt hier ein Brauch vor, der noch aus der Österreich-ungarischen Zeit stammt, also sicherlich unter die "kulturelle Autonomie" gehört.

Es ist überflüssig, zu erörtern, ob Prag hätte anders handeln sollen. Interessant ist, ob Berlin hätte anders handeln können, nachdem der Besuch von Hacha erfolgt war. Prüft man die Lage von diesem Standpunkt aus, so ergibt sich, dass Berlin keine Handlungsfreiheit mehr hatte, sondern man gezwungen wurde, die Passiven seiner Politik vom Herbst 38 zu übernehmen. Wieviel Aktiven noch in der "Masse" waren, wird noch zu besprechen sein, - dass die Passiven überwiegen, ist sicher, und es ist ungeheuer wichtig, dass allmählich die Unausweichlichkeit des aussenpolitischen Wegs der Hitlerdiktatur offenbar wird.

2.

Die wichtigste Konsequenz für Europa ist die Erkenntnis, zu welchen Ergebnissen es führt, wenn man sich dem schematischen Nationalitätenprinzip überlässt. Überall in Europa sind Gruppen am Werk, die, um sich selbst eine Wichtigkeit zu verschaffen, und um den Interessen ihrer "Führer" zu dienen, sich als nationale Minderheiten aufspielen. Man betrachte die Ereignisse in Belgien und man wende einen Blick nach Elsass-Lothringen und auch nach der Bretagne. Es gibt keinen ethnographisch noch so bedeutungslosen Landstrich, dass sich nicht aus ihm eine Pflanzstätte für einen mikrocephalen, aber desto heftigeren Nationalismus machen liesse. Manche europäischen Länder bestehen überhaupt nur aus Minderheiten, wie z.B. die Schweiz und es werden sich überall Abenteurernaturen, irreführte Idealisten und gekaufte Ehrgeizlinge finden, die als Mitspieler im grossen europäischen Machtkampf sich gebrauchen lassen. (Wie steht es mit der Schweiz ?)

Das interessanteste Problem ist jetzt Ungarn. Im Augenblick, in dem dies geschrieben wird, ist noch unentschieden, ob die Karpathe-Ukraine zu Ungarn kommt und damit die gemeinsame ungarisch-polnische Grenze erreicht wird. Es lässt sich auch vom augenblicklichen deutschen Standpunkt allerhand dafür sagen: Man befriedigt damit gleich drei Länder, nämlich Ungarn, Polen und Italien. Alle drei brauchen aussenpolitische Erfolge, besonders Herr Beck in Polen. Man verpflichtet sich damit etwas Herrn Mussolini, indem man auch einmal in einem Punkt nachgibt. Im Übrigen hätte man ja nur den Ausweg, ein drittes Protektorat zu errichten. Vielleicht ist es viel schöner, in Ungarn ein neues, brennendes und kombinationsreiches Minderheitenproblem zu schaffen. Welche Aussichten für eine weitere Anwendung des im September 38 so gut erprobten Verfahrens. In Ungarn gibt es auch Deutsche, die zu befreien sind, und ausserdem gehört ja auch Ungarn zum geschichtlichen Bestand des alten deutschen Reichs und liegt im "Strahlungsraum" des neuen Reichs !

Wenn man aber diesen Weg nicht gehen will, kann man sich ja gleich für die Selbstständigkeit der Karpathe-Ukrainer einsetzen und damit die ungehinderte Verbindung nach dem Balkan und speziell nach Rumänien behalten. Nicht, als ob Ungarn diese Verbindung so sehr behindern könnte!

Es ist sehr charakteristisch, dass dieses Mal gar keine Rede mehr von internationalen Komplikationen ist. Die Westmächte haben eben nicht mit zu reden und sie schweigen auch. Herr Chamberlain "erwägt" gerade, ob er seinen Botschafter abberufen sollte. Warum eigentlich; der ist doch an der Sache nicht schuld und hätte gewiss nichts ändern können. Selbst wenn er die Dinge alle falsch gesehen hat, so bestimmt nicht unrichtiger als sein Chef, der Premierminister. Eine andere Frage ist, wie eigentlich der "secret service" arbeitet, der doch anscheinend weder über die Regierung und ihre Pläne noch über Volk und Opposition in Deutschland unterrichtet ist.

^(England) Fest steht, dass die Politik, die nach München geführt hat, gescheitert ist. Falsch ist, wenn jetzt englischerseits von Täuschung und dergleichen geredet wird. Hitler hat immer und immer wieder gesagt, dass er sich an Abreden nur gebunden hält, solange es ihm vom Standpunkt des "deutschen Interesses" aus für richtig erscheint. "Wer auf Versprechungen Hitlers vertraut, wird nicht durch diesen, sondern durch sich selbst getäuscht". Das ist ein altes Wort und vielleicht lernen es auch die Engländer noch mal. Menschen, die Schecks indossieren, bei denen der Aussteller sich ausdrücklich vorbehält, ob er zahlen will, können hinterher keine Betrugsanzeige machen und Leute, die vertraglich Beziehungen eingehen mit Partnern, die sich von vornherein nicht an diese gebunden halten wollen, verdienen nicht das öffentliche Mitleid, sondern öffentliche Prügel.

Fest steht weiter, dass von den zwei Motivierungen, die man als sehr gutgläubiger Mensch - und als sehr gutwilliger - der Chamberlain-Politik geben kann, eine sich jetzt erledigt. Man konnte sagen, es ist besser, es nicht zum Krieg Deutschland gegen die Tschecho-Slowakei kommen zu lassen, weil die Generale dann nicht an der Grenze des sudetendeutschen Gebietes stehen bleiben werden und man sollte keinesfalls Hitler den Erfolg eines lokalisierten Krieges lassen. Nun, jetzt hat er den Erfolg ohne Blutopfer doch bekommen und das Einzige, was tröstlich wirken könnte, ist, dass eine halbe Million gesunder tschechischer Männer jetzt mehr für den inneren Kampf gegen die Diktatur da sind.

Die entscheidende Frage wird sein, ob die zweite Motivierung, die man der Politik des "appeasement" geben kann, richtig ist, und ausgenutzt wird. Wenn man unter allen Umständen den Krieg mit Deutschland vermeiden will, so hat das nur dann Sinn, wenn man gleichzeitig alles tut, um ohne Krieg die nazistische Diktatur los zu werden. Die Erhaltung des Friedens im Interesse der deutschen Opposition und einer vernünftigen Rekonstruktion der europäischen Verhältnisse ist zu verteidigen. Die Konsequenz daraus müsste aber auch gezogen werden, indem man nun Hitler etwas den Publicitätswert nimmt, indem man die dauernde Protestmaschinerie der Diplomatie in Bewegung setzt, wozu ja die deutsche Presse und die Führerschaft der Partei genügend Gelegenheit bietet und indem man seinen eigenen "nuisance-value" aufbaut. Dazu kommt die Unterstützung der deutschen Opposition, die in vielfacher Weise möglich ist. Wir warten auf eine derartige Politik. Es ist die einzige, die Herrn Chamberlain als Premierminister rechtfertigen kann und auch die einzige, die einen Botschafterwechsel in Berlin rechtfertigen würde.

2.

Die Lage der Opposition in Deutschland wird durch die letzte Entwicklung entscheidend geändert. Zu allen Erwägungen über Rechtsstaat, Ordnung und Freiheit, Zwangswirtschaft nur für Mehrrzwecke und grösserer Initiative zu Gunsten einer Versorgungswirtschaft kommt nun die Frage hinzu: Nationalstaat oder imperialer Herrschaftsstaat!

Die Opposition wird sich darüber klar werden müssen, ob das Deutschland nach Hitler antidiktatorisch nur für die Deutschen sein soll, aber die Herrschaft über Tschechen und Slowaken weiter führen soll, an deren nationaler Opposition ja nicht zu zweifeln ist. Es muss die Frage geklärt werden, ob man

ein Deutschland nur von Deutschen und für Deutsche anstrebt oder ob man, wie im alten Oesterreich-Ungarn andere Nationalitäten mit im Staatsverband aufnehmen will. Daraus ergibt sich die weitere Frage, wie man, wenn man sich für den Nationalstaat entscheidet, sich die Zukunft der Tschechen, Slowaken und anderer slawischer Nationalitäten denkt. Erst dann, wenn diese Fragen innerhalb der deutschen Opposition geklärt sind, kann die für die Praxis

ungeheuer wichtige Frage der gemeinsamen Arbeit der deutschen und der slawischen

Opposition zugunsten eines gemeinsamen

Ziels entschieden werden. Auch für einen nationalen deutschen Stand-

punkt aus wird man eine Konsolidierung eines deutschen Herrschaftsstaates

mit starken slawischen Minderheiten, die sich ewig unterdrückt fühlen werden, nicht wünschen können. Abgesehen von den innerpolitischen Problemen, die sich ergeben, - man denke nur an eine Art Volksvortretung mit stark slawischem Einschlag - wird auch eine starke aussenpolitische Belastung und Verringerung der Manövrierefähigkeit die Folge sein.

Das Ziel kann nur in der Richtung liegen, die schon einmal in diesen Berichten (No. 5) angedeutet wurde, als gesagt wurde, dass das Ergebnis der erfolgreichen Nazipolitik jede Nachfolgeregierung zwingen wird, eine Politik eines grossen, föderativ gegliederten Mitteleuropa einzuleiten. Wenn das schon im März 38, nach der Besetzung Oesterreichs gesagt wurde, so gilt das natürlich noch viel mehr nach der Annexion der Tschechoslowakei. - Zunächst besteht noch keine Übersicht darüber, wie die Ereignisse der letzten Tage auf die deutsche Bevölkerung gewirkt haben und natürlich ist noch völlig unklar, wie sich die Offiziere zu dem jetzt eingeschlagenen Kurs stellen. Immerhin wird ihnen ja wohl klar sein, dass die militärische Schlagkraft Deutschlands durch einige Millionen feindlicher Tschechen und Slowaken im Inneren nicht gestärkt wird und das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg wird wohl noch nicht vergessen sein. Dabei ist die Bindung an das alte Oesterreich immerhin noch grösser gewesen als an das Nazideutschland. Inzwischen haben die Tschechen ihren eigenen Staat gehabt und die Nazis haben ihn zerstört. Damals haben die Tschechen noch nicht gewusst, dass Träume einer nationalen Selbständigkeit sich erfüllen können; nun wissen sie es. Das alles wirkt als eine grosse Gefahr im Rücken der kämpfenden Truppen und so wird es wohl auch den verantwortlich denkenden Offizieren klar sein, welches Risiko mit einer Dauereingliederung von kompakten slawischen Volksteilen verbunden ist.

Klärt sich die Stellung der deutschen Opposition im Sinne der obigen Ausführungen, so ergibt sich eine ausserordentliche Stärkung der Opposition und eine ungeheurere Belastung des Regimes. Alles muss daher daran gesetzt werden, der Diktatur auf diesem Gebiet die Politik des divide et impera unmöglich zu machen.

Man stelle sich einmal nur die praktischen Schwierigkeiten vor, die sich der Ueberwachung eines fremdsprachigen Volkes entgegenstellen. Gewiss wird es auch genug käufliche Agenten in der tschechischen und slowakischen Bevölkerung geben, aber damit allein wird es nicht zu machen sein. Man braucht gerade Personal, das diese Agenten kontrollieren kann, sonst ist man den gefährlichsten Fehlschlüssen ausgesetzt. Weiter kommt hinzu, dass in Deutschland immerhin ein gewisser Teil des Volkes wirklich national-sozialistisch und regierungstreu ist, während in den "Protectoraten" wohl mit Ausnahme der gekauften Subjekte die ganze slawische Bevölkerung gegen die deutsche Herrschaft

konspirieren wird. Hier liegen ganz andere Verhältnisse sowohl für die Polizei wie für die Opposition vor. Während in Deutschland die Polizei auf viele freiwillige Hilfe rechnen kann und die Opposition sich nur ganz ausgesuchter Mithelfer bedienen darf, wird sich in Böhmen, Mähren und der Slowakei gerade die entgegengesetzte Entwicklung ergeben. Die Opposition, die dort gleichzeitig einen nationalen und freiheitlichen Charakter zu haben wird, kann auf ungeschulte Mithelfer und die ungeteilte Sympathie der Bevölkerung rechnen und die Polizei muss einen erheblichen Posten von Sabotage und passivem Widerstand von vornherein als gegeben annehmen.

Senn schon Oesterreich ein noch bei weitem nicht verdauter Bissen für Deutschland ist, - wie schwer werden erst die neu erworbenen Gebiete den augenblicklichen Machthabern im Magen liegen. " Wer Böhmen besitzt, hat den Schlüssel zu Europa " , heisst es. Nun, es wird sich herausstellen, dass der militärische Besitz dabei nicht entscheidet, sondern dass die Tschechen, die seit vielen Generationen unassimilierbar gewesen sind, auch dann im Besitz Böhmens sind, wenn selbst die Hakenkreuzfahne von Hradschin weht. Der "Zentralismus" Berlins ist schon bei der Verwaltung Oesterreichs eine schwere Belastung für das Regime. Die nationale Opposition der Slawen wird ein unlösbares Problem darstellen. - - Und, - wer weiss, ob AUSA nicht die Tatsache einer slawischen Opposition in Grossdeutschland den Anstoss dazu geben wird, dass die Opposition in Deutschland einen umfassenden nationalen Charakter erhalten wird, ob es sich nicht in all zu langer Zeit herausstellen wird, dass es sich bei der deutschen Opposition um eine Opposition der Deutschen gegen eine absolut allem Deutschen entgegengesetzte und fremde Diktatur handelt.

4.

Die Eroberung der Tschecho-Slowakei ist tatsächlich für Deutschland eine verheerende Niederlage und es ist garnicht ohne Weiteres zu begreifen, warum man diesen Schritt getan hat. Will man nicht die hier angegebene Deutung annehmen, dass es sich um eine Zwangslage gehandelt hat, so muss man schon mit einer ausserordentlichen Verblendung bei den politischen Leitern Deutschlands rechnen, um dieses Verhalten irgendwie begrifflich zu machen.

Es liegt auf der Hand, zunächst an die militärische Seite der Sache zu denken. Ist es nicht ein grosser Erfolg, das tschechische Heer zu entwaffnen, sich den Feind im Rücken zu beseitigen und noch das ganze Material in die eigenen Magazine zu stecken? Unter den dort geltenden Verhältnissen ist es nur ein Scheinerfolg. Im Falle eines Krieges wird die Lage in den slawischen Gebieten immer sehr schwierig sein und es ist fraglich, was besser ist, ein im Krieg okkupiertes Land mit geschlagener Armee oder ein bis zwei Millionen wehrfähiger, wenn auch unbewaffneter Feinde in Steppe und Heimat. Die Verwendung von diesen Menschen im Kriegsfall für die Kriegsindustrie, z.B. Munitionsfabriken, dürfte ein sehr zweifelhaftes Experiment sein und man wird kaum wagen können, sie an die Front zu schicken, während sie als Soldaten in Steppe und im Hinterland nur eine sicher Katastrophe bedeuten würden. Was also mit ihnen tun? Die Bewachung der slawischen Gebiete im Kriegsfall wird immerhin eine sehr grosse Zahl aktiver Truppen kosten, wenn auch nicht vielleicht so viel wie die militärische Okkupation. Dafür hat man aber die Nachteile der in Grossdeutschland zu frei lebenden Slawen, deren Tätigkeit ja auch noch kontrolliert werden muss. Militärisch gesehen, bleibt also nur die Auffüllung der Magazine mit dem jetzt eroberten Material. Das mag sehr gross sein, aber wiegt nicht die entsetzlichen Nachteile auf die sich auf politischem und wirtschaftlichen Gebiet aus der Annexion ergeben.

Im Bericht No.7 war gesagt worden, dass das dritte Reich zu den Mitteln der Wirtschaftspolitik auch den Raub rechnet und anwendet, dass man aber mit jedem angewandten Mittel auch schreckliche Uebel mit in Kauf nehmen muss und dass sich diese Methode nicht auszahlt, weil sich schliesslich die Passiv doch bemerkbar machen. Dafür liegt nun ein Schulbeispiel vor.

Bei der Einverleibung Sudetendeutschlands hat man im Wesentlichen nur die Aktiven übernommen und dem Tschechischen Staat die Verluste und die Lasten überlassen. Jetzt muss man diese Restmasse von Verpflichtungen selbst bewirtschaften und sehen, was dabei herauskommt. Da die Lebensfähigkeit der Tschecho-Slowakei nach München sehr fraglich war, ist es jetzt eine schwere Belastung für Deutschland, zu anderen wirtschaftlichen Sorgen auch noch die von Böhmen, Mähren und der Slowakei hinzu zu bekommen.

Einen sehr grossen Teil der Exportindustrie hat man durch das Abkommen von München erhalten. Es ist kein Zweifel, dass dieser Export rapide zurück gegangen ist, besonders nach den November-Ereignissen. Es war kein Zweifel, dass es der Tschecho-Slowakei nach München sehr schwer fiel, einen für die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung und für die Versorgung der Produktion mit Rohstoffen, Halbfabrikaten und Produktionsmitteln notwendigen Ausgleich der Handelsbilanz zu finden. Jetzt wird das vielfach schwieriger werden. Denn jetzt wird auch der Restexport zusammenschmelzen.

Wo sollen denn nun die Devisen herkommen, die z.B. für die Versorgung der Skoda-Werke mit Material nötig sind. Es ist ja keine Rede davon, dass diese und die Brunner Industrie irgendwie mit den heimischen Erzeugnissen ausgereicht haben. Früher waren zum Ausgleich die Exporte da, in Zukunft werden diese fehlen. So melden sich die "Passiven"!

Gewiss, man hat einiges an Rohstoffen gewonnen, z.B. Stein- und-Braunkohle. Man hat auch ein agrarisches Produktionsgebiet erobert, aber Beides ist nicht einmal ausreichend, um die augenblickliche Lage in Deutschland zu ändern. An Kohle hat es in Deutschland noch nicht gefehlt und als Exportartikel unterliegt auch diese Ware den üblichen Hinderungen. Die Agrarproduktion ist jedoch bei Weitem nicht gross genug, um aus den Ueberschüssen eine Erleichterung der deutschen Ernährungslage und damit eine Freisetzung von Devisen für andere Zwecke zu gewinnen. Die Ausfuhr von Agrarprodukten aus der Tschecho-Slowakei war relativ gering und der dortige Lebensstandard in dieser Beziehung nicht so hoch, dass sich aus seiner Senkung irgendwie nennenswerte Ueberschüsse herauswirtschaften liessen.

Das Einzige, was man erreichen wird, ist eine grosse Zahl von freien Arbeitskräften, die an ein niedrigeres Lohnniveau gewöhnt sind und die man, zum mindesten theoretisch, zur Erleichterung der Arbeitsversorgungsnotwendigkeiten verwenden kann. Auch eine ganze Anzahl von Industriebetrieben mit nicht ausgenutzter Kapazität wird vorhanden sein, sodass eine Erhöhung der Produktion gelingen wird. Zugleich werden aber die Kosten des gesamten Wirtschaftsbetriebes unverhältnismässig steigen. Die Verwaltung dieses "fremdstämmigen" Gebietes wird relativ viel teurer sein, als man gewohnt ist und die Kosten der Organisationsumstellung werden im Voraus einen erheblichen Teil der Produktionswerte verschlingen.

Im übrigen wird es die grössten Schwierigkeiten geben, wenn man damit beginnt, die slawische Arbeiterschaft (auch die Landarbeiterschaften) in der Art der Eingeborenen der Kolonien an diejenigen Arbeitsstellen zu verfrachten, wo man sie braucht, von den Gefahren politischer Art zu schweigen. Das aber wird der einzige wirkliche greifbare Vorteil in wirtschaftlicher Beziehung sein und dieser wird noch nicht einmal ausreichen, um die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, - geschweige denn die politischen !!

Wie nötig andererseits Deutschland eine Erleichterung auf wirtschaftlichem Gebiet hat, geht mit greller Deutlichkeit aus einem einzigen Beispiel hervor, das aus der Holzwirtschaft stammt, und das im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft seine verhängnisvolle Bedeutung bekommt. Die dringlichen Bauvorhaben für 1939 sind doppelt so gross wie das im Jahre 1938 erreichte Bauvolumen. Dieses wird, ohne Westbefestigung, mit II. Milliarden angegeben, während es im Jahre 37 9.5 Milliarden betrug. Sehr bezeichnend ist, dass dies

Erhöhung von zwei Milliarden nicht eine Zunahme der Bauten darstellt, sondern lediglich die Erhöhung der Baukosten, die auf die drängende Nachfrage und auf den Uebergang zu Ersatzbauweisen zurück zu führen ist. Und dies bei angeblich stabilen Preisen und Löhnen ! (Die Steigerung beträgt 21%) Von diesen für 39 gemeldeten dringenden Bauvorhaben kann nur die Hälfte genehmigt werden, d. h., es kann keinesfalls mehr gebaut werden als im Jahre 38. Diese Begrenzung ist aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nötig. Wollte man mehr bauen, so müsste man andere, wichtigere Industrien von Arbeitern entblößen.

Aus Materialgründen ist es aber ausserdem ganz unsäher, ob auch nur dieses Bauvolumen erreicht werden kann, denn es ist nach zuverlässigen Schätzungen Bauholz nur für ein Bauvolumen von etwa 7-8 Milliarden vorhanden. Dabei wird der Einschlag als nicht erhöht angenommen. Da der Einschlag seit 1934 jährlich 50% über dem normalen Einschlag liegt, dürfte diese Annahme berechtigt sein. Nun hat man geglaubt, dass Oesterreich und Sudetenland bei ihrem Waldreichtum doch der deutschen Situation eine Erleichterung bringen würden. Es stellt sich aber heraus, dass diese Gebiet trotzdem eher selbst Zuschüsse an Bauholz brauchen. Nun kommt noch die Tschecho-Slowakei hinzu, bei der ja auch mit erheblichen Bauvorhaben gerechnet werden muss und deren eines walddreiches Gebiet schon abgetreten war, - wie sollen diese Ansprüche alle befriedigt werden. Es zeigt sich eben, dass allen den scheinbar grossen Aktiven der Hitlerschen Eroberungspolitik doch sehr schmerzhaft und real sich auswirkende Passiven gegenüberstehen, um deren Erledigung man sich nicht ewig drücken kann. Eine von sehr autoritativer Seite stammende Auslassung bezeichnete den Holzmann gel als so gross, dass unbedingt an Holz gespart werden müsse, selbst auf Kosten des Eisens ! Dabei sind die von der Bauwirtschaft besonders benötigten Bleche und Fundeisen auch sehr knapp.

3.

In diesem Bericht ist von der Stizung in Deutschland nicht die Rede. Sicher ist, dass über die Annexion keine Freude und Zufriedenheit herrschen wird. Man liebt die Slawen nicht und will nichts mit ihnen zu tun haben. Dass man sie nun auch noch mit im Reichgebiet hat, wird bestimmt alsx grosse Last betrachtet. (Aehnliche Gefühle kamen schon beim Anschluss Oesterreichs zum Ausdruck, - und da handelte es sich doch um Deuts hei) Ganz sicher ist, dass das Gefühl der Beunruhigung über die dramatische Aussenpolitik wachsen wird. Die erste Frage in Deutschland war, "was kommt nun ? " Dabei ist kein logischer, sondern nur ein psychologischer Grund vorhanden, so zu fragen. Immer weniger befriedigt das Regime den sehnlichsten Wunsch der grossen Mehrheit der Deutschen: Ruhe zu bekommen, in Ruhe leben und arbeiten zu können und ohne Angst und in der Sicherheit eines Rechtsstaats ihr Leben führen zu dürfen.

Immer mehr wird daher jedes Regime auf vollste Unterstützung rechnen können, dass diese Bedürfnisse der Volksmassen berücksichtigt.

y * * * * *